

Beiträge zur historischen Sozialkunde

2/2000



Transformationsprozesse in der Sowjetunion und in Russland

VGS

Verein für Geschichte und Sozialkunde
30. Jg./Nr. 2 April-Juni 2000

Internationale Migration

Die globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts?

Karl Husa, Christof Parnreiter, Irene Stacher (Hrsg.), HSK 17

Inhalt

Gerald HÖDL, Karl HUSA, Christof PARNREITER, Irene STACHER – Internationale Migration: Globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts? Christof PARNREITER – Theorien und Forschungsansätze zu Migration; Douglas S. MASSEY – Einwanderungspolitik für ein neues Jahrhundert; Sylvia HAHN – Wie Frauen in der Migrationsgeschichte verloren gingen; Elisabeth AUFHAUSER – Migration und Geschlecht: Zur Konstruktion und Rekonstruktion von Weiblichkeit und Männlichkeit in der internationalen Migration; Tarek Armando ABOU CHABAKÉ – Irreguläre Migration und Schleusertum: Im Wechselspiel von Legalität und Illegalität; Melita H. SUNJIC – Das Weltflüchtlingsproblem: gestern – heute – morgen; August GÄCHTER – Entwicklung und Migration. Die unvermeidliche Abwanderung aus der Landwirtschaft; Rainer MÜNZ – Migration im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts; Heinz FASSMANN – Ost-West-Wanderung. Reale Entwicklungen und zukünftige Erwartungen; Gudrun BIFFL – Zuwanderung und Segmentierung des österreichischen Arbeitsmarktes. Ein Beitrag zur Insider – Outsider-Diskussion; Irene STACHER – Katharina DEMEL – Migration aus dem Maghreb nach Europa – neue Formen, neue Zielländer; Karl HUSA, Helmut WOHLSCHLÄGL – Aktuelle Entwicklungstendenzen der internationalen Arbeitsmigration in Südost- und Ostasien vor dem Hintergrund von Wirtschaftsboom und Asienkrise; Karsten GIESE – Von der Scholle in die Welt. Chinesische Migration im Zeichen von Reform, Markt und Globalisierung

S 250,-

BESTELLUNGEN:

VGS-Verein für Geschichte und Sozialkunde c/o Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Universität Wien, A-1010 Wien, Dr. Karl Lueger-Ring 1, Tel: +43/1/4277/41305, Fax: +43/1/4277/9413, e-mail: vgs.wirtschaftsgeschichte@univie.ac.at

Titelbild: Tadschikistan. Demonstration am Leninplatz in Duschanbé. Copyright: Fotograf - Rogov Zoja/Gamma/Kontrast.

Die wissenschaftliche Redaktion der „Beiträge zur historischen Sozialkunde“ wird auch im Jahr 2000 durch eine Förderung der Magistratsabteilung 18, Gruppe Wissenschaft, unterstützt

**STADTPLANUNG WIEN**

Inhaltsverzeichnis

- 46** *Markus Cerman*
Einleitung
- 47** *Andreas Kappeler*
Vom multinationalen Sowjetreich zu 15 Nationalstaaten
Das zarische Vielvölkerreich – Entstehung und Ethnisierung der Sowjetunion – Der nationale Faktor im Zerfall der Sowjetunion – Staats- und Nationsbildung in der postsowjetischen Welt
- 57** *Hans-Georg Heinrich*
Probleme der Transformationsperiode in Russland
Rückblende – Reformen nach dem Ende der UdSSR – Regionale Disparitäten – Privatisierungsfolgen – Probleme im strategischen Umfeld
- 66** *Martina Ritter*
Von der Sowjetgesellschaft zur Zivilgesellschaft?
Die Entdeckung eines Begriffs und seine kognitive Kraft im politischen Geschehen – Zivilgesellschaft in Russland: Realität, Illusion oder Utopie? – Nichtregierungsorganisationen (NRO) als Basis zivilgesellschaftlicher Entwicklung – Zivilgesellschaft und Lebenswelt

Fachdidaktik

- 75** *Christa Donnermair*
Transformation als Thema im Unterricht
- 79** *Klaus Edel*
Wirtschaftliche Transformation
- 84** *Maria Marginter*
Das Heim Nr. 4 für behinderte Kinder in Pawlowsk bei St. Petersburg

Internet (www.univie.ac.at/wirtschaftsgeschichte/vgs)

- Eva Steiner-Béres*
Das Klippert-Modell im GSK-Unterricht
Über Möglichkeiten und über die Notwendigkeit des Methodentrainings im Geschichte- und Sozialkunde-Unterricht

Einleitung

Markus Cerman

Dieser Zugang entspricht der Grundkonzeption der „Beiträge“ und des Fachs Geschichte und Sozialkunde: gegenwärtige Problemlagen zum Ausgangspunkt einer historischen Vertiefung zu machen und damit

Mit diesem Heft greifen die „Beiträge zur historischen Sozialkunde“ zum zweiten Mal das Stichwort „Transformationen“ gegenwärtiger Gesellschaften auf. Im ersten Heft dieser Art (Nr. 4/1998) stand China seit den achtziger Jahren im Mittelpunkt. In der vorliegenden Nummer beziehen sich drei Aufsätze und die Beiträge zur Fachdidaktik auf verschiedene Aspekte der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderung in den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion bzw. in Russland.

Entstehungsbedingungen aufzuzeigen, die in der Oberflächlichkeit medialer Diskussionen kaum Berücksichtigung finden. In der universitären Lehre tragen Hefte wie das

vorliegende zur interdisziplinären Diskussion mit den stärker gegenwartsorientierten Sozialwissenschaften bei, womit wir auch den Forderungen nach mehr Interdisziplinarität im Geschichtsstudium – die Studienpläne befinden sich gerade in Reform – gerecht werden wollen. So entstammen die Autor/inn/en dieses Hefts aus unterschiedlichen Disziplinen: Geschichte, Politikwissenschaften und Ökonomie.

A. Kappeler beschäftigt sich in einem historisch länger ausgreifenden Überblick mit dem Wandel vom „Vielvölkerreich“ des russischen Imperiums und der UdSSR zu den Anfang der neunziger Jahre neu entstandenen Nationalstaaten und erläutert die Grundzüge der Nationalitätenpolitik, die langfristig diese Veränderung bedingte.

H.-G. Heinrich konzentriert sich auf die Zusammenhänge zwischen politischem, wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Wandel in Russland in den neunziger Jahren und beschreibt die Hintergründe aktueller wirtschaftlicher Probleme und des Demokratiedefizits.

M. Ritter greift das in der politischen und medialen Diskussion sehr beliebte Schlagwort der „Zivilgesellschaft“ auf und erläutert deren Entstehungsbedingungen während der UdSSR, aber auch Spezifika, die sich aus den Defiziten des Staates im Sozialbereich ergeben.

Einstieg vom Lehrplan aus:

Geschichte und Sozialkunde

8. Klasse

1. Weltpolitik und Staatenwelt seit 1945

Lernziele:

Erfassen von Veränderungen im weltpolitischen System

Lerninhalte:

Innere Probleme der westlichen Demokratien und der Volksrepubliken in Europa

Wahlpflichtfach Geschichte und Sozialkunde, Politische Bildung und Rechtskunde

Sachbereich: Ergänzung und Vertiefung von im Pflichtgegenstand behandelten Themen

Sachbereich: Aktuelle politische Ereignisse

Themen ergeben sich unmittelbar aus dem Zeitgeschehen

Geschichte und Politische Bildung (HTL)

V. Jahrgang

Aktuelle gesellschaftliche und politische Entwicklungen:

Veränderungen und Konflikte in Ost- und Südosteuropa

Nationalismus

Vom multinationalen Sowjetreich zu 15 Nationalstaaten

Überraschend brach in den Jahren 1988 bis 1991 die Sowjetunion zusammen,

und noch überraschender erstanden aus ihren Trümmern 15 neue Staaten, deren Grenzen identisch sind mit denen der 15 Teilrepubliken der Union. Parallel dazu zerfielen auch Jugoslawien und etwas später die Tschechoslowakei in ihre föderalen Bestandteile. Zur selben Zeit, als sich der Westen Europas aufmachte, die Nationalstaaten in einem vereinigten Europa zu überwinden, lösten sich also die multinationalen sozialistischen Staaten Osteuropas in Nationalstaaten auf. Diese Gegenläufigkeit der Entwicklung macht es uns Westeuropäern schwer, Verständnis für ethnische Bewegungen und nationalen Separatismus im Osten Europas aufzubringen.

Bis zum Ende der achtziger Jahre überwog inner- und außerhalb der Sowjetunion die Meinung, dass die Nationalitätenfrage gelöst sei und die über hundert ethnischen Gruppen des Landes im Begriff seien, zu einem stark russisch geprägten Sowjetvolk zu verschmelzen. Die sowjetischen Kommunisten bis hin zu Michail Gorbatschow waren überzeugt, dass mit der Errichtung des Sozialismus die Grundlage für nationale Antagonismen verschwunden und das Zeitalter der internationalistischen Völkerfreundschaft angebrochen sei.

Seit Ende 1991 ist die Welt mit 15 neuen Staaten konfrontiert, die an die Stelle der sowjetischen Supermacht getreten sind. Zunächst nahm man in Russland und im Westen die neuen Staaten nicht wirklich ernst und rechnete vielmehr mit ihrer Reintegration. Erst allmählich setzte ein Umdenken

ein. Auch die historische Forschung begann sich nun neu zu orientieren: In den neuen Staaten und im Ausland machte man sich an die Konstruktion nationaler Geschichten. Außerdem richtete sich der Blick verstärkt auf die Nationalitätenfrage in der Sowjetunion, die nun als Vielvölkerreich wahrgenommen wurde, und besonders auf die Entstehung der Sowjetrepubliken, die sich sieben Jahrzehnte später plötzlich als Vehikel nationaler Unabhängigkeit erwiesen.

Dieser Frage will ich mich nach einem kurzen Rückblick auf das zarische Vielvölkerreich zuwenden. Dann soll die Bedeutung der nationalen Frage für den Untergang der UdSSR erörtert werden. Schließlich sollen einige aktuelle Probleme der 15 postsowjetischen Staaten angesprochen werden.

Das zarische Vielvölkerreich

Im Laufe seiner Expansion nach Osten, Süden und Westen vom 16. bis 19. Jahrhundert wurde Russland zu einem Vielvölkerreich. Nach der Volkszählung von 1897 machte das „Staatsvolk“ der Russen nur noch etwa 44 Prozent der Bevölkerung aus (vgl. Tabelle 2). Das Russländische Reich bot ein in Europa einzigartiges Bild ethnischer Vielfalt mit über hundert Sprachen, mit Vertretern der Weltreligionen des Christentums (in der orthodoxen, katholischen, evangelischen und armenischen Variante), des Islam, des Judentums, des Buddhismus und animistischer Bekenntnisse, mit einem Nebeneinander der Le-

bens- und Wirtschaftsformen von Industriearbeitern, sesshaften Ackerbauern, nomadischen Hirten, Gebirgsbewohnern, Jägern und Sammlern.

Das Russländische Imperium war bis zu seinem Ende kein Nationalstaat, und ethnisch-nationale Kriterien spielten keine vorrangige Rolle. Die Zarenregierung hielt an einem vernationalen dynastischen und ständischen Reichspatriotismus fest, der die heterogene Bevölkerung integrieren sollte. Seit Jahrhunderten waren loyale nichtrussische Eliten in den Adel des Reiches kooptiert worden, um mit ihrer Hilfe die Randgebiete zu kontrollieren. Der soziale und kulturelle Status quo in den neu erworbenen Territorien wurde nur langsam verändert, und die nichtorthodoxen Sprachen und Konfessionen wurden geduldet.

Mit der in den Reformen der 1860er Jahre initiierten Modernisierung strebte der russländische Staat verstärkt eine Systematisierung und Uniformierung der administrativen und sozialen Verhältnisse an und schränkte die Sonderrechte der peripheren Regionen ein. Gleichzeitig gewannen nationale Bewegungen allmählich an Boden, auch in der russischen Gesellschaft. Dies wirkte auf die Nationalitätenpolitik der Zarenregierung ein, die nun gegenüber einzelnen Ethnien im Westen und Süden die sprachliche Russifizierung forcierte. Im Lauf der Revolution von 1905 wurden fast alle ethnischen Gruppen von nationalen Bewegungen erfasst. Damit wurden Grundlagen geschaffen, an die 1917 angeknüpft werden konnte.

Die Februarrevolution von 1917 brachte erneut eine gewaltige nationale und soziale Mobilisierung. Als die Bolschewiki im Oktober die Macht an sich rissen, verstärkten sich die separatistischen Bestrebungen. Im Jahre 1918 waren Polen, Litauen, Finnland, Estland, Lettland, Weißrussland, die Ukraine, die Moldau, Georgien, Armenien und Aserbaidschan von Russland abgefallen. Damit war das Imperium

weitgehend auf das großrussische Kerngebiet reduziert worden. Parallelen zum Auseinanderbrechen der Sowjetunion sind offensichtlich. Am Ende des 20. Jahrhunderts ist nachgeholt worden, was zu seinem Beginn aufgeschoben worden war.

Entstehung und Ethnisierung der Sowjetunion

Den Bolschewiki, die das Erbe des multinationalen Imperiums beanspruchten, gelang es im Bürgerkrieg, die meisten abgefallenen Territorien (mit Ausnahme Polens, Finnlands, der baltischen Staaten und Bessarabiens) mit Waffengewalt und Konzessionen zurückzugewinnen. Die Frage stellte sich, wie der sowjetische Vielvölkerstaat zu organisieren sei.

Lenin hatte früh erkannt, dass die Unzufriedenheit der Nationalitäten das revolutionäre Potential in Russland wesentlich verstärken konnte. Deshalb hatte er ins Parteiprogramm der Bolschewiki die Losung vom Selbstbestimmungsrecht der Völker bis zur Sezession aufgenommen.

Nach dem Oktober 1917 kam als neues Prinzip der Föderalismus hinzu. Mit dem Versprechen einer Föderation sollten die von Russland abgefallenen Territorien wieder gewonnen werden.

Schon 1918 wurde der neue Staat als Russländische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFSR) konstituiert. In ihrem Rahmen wurden nach ethnisch-sprachlichen Kriterien Autonome Republiken (ASSR) gebildet. Randgebiete wie die Ukraine wurden zu formal unabhängigen Sowjetrepubliken (SSR) ausgerufen. Aus zunächst vier Republiken, der RSFSR, der Ukrainischen, Belorussischen und Transkaukasischen SSR, wurde im Dezember 1922 die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (SSSR) ausgerufen. Bis zum Jahre 1936 kamen die fünf mittelasiatischen Republiken hinzu, und die Transkaukasische Republik wurde in die Republiken Armenien, Aserbaidschan und Georgien aufgespaltet. Infolge des Hitler-Stalin-Paktes wurden 1940 außerdem die drei baltischen Staaten und die Moldau

zu Sowjetrepubliken (vgl. Tabelle 1 und Karte). In der 1924 verabschiedeten und 1936 und 1987 im Wesentlichen bestätigten Verfassung wurde der föderalistische Charakter der Sowjetunion festgeschrieben. Entscheidender Machtträger blieb aber die zentralistisch organisierte Kommunistische Partei.

Die sowjetische Nationalitätenpolitik der zwanziger Jahre folgte den von Lenin gesetzten Zielen und propagierte die Gleichheit der Völker innerhalb der Föderation, um die Quellen nationaler Konflikte zu beseitigen. Dies geschah einerseits über die Politik der „Indigenisierung“ (*korenisazija*), der Besetzung der Führungspositionen in den nationalen Republiken mit einheimischen Kadern. Damit sollten die Nationalitäten über die Kooptation ihrer kommunistischen Eliten integriert werden. Andererseits wurden die nationalen Kulturen gefördert, die „national in der Form, sozialistisch im Inhalt“ zu sein hatten. Überall wurden muttersprachliche Schulen eingerichtet, in der RSFSR wurde 1935 in 80 unterschiedlichen

Deklaration der Rechte der Völker Rußlands Proklamation des Rates der Volkskommissare 15. November 1917

Die Oktoberrevolution begann unter dem allgemeinen Banner der Befreiung aus der Knechtschaft.

Die Bauern werden von der Gewalt der Gutsbesitzer befreit, denn die Gutsbesitzer haben kein Grundeigentum mehr – es ist abgeschafft. Soldaten und Matrosen werden von der Gewalt der autokratischen Generäle befreit, denn die Generäle werden von nun an wählbar und absetzbar sein. Die Arbeiter werden von den Launen und der Willkür der Kapitalisten befreit, denn von jetzt an übernehmen die Arbeiter die Kontrolle über die Fabriken. Alles, was lebt und lebensfähig ist, wird aus den verhaßten Fesseln befreit.

Es bleiben nur noch die Völker Rußlands, welche Unterdrückung und Mutwilligkeit erduldet haben und noch erdulden, und deren Entsklavung umgehendst beginnen, deren Befreiung durchgeführt werden muss, entschieden und unwiderruflich.

In der Epoche des Zarismus wurden die Völker systematisch gegeneinander gehetzt. Die Ergebnisse einer solchen Politik sind bekannt: Gemetzel und Pogrome einerseits und Knechtschaft der Völker andererseits.

Solch eine schändliche Politik der Hetze wird und darf nicht mehr wiederkehren. An ihre Stelle muss die Politik eines freiwilligen und ehrlichen Bundes der Völker Rußlands treten. ...

Der Rat der Volkskommissare hat beschlossen, folgende Prinzipien zur Grundlage seiner Tätigkeit hinsichtlich der Nationalitäten Rußlands zu machen:

1. Gleichheit und Souveränität der Völker Rußlands.
2. Recht der Völker Rußlands auf freie Selbstbestimmung, bis hin zu einer Loslösung und Bildung eines selbständigen Staates.
3. Aufhebung aller und jeglicher nationaler und nationalreligiöser Privilegien und Einschränkungen.
4. Freie Entfaltung nationaler Minderheiten und ethnographischer Gruppen, die das Gebiet Rußlands bewohnen.

Im Namen der Russländischen Republik
Der Volkskommissar für Nationalitätenfragen
Iosif D.uga,vili – Stalin
Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare
Vi. Ul'janov – Lenin

Sprachen unterrichtet. Für 48 Ethnien mussten Literatursprachen und Schriften erst geschaffen werden. Die sowjetischen Kommunisten konstruierten so neue Nationen und trugen wesentlich zur Konsolidierung noch labiler Nationen wie der Ukrainer oder Kasachen bei.

Es ist ein folgenschweres Paradox, dass der erste sozialistische Staat der Welt der erste Staat war, dessen territoriale Gliederung ethnischen Kriterien folgte. In Ergänzung zum territorialen Prinzip fand auch das vom Austromarxismus verkündete und einst von Lenin und Stalin bekämpfte personale Prinzip der Kulturautonomie Berücksichtigung. In den dreißiger Jahren wurde die ethnische Zugehörigkeit, die Nationalität, sogar als ein im Inlandspass eingetragenes erbliches Merkmal aller Sowjetbürger verankert. Dies erstaunt umso mehr, als das ethnisch-nationale Prinzip dem internationalistischen Credo des Kommunismus zu widersprechen scheint. Welches waren die Gründe für die Ethnisierung der Sowjetunion?

Zum einen war sie eine Konzession an die national-separatistischen

Bewegungen der entwickelteren Nationen im Westen und Süden, um die Sowjetmacht in der Peripherie zu sichern. Zum anderen spielten ideologische Überzeugungen mit: Die nationale Frage galt als Produkt der Klassengegensätze des Kapitalismus und wurde mit deren Überwindung automatisch gelöst. Um zum internationalistischen Ziel zu gelangen, mussten die rückständigen Völker Russlands das Stadium des kulturellen Nationalismus durchlaufen, musste ihre nationale Unterdrückung beseitigt werden. Nicht nur Lenin, auch Stalin, der als Nationalitätenspezialist Parteikarriere gemacht hatte, förderte die Ethnisierung.

Seit der Mitte der dreißiger Jahre wurden allerdings manche Konzessionen zurückgenommen und der Einfluss der russischen Sprache und des Herrschaftszentrums wieder verstärkt. Die neu mobilisierten nichtrussischen Eliten wurden im „Großen Terror“ fast vollständig vernichtet. Den Höhepunkt nationaler Repression stellte die Deportation der Sowjetuniondeutschen, Krimtataren, Tschetschenen und anderer Ethnien, die alle der Kollaboration

mit den deutschen Besatzern beschuldigt wurden, während des Zweiten Weltkriegs dar. Deren autonome Territorien wurden aufgehoben und in den späten fünfziger Jahren nur partiell restituiert. Der Rahmen der nationalen Republiken und der Vorrang des Ethnischen blieben aber auch in der Zeit des Stalinismus unangetastet.

Der nationale Faktor im Zerfall der Sowjetunion

In den letzten Jahrzehnten der Sowjetunion veränderte sich das Konzept „national in der Form, sozialistisch im Inhalt“: Der sozialistische Inhalt verlor an Attraktivität, und die nationale Form füllte das entstehende ideologische Vakuum inhaltlich. Dazu trug schon der von Stalin geförderte Sowjetpatriotismus bei, der im Zweiten Weltkrieg mit russisch-nationalen Ideen angereichert wurde, und als zweite Integrationsideologie neben den Marxismus-Leninismus trat.

Zum anderen führten Industrialisierung, Urbanisierung und der Ausbau des Bildungswesens zur Formierung neuer nationaler Eli-

Erklärung von Alma-Ata vom 21. 12. 1991

Die unabhängigen Staaten, die Aserbaidzhanische Republik, die Republik Armenien, die Republik Belorussland, die Republik Kasachstan, die Republik Kirgisistan, die Republik Moldowa, die Russländische Föderation, die Republik Tadschikistan, Turkmenien, die Republik Usbekistan und die Ukraine, geben im Bemühen um

- den Aufbau demokratischer Rechtsstaaten, zwischen denen sich die Beziehungen auf der Grundlage gegenseitiger Anerkennung und des Respekts für die staatliche Souveränität und souveräne Gleichheit entwickeln werden,
- das unveräußerliche Recht auf Selbstbestimmung, die Prinzipien der Gleichheit und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, die Ablehnung von Gewalt und der Drohung damit sowie wirtschaftlicher und anderer Formen der Druckausübung, ...
- in Anerkennung und Achtung der territorialen Integrität eines jeden und der Unverletzlichkeit bestehender Grenzen,
- im Glauben, daß die Stärkung der Beziehung der Freundschaft, guter Nachbarschaft und Kooperation zum gegenseitigen Nutzen, die tiefe historische Wurzeln haben, dem grundlegenden Interesse der Nationen entspricht und die Sache des Friedens und der Sicherheit fördert, ...

folgende Erklärung ab:

Die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der Gemeinschaft wird gestaltet gemäß dem Grundsatz der Gleichberechtigung mit Hilfe koordinierender Institutionen, die auf paritätischer Grundlage gebildet sind und gemäß den Regeln tätig werden, die die Gemeinschaft – die weder ein Staat noch ein Superstaatsgebilde ist – vereinbart hat.

Um strategische Stabilität und Sicherheit auf internationaler Ebene sicherzustellen, bleibt das gemeinsame Kommando über die militärisch-strategischen Streitkräfte und eine singuläre Kontrolle für die Atomwaffen erhalten. Die Parteien respektieren den jeweiligen Wunsch, den Status eines nichtatomaren (oder) neutralen Staates anzunehmen.

Die Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten wird mit der Zustimmung aller Beteiligten offengehalten für Staaten – Mitglieder der früheren Sowjetunion sowie für andere Staaten –, die die Ziele und Prinzipien der Gemeinschaft teilen und sich ihr anschließen wollen. Bekräftigt wird die unverbrüchliche Verpflichtung zur Kooperation bei der Herausbildung und Entwicklung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes sowie europäischer und eurasischer Märkte.

Mit der Schaffung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten hört die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf zu existieren.

ten. Einerseits förderte die Modernisierung die von der sowjetischen Politik unterstützten Tendenzen der Russifizierung und der „Verschmelzung“ der Nationen zu einem „Sowjetvolk“. Andererseits hatte die Modernisierung erneut eine nationale Mobilisierung zur Folge. Seit den sechziger Jahren zeigten sich in den meisten Republiken eine neue Indigenisierung und nationalkommunistische Strömungen. Außerdem organisierten Aktivisten einzelner Völker nationale Bewegungen, die meist auf kleine Gruppen von Intellektuellen beschränkt blieben und nur bei den Krimtataren und Litauern Massencharakter annahmen.

Den Anstoß für den Zerfall des sowjetischen Vielvölkerreiches gaben nicht die nationalen Bewegungen, sondern das Machtzentrum. Erst die

Reformen Gorbatschows, der Kollaps der Kommunistischen Partei und die Schwächung der Zentralmacht lösten am Ende der achtziger Jahre die nationale Explosion aus, die dann wesentlich zum Zusammenbruch des sowjetischen Staates beitrug. Den Anfang machten 1988 die Armenier, die in Massendemonstrationen die Angliederung der zur Republik Aserbaidschan gehörenden, mehrheitlich armenischen Enklave Berg-Karabach an Armenien forderten. Im Laufe desselben Jahres entfalteten die Litauer, Letten und Esten politische Emanzipationsbewegungen, die die Wiederherstellung der selbstständigen Staaten anstrebten. Estland erklärte als erste Sowjetrepublik im Herbst 1988 seine Souveränität, und Litauen als erste im März 1990

die Unabhängigkeit. Bis Ende 1990 hatten alle Sowjetrepubliken und eine ganze Reihe von Autonomen Republiken Souveränitätserklärungen verabschiedet, die eine weitgehende politische und wirtschaftliche Autonomie forderten. Von entscheidender Bedeutung war, dass sich im Juni 1990 auch die Russländische Republik unter Führung von Boris Jelzin vom sowjetischen Zentrum löste (vgl. Quelle).

Gorbatschow war von den nationalen Emanzipationsbewegungen überrascht worden und reagierte spät und widersprüchlich. Die geschwächte Sowjetmacht versuchte die staatliche Einheit durch Repressionen (so in Tiflis und Vilnius) und dann durch Konzessionen in Form eines neuen Unionsvertrags zu retten. Der Umsturzversuch reakt-

Souveränitätserklärung der RSFSR vom 12. 6. 1990

über die staatliche Souveränität der Russländischen Sowjetischen Föderativen Sozialistischen Republik

- Der erste Kongreß der Volksdeputierten der RSFSR,*
- *sich der historischen Verantwortung für das Schicksal Rußlands bewußt werdend,*
 - *Achtung bezeugend gegenüber den souveränen Rechten aller Völker, die zur Union der Sowjetischen Sozialistischen Republiken gehören,*
 - *den Willen des Volkes der RSFSR ausdrückend,*

verkündet feierlich die staatliche Souveränität der Russländischen Sowjetischen Föderativen Sozialistischen Republik auf ihrem gesamten Territorium und erklärt die Entschlossenheit, einen demokratischen Rechtsstaat im Verband der erneuerten Union der SSR zu schaffen.

1. *Die Russische Sowjetische Föderative Sozialistische Republik ist ein souveräner Staat, der historisch geschaffen worden ist durch einen Zusammenschluß der Völker.*
2. *Die Souveränität der RSFSR ist eine natürliche und notwendige Bedingung der Existenz der Staatlichkeit Rußlands, die eine jahrhundertalte Geschichte, Kultur und Tradition besitzt.*
3. *Das multinationale Volk ist der Träger der Souveränität und die Quelle der Staatsgewalt in der RSFSR. Das Volk verwirklicht die Staatsgewalt unmittelbar und durch Vertretungskörperschaften auf der Grundlage der Verfassung der RSFSR.*
5. *Für die Gewährung von politischen, ökonomischen und rechtlichen Garantien der Souveränität der RSFSR wird folgendes festgestellt:
die Machtvollkommenheit der RSFSR bei der Lösung aller Fragen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, mit Ausnahme derer, die von ihr freiwillig in die Zuständigkeit der Union der SSR übergeben werden;
der Vorrang der Verfassung der RSFSR und ihrer Gesetze auf dem gesamten Territorium der RSFSR;
die Gültigkeit der Handlungen der Union der SSR, die in Widerspruch zu den souveränen Rechten der RSFSR treten, wird durch die Republik auf ihrem Territorium außer Kraft gesetzt; ...*
11. *Auf dem gesamten Territorium der RSFSR wird die republikanische Staatsbürgerschaft der RSFSR eingeführt. Jedem Staatsbürger der RSFSR bleibt die Staatsbürgerschaft der UdSSR erhalten.
Die Staatsbürger der RSFSR befinden sich auch außerhalb der Grenzen der Republik unter dem Schutz und der Fürsorge der RSFSR.*
12. *Die RSFSR garantiert allen Bürgern, politischen Parteien, gesellschaftlichen Organisationen, Massenbewegungen und religiösen Organisationen, die sich im Rahmen der Verfassung der RSFSR bewegen, die gleichen rechtlichen Möglichkeiten, an dem staatlichen und gesellschaftlichen Leben zu partizipieren.*
13. *Die Teilung von Legislative, Exekutive und Judikative ist das wichtigste Prinzip des Funktionierens der RSFSR als Rechtsstaat. ...*

Daten zur Geschichte des Konflikts Russlands mit den Tschetschenen

Ende 18. Jh.	Beginn der Eroberung des Kaukasus durch Russland
1785	Widerstandskrieg der Tschetschenen unter Scheich Mansur
1818	Begründung der russischen Festung Grosnyj
1834–1859	Widerstandskrieg der Dagestaner und Tschetschenen unter Imam Schamil gegen Russland
seit 1859	Eingliederung Tschetscheniens in das Zarenreich
1917–1925	Antikoloniale Widerstandsbewegung der Tschetschenen
1922	Begründung des Tschetschenischen Autonomen Gebiets innerhalb der RSFSR
1936	Begründung der Tschetscheno-Inguschischen Autonomen Republik innerhalb der RSFSR
1944	Deportation aller Tschetschenen nach Sowjet-Asien, Auflösung der Autonomen Republik
1957	Rückkehr der Tschetschenen, Wiederherstellung der (territorial verkleinerten) Autonomen Republik
1973	Unruhen in Grosnyj
1989	Bevölkerung der Tschetscheno-Inguschischen ASSR 1,27 Millionen, davon 58% Tschetschenen, 13% Inguschen, 23% Russen; die meisten Russen verlassen in den Jahren 1990 bis 1993 die Republik
Herbst 1991	Wahl General Dudajews zum Präsidenten Tschetscheniens, Ausrufung der Unabhängigkeit
1992	Tschetschenien unterzeichnet den russländischen Föderationsvertrag nicht Inguschien eigene Republik
Dezember 1994	Einmarsch russländischer Truppen in Tschetschenien
Juni 1995	Geiselnahme durch Tschetschenen in Budjonnowsk, über 100 Tote
August 1996	Ende des Krieges, Abzug der russländischen Truppen, auf fünf Jahre befristete de-facto- Anerkennung der Unabhängigkeit Tschetscheniens
1997	Freie Wahlen in Tschetschenien: Maschadow wird Präsident
1999–	Neuer Krieg Russlands gegen Tschetschenien

tionärer Kräfte machte indessen im August 1991 alle Bemühungen zunichte. Fast alle Unionsrepubliken erklärten nun ihre Unabhängigkeit. Nachdem eine Volksabstimmung in der Ukraine eine große Mehrheit für die Unabhängigkeit dieser nach Russland wichtigsten Sowjetrepublik ergeben hatte, war das Schicksal der Sowjetunion besiegelt. Unter Führung der Präsidenten Russlands, der Ukraine und Weißrusslands ersetzten die Unionsrepubliken die Sowjetunion im Dezember 1991 durch die lose „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“ (G.U.S.).

Staats- und Nationsbildung in der postsowjetischen Welt

Doch nicht die G.U.S., sondern die 15 ehemaligen Sowjetrepubliken konsolidierten sich als von der internationalen Staatengemeinschaft anerkannte souveräne Nationalstaaten. Allerdings waren die Schwierigkeiten der Staats- und Nationsbildung groß: Neue staatliche Institutionen mussten geschaffen und mit Leben gefüllt werden. Nationale Ideologien wurden konstruiert, wobei der nationalen Geschichte

zentrale Bedeutung zukommt. Viele Vertreter der kommunistischen Eliten mutierten zu Nationalisten, ein Elitenwechsel fand nicht statt. Große Probleme bereitete die wirtschaftliche Entflechtung der seit Jahrzehnten in Arbeitsteilung verbundenen Republiken.

Die Voraussetzungen für den Start in die Unabhängigkeit waren in den einzelnen Staaten unterschiedlich. Am besten vorbereitet für die Unabhängigkeit waren die drei baltischen Staaten. Die Esten, Letten und Litauer konnten auf nationale Massenbewegungen, auf die Unabhängigkeit in der Zwischenkriegszeit und eine alte mitteleuropäische historische Tradition rekurren und waren wirtschaftlich am weitesten entwickelt. Das Problem der großen russischen Minderheiten in Lettland und Estland, die von Moskau unterstützt wurden, konnte entschärft werden. Die Republik Moldau, die ebenfalls erst im Zweiten Weltkrieg zur Sowjetunion gekommen war, konsolidierte sich nach einem Bürgerkrieg in Transnistrien als eigenständiger Staat zwischen Rumänien und der Ukraine.

Starke nationale Bewegungen, die sich auf alte staatliche und kulturelle Traditionen stützten, hatten in Georgien und Armenien den Weg in die Unabhängigkeit vorbereitet. Im Kaukasusgebiet waren jedoch die interethnischen Spannungen so stark, dass Bürgerkriege wie die um Berg-Karabach und Abchasien die Konsolidierung der Nationalstaaten bis heute behindern.

Bei den fünf von der sowjetischen Politik geschaffenen Nationen Zentralasiens waren vor 1991 kaum nationale Bewegungen bemerkbar, doch hatten sie eine stabile Identität, die auf dem Islam und eigenständigen historischen Traditionen basierte. Diese haben die Tendenz zu autoritären Systemen mit starken Präsidenten unterstützt, die sich in allen fünf Staaten etablierten. In Kasachstan und Kyrgysstan stellen die großen Minderheiten von Russen und anderen Europäern ein Konfliktpotential dar. Nur in Tadschikistan kam es indessen zu einem blutigen Bürgerkrieg zwischen regionalen Interessengruppen.

Die teilweise russifizierten Ukrainer und Weißrussen waren national viel schwächer konsolidiert und

hatten sich gegen die vereinnahmenden Ansprüche Russlands zu behaupten. Während sich in Belarus die Tendenzen einer Annäherung an Russland verstärkt haben, bleibt die Ukraine trotz großer wirtschaftlicher Schwierigkeiten und trotz innerer Spannungen auf Unabhängigkeitskurs. Die über 20 Prozent der Bevölkerung umfassende russische Minderheit und die Kontroversen um die Zugehörigkeit der Krim und der Schwarzmeerflotte belasten indessen das Verhältnis zu Russland.

Auch die Russländische Föderation, die den Anspruch auf die Rechtsnachfolge der Sowjetunion erhebt, ist ein junger Nationalstaat. Die Russen sehen sich einerseits als ethnische Nation, gleichzeitig wird als Staatsvolk eine neue russländische Nation konstruiert, die auch die 18,5 Prozent der Bevölkerung umfassenden Minderheiten umfassen soll. Außerdem bleibt die Erinnerung an die imperiale sowjetische Nation, deren Hauptträger die Russen waren, lebendig. In einem Föderationsvertrag gelang es Moskau, die meisten Teilrepubliken

der RSFSR durch Konzessionen in den neuen Staat zu integrieren. Einzig Tschetschenien strebt nach Unabhängigkeit, was Russland mit Waffengewalt zu verhindern sucht (siehe Kasten S. 51).

Die postsowjetische Welt befindet sich noch immer in der Phase der Konsolidierung der Staaten und Nationen. Die Konstruktion der Nationen folgt teils dem Konzept der ethnischen Nation (Baltikum, Transkaukasien), teils stärker dem der politischen Nation (Russland, Kasachstan). Es mangelt nicht an Problemen: Zu den interethnischen und zwischenstaatlichen Konflikten kommen die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Transformation, der Errichtung eines Rechtsstaates und einer funktionierenden politischen und administrativen Ordnung. Das sowjetische Erbe lastet schwer. Mit Ausnahme der baltischen Staaten, die auf dem Weg in die Europäische Union sind, sind die Zukunftsperspektiven unsicher.

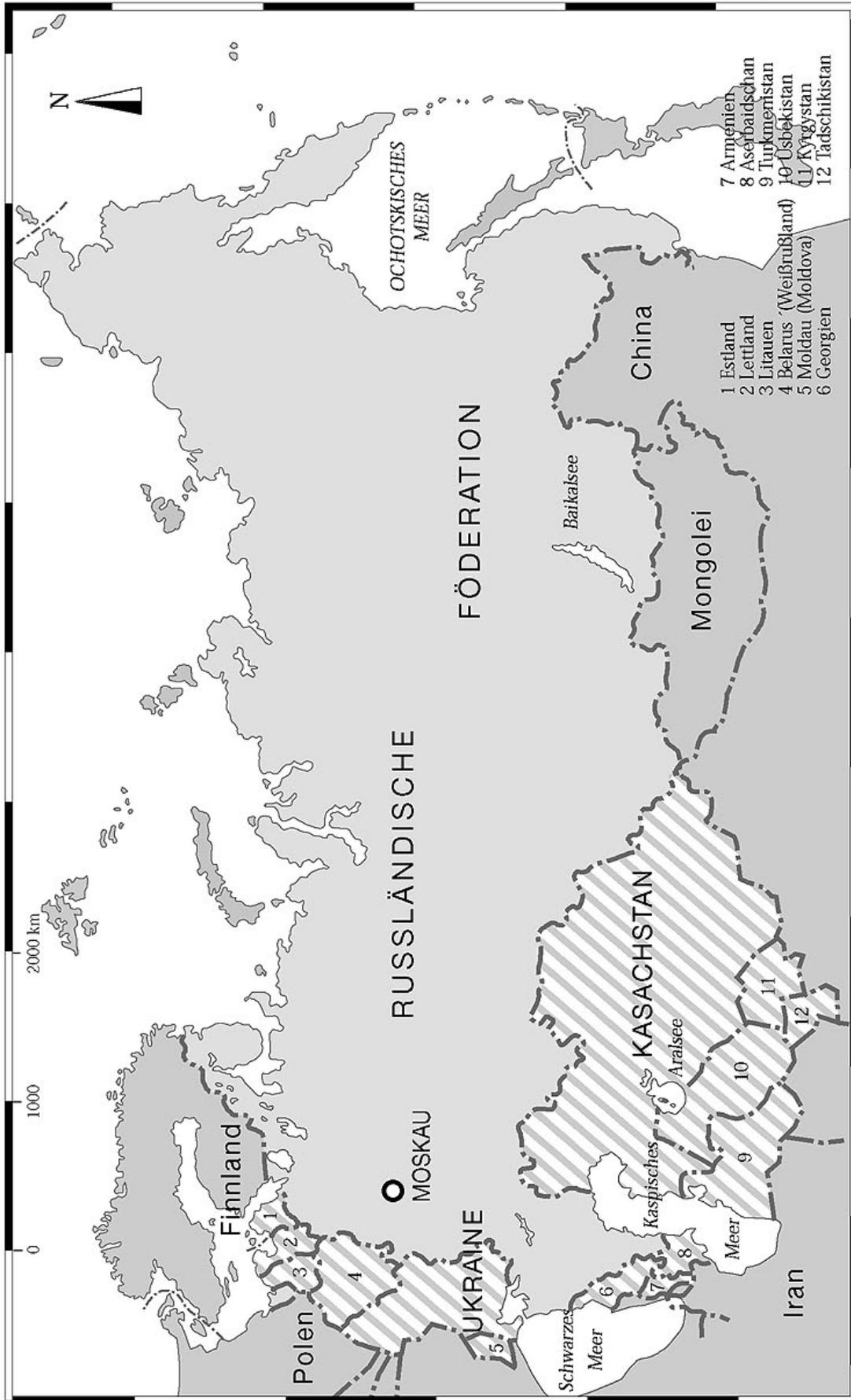
Das Bild, das in unseren Medien von den postsowjetischen Staaten gemalt wird, gleicht denn auch einem Horrorszenario: Armut, Chaos,

Korruption, Mafia und atavistische ethnische Konflikte beherrschen die Schlagzeilen. Dabei wird vergessen, dass dort heute in mancher Weise nachgeholt wird, was in anderen Teilen Europas im Zeitalter der beiden Weltkriege vor sich ging. Trotz der genannten Kriege an der südlichen Peripherie sind die postimperialen Konflikte und „ethnischen Säuberungen“ in der postsowjetischen Welt bisher weniger blutig verlaufen als in Mitteleuropa während der ersten Jahrhunderthälfte. Auch in der Epoche europäischer Einigung besteht kein Anlass zu westeuropazentrischer Überheblichkeit, sondern zu kritischer Solidarität mit Osteuropa.

LITERATUR

- D. GEYER, *Der Zerfall des Sowjetimperiums und die Renaissance der Nationalismen*, in: H. A. Winkler/H. Kaelble (Hg.), *Nationalismus-Nationalitäten-Supranationalität*. Stuttgart 1993, S. 156-186.
- R. GÖTZ/U. HALBACH, *Politisches Lexikon GUS*. 3. Aufl. 1996.
- R. GÖTZ/U. HALBACH, *Politisches Lexikon Rußland. Die nationalen Republiken und Gebietseinheiten der Rußländischen Föderation*. München 1994.
- U. HALBACH, *Das sowjetische Vielvölkerimperium. Nationalitätenpolitik und nationale Frage*. Mannheim u.a. 1992.
- R. J. KAISER, *The Geography of Nationalism in Russia and the USSR*. Princeton 1994.
- A. KAPPELER, *Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung, Geschichte, Zerfall*. 2. Aufl. München 1993.
- A. KAPPELER, *Kleine Geschichte der Ukraine*. München 1994.
- A. KAPPELER/U. HALBACH (Hg.), *Krisenherd Kaukasus*. Baden-Baden 1995.
- A. KAPPELER (Hg.), *Regionalismus und Nationalismus in Rußland*. Baden-Baden 1996.
- R. A. MARK, *Die Völker der ehemaligen Sowjetunion. Ein Lexikon*. Opladen 1992.
- G. SIMON, *Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinistischen Gesellschaft*. Baden-Baden 1986.
- G. SIMON, *Die Desintegration der Sowjetunion*, in: A. Demadt (Hg.), *Das Ende der Weltreiche. Von den Persern bis zur Sowjetunion*. München 1997, 174-210.
- G. und N. SIMON, *Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums*. München 1993.
- Y. SLEZKINE, *The USSR as a Communal Apartment, or How a Socialist State Promoted Ethnic Particularism*, in: *Slavic Review* 53 (1994), 414-452.
- H.-J. TORKE (Hg.), *Historisches Lexikon der Sowjetunion 1917/22-1991*. München 1993.

Die Russländische Föderation und die übrigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion



Quelle: Aus: Andreas Kappeler, *Russische Geschichte*. München 1997, 106-107. © Verlag C.H. Beck (1997)

Tabelle 1: Die Republiken der Sowjetunion 1926–1989, die postsowjetischen Staaten

Unionsrepubliken Autonome Republiken	Jahr	Bevölkerung in 1000	Davon % Titularnation	Russen	andere	Fläche in 1000 km ²
Russländische SFSR	1926	100891	73,4	73,4		
	1959	117534	83,3	83,3		
	1989	147002	81,5	81,5		
Russländische Föderation	1996	147500				17075
Baschkirische ASSR	1926	2666	23,5	39,9	Tataren	17,3
	1959	3342	22,1	42,2	Tataren	23,0
	1989	3943	22,4	39,3	Tataren	28,4
Baschkortostan	1996	4097				144
Tatarische ASSR	1926	2594	44,9	43,1		
	1959	2850	47,2	43,9		
	1989	3642	48,5	43,3		
Tatarstan	1998	3774				68
Dagestanische ASSR	1926	788	64,5	12,5		
	1959	1062	69,3	20,1		
	1989	1802	80,1	9,2		
Republik Dagestan	1996	2042				50
Udmurtische ASSR	1926	756	52,3	43,3		
	1959	1337	35,6	56,8		
	1989	1605	30,9	58,9		
Republik Udmurtien	1996	1639				42
Tschuwaschische ASSR	1926	894	74,6	20,0		
	1959	1098	70,2	24,5		
	1989	1299	68,4	26,0		
Rep. Tschuwaschien	1996	1361				18
ASSR der Tschetschenen und Inguschen	1926	385	93,8	2,6		
	1959	710	41,1	49,0		
	1989	1270	70,7	23,1		
Rep. Tschetschenien	1996	921				16
Rep. Inguschen	1996	300				4
ASSR der Komi	1926	207	92,2	6,6		
	1959	806	30,4	48,4		
	1989	1251	23,3	57,7		
Republik Komi	1996	1185				416
Burjatische ASSR	1926	491	43,8	52,7		
	1959	673	20,2	74,6		
	1989	1038	24,0	69,9		
Republik Burjatien	1996	1093				351
Jakutische ASSR	1926	289	81,6	10,4		
	1959	487	46,4	44,2		
	1989	1094	33,4	50,3		
Rep. Sacha/Jakutien	1996	1023				3103
Mordwinische ASSR	1926	1000	35,8	59,0		
	1959	963	32,5	60,8		
	1989	956				
Republik Mordwinien	1996	956				26
Karelische ASSR	1926	270	37,4	57,1		
	1959	651	13,1	63,4		
	1989	790	10,0	73,6		
Republik Karelien	1996	785				172
Kabardino-Balkarische ASSR	1926	204	76,3	7,5		
	1959	420	53,4	38,7		
	1989	754	57,6	31,9		
Rep. Kabardino-Balk.	1996	790				13
ASSR der Mari	1926	482	51,4	43,6		
	1959	648	43,1	47,8		
	1989	749	43,2	47,5		
Republik Mari El	1996	766				23

Fortsetzung Tabelle 1:

Unionsrepubliken Autonome Republiken	Jahr	Bevölkerung in 1000	Davon % Titularnation	Russen	andere	Fläche in 1000 km ²
Nordossetische ASSR	1926	152	84,2	6,6		
	1959	451	47,8	39,6		
	1989	632	52,9	29,9		
Rep. Nordossetien	1996	663				8
Kalmückische ASSR	1926	141	75,6	10,7		
	1959	185	35,1	55,9		
	1989	322	45,3	37,7		
Republik Kalmückien	1996	319				76
Tuwinische ASSR	1959	172	57,0	40,1		
	1989	308	64,3	32,0		
Republik Tuwa (Tyva)	1996	309				171
Ukrainische SSR	1926	29018	80,0	9,2		
	1959	31785	76,8	16,9		
	1989	51449	72,6	22,0		
Ukraine	1997	50698				604
Usbekische SSR	1926	5273	65,9	4,7	Tadschiken	18
	1959	8106	62,2	13,5	Tadschiken	3,8
	1989	19808	71,3	8,3	Tadschiken	4,7
Usbekistan	1997	23667				447
ASSR d. Karakalpakien	1959	510	30,6	4,5	Usbeken	29
	1989	1212	32,1	1,6	Usbeken	33
Kasachische SSR	1926	6503	57,1	19,7	Ukrainer	13,2
	1959	9310	30,0	42,7	Ukrainer	8
	1989	16463	39,7	37,8	Deutsche	6
Kasachstan	1997	15601				2717
Weißrussische SSR	1926	4983	80,6	7,7		
	1959	8055	81,1	8,2		
	1989	10149	77,8	13,2		
Belarus	1997	10267				208
Aserbaidsschanische SSR	1926	2315	62,1	9,5	Armenier	12,2
	1959	3698	67,5	13,6	Armenier	12,0
	1989	7019	82,6	5,6	Armenier	5,6
Aserbaidsschan	1997	7600				87
ASSR Nachitschewan	1926	105	84,3	1,8		
	1959	141	90,2	2,2		
	1989	294	95,9	1,3		
Aut. Rep. Nachit.	1991	306				6
Aut. Gebiet Berg- Karabach	1991	193	21,0		Armenier	75,1
Georgische SSR	1926	2666	67,1	3,6	Armenier	11,5
	1959	4044	64,3	10,1	Armenier	11,0
	1989	5396	70,2	6,3	Armenier	8,1
Georgien	1997	5427				70
Abchasische ASSR	1926	201	27,8	6,2	Georgier	33,5
	1959	405	15,1	21,4	Georgier	39,1
	1989	524	17,3	14,2	Georgier	46,2
Aut. Rep. Abchasien	1993	506				9
Adscharische ASSR	1926	132	57,9	7,7		
	1959	245	72,8	13,4		
	1989	392	82,8	7,7		
Aut. Rep. Adscharien	1993	386				3
Tadschikische SSR	1926	827	74,6	0,7	Usbeken	21,2
	1959	1980	53,1	13,3	Usbeken	23,0
	1989	5090	62,2	7,6	Usbeken	23,5
Tadschikistan	1997	6017				143
Moldauische SSR	1959	2884	65,4	10,2	Ukrainer	14,6
	1989	4332	64,4	12,9	Ukrainer	13,8
Republik Moldau	1997	4312				34

Fortsetzung Tabelle 1:

Unionsrepubliken Autonome Republiken	Jahr	Bevölkerung in 1000	Davon % Titularnation	Russen	andere	Fläche in 1000 km ²
Kirgisische SSR	1926	993	66,6	11,7	Usbeken	11,0
	1959	2066	40,5	30,2	Usbeken	10,6
	1989	4258	52,3	21,5	Usbeken	12,9
Kyrgystan	1997	4635				199
Litauische SSR	1959	2711	79,3	8,5		
	1989	3673	79,6	9,4	Polen	7,0
Litauen	1997	3706				65
Turkmenische SSR	1926	1001	71,9	7,5	Usbeken	10,5
	1959	1516	60,9	17,3	Usbeken	8,3
	1989	3512	71,9	9,5	Usbeken	9,0
Turkmenistan	1997	4658				488
Armenische SSR	1926	880	84,0	2,2		
	1959	1763	88,0	3,2		
Armenien	1989	3304	93,3	1,6		
	1997	3787				30
Lettische SSR	1959	2093	62,0	26,6		
	1989	2667	52,0	34,0		
Lettland	1997	2465				65
Estnische SSR	1959	1197	74,6	20,1		
	1989	1566	61,5	30,3		
Estland	1997	1458				45

Tabelle 2: Ethnische Gruppen des Russischen Reiches und der Sowjetunion (in den jeweiligen Grenzen)

	1897		1926		1959		1989	
	in 1000	%						
Total	125640	100	147027	100	208827	100	285743	100
Russen	55668	44,3	77791	52,9	114114	54,6	145155	50,8
Ukrainer	22381	17,8	31195	21,2	37253	17,8	44186	15,5
Weißrussen	5886	4,7	4739	3,2	7914	3,8	10036	3,5
Ostslawen	83935	66,8	113725	77,3	159281	76,2	199377	69,8
Wolgatataren	1834	1,5	2916	2,0	4968	2,1	6649	2,3
Tschuwaschen	844	0,7	1117	0,8	1470	0,7	1842	0,6
Baschkiren	1321	1,1	714	0,5	989	0,5	1449	0,5
Mordwinen	1024	0,8	1340	0,9	1285	0,6	1154	0,4
Udmurten	421	0,3	504	0,3	625	0,3	747	0,3
Mari	375	0,3	428	0,3	504	0,2	671	0,2
Komi	258	0,2	376	0,3	431	0,2	497	0,2
Kalmücken	191	0,2	132	0,1	106	0,1	174	0,1
Karelier	208	0,2	248	0,2	167	0,1	131	0,1
Europ. Russland	6446	5,3	7775	5,4	10545	5,0	13314	4,7
Burjäten	289	0,2	238	0,2	253	0,1	421	0,1
Jakuten	227	0,2	241	0,2	237	0,1	382	0,1
Übrige Sib.	266	0,2	182	0,1	305	0,2	506	0,2
Sibirien	782	0,6	661	0,5	795	0,4	1309	0,4
Rumänen Moldauer	1122	0,9	279	0,2	2214	1,1	3498	1,2
Litauer	1660	1,3	42		2326	1,1	3067	1,1
Letten	1435	1,1	142	0,1	1400	0,7	1459	0,5
Esten	1003	0,8	155	0,1	989	0,5	1027	0,4
Polen	7931	6,3	782	0,5	1380	0,7	1126	0,4
Bulgaren	173	0,1	111	0,1	324	0,2	373	0,1
Westen	13324	10,5	1511	1,0	8633	4,3	10550	3,7
Aserbaidshaner	1440	1,2	1707	1,2	2940	1,4	6770	2,4
Armenier	1173	0,9	1568	1,1	2787	1,3	4623	1,6
Georgier	1353	1,1	1821	1,2	2692	1,3	3981	1,4
Transkaukasien	3966	3,2	5096	3,5	8419	4,0	15374	5,4
Tschetschenen	227	0,2	319	0,2	419	0,2	957	0,3
Awaren	213	0,2	159	0,1	270	0,1	601	0,2
Osseten	172	0,1	272	0,2	413	0,2	598	0,2
Lesginer	159	0,1	135	0,1	223	0,1	466	0,2
Kabardiner	99	0,1	140	0,1	204	0,1	391	0,1
Darginer	130	0,1	109	0,1	158	0,1	365	0,1
Kumyken	83	0,1	113	0,1	135	0,1	282	0,1
Inguschen	47		74	0,1	106	0,1	237	0,1
Übrige	192	0,2	304	0,2	353	0,2	630	0,2
Kaukasus	1322	1,1	1625	1,1	2281	1,1	4527	1,5
Usbeken	1800	1,4	3905	2,7	6015	2,9	16698	5,8
Kasachen	3882	3,1	3968	2,7	3622	1,7	8136	2,9
Tadschiken	350	0,3	979	0,6	1397	0,7	4215	1,5
Turkmenen	281	0,2	764	0,5	1002	0,5	2729	1,0
Kirgisen	635	0,5	763	0,5	969	0,5	2529	0,9
Karakalpaken	104	0,1	146	0,1	173	0,1	424	0,2
Mittelasien	7053	5,6	10525	7,1	13178	6,4	34731	12,3
Deutsche	1791	1,4	1239	0,8	1620	0,6	2039	0,7
Juden	5063	4,0	2601	1,8	2268	1,1	1449	0,5
Koreaner	26		87	0,1	314	0,1	439	0,2
Griechen	187	0,2	214	0,1	309	0,1	358	0,1
Krimtataren	220	0,2	179	0,1			272	0,1
Diaspora-Gr.	7287	5,8	4320	2,9	4511	1,9	4557	1,6

Probleme der Transformationsperiode in Russland

In Übereinstimmung mit der gebräuchlichen Definition soll hier Trans-

formation als langfristiger Entwicklungsabschnitt verstanden werden, der sozioökonomische, kulturelle und politische Änderungsprozesse umfasst und schließlich in ein qualitativ neues System mündet. Bei jeder Transformation gibt es einen dominanten Trend, aber durchaus auch widersprüchliche Muster.

Im Falle Russlands war es die Tendenz der Privatisierung von Staat und Politik, die seit den späten siebziger Jahren immer stärker ins Auge sprang und sich bis heute fortsetzt. Immer mehr Bereiche der Gesellschaft entzogen sich der staatlichen Aufsicht, was sich auch im Wachstum des organisierten Verbrechens niederschlug. Das wurde und wird als Zerfall der staatlichen Autorität beklagt und führte u.a. zum Ruf nach einer starken Hand, aber auch zu dauernden Versuchen und Versuchungen, staatliche Autorität wiederzuerrichten, zu verstärken und durchzusetzen, und zwar mit allen möglichen zivilen und unzivilen Mitteln.

Die von oben her vorgeschriebene Einführung der Marktwirtschaft bewirkte zwar das Entstehen von begrenzten Märkten, aber auch das Aufkommen von organisierter Gegenwehr gegen den Markt, die Schaffung von Monopolen und in weiterer Folge das Überhandnehmen von protektionistischen Aktionen auch der „Marktreformer“ selbst.

Der Übergang zu demokratischen Institutionen und Prozessen rief ebenfalls Gegenstrategien auf den Plan, welche die Unsicherheiten der demokratischen Willensbildung zumindest abmildern sollten.

Eine Besonderheit der postsowjetischen Transformation ist der Zerfall des Imperiums, der zahlreiche Konfliktherde schuf und die Russische Föderation zu einer Neudefinition militärischer Sicherheit und einer Neubewertung strategischer Territorien zwang.

Rückblende

Die Privatisierung von Staat und Politik kann man als eine verspätete Reaktion auf die stalinistischen Mobilisierungskampagnen deuten, welche die gesamte Gesellschaft für das jeweils gesteckte Ziel (Erfüllung der Pläne, Kollektivisierung, Industrialisierung, Krieg) erfassen sollten. Unter Chruschtschow hörten diese Kampagnen zwar nicht auf, aber wenigstens die Eliten mussten sich nicht mehr der ständigen Drohung der physischen Ausrottung ausgesetzt fühlen. Sie erwarben sozusagen das Recht auf einen politischen Tod: in Ungnade gefallene Parteiführer wurden nicht mehr liquidiert, sondern z.B. als Botschafter in die Mongolei geschickt. Erst unter Breschnew erhielt die gesamte Gesellschaft das faktische Recht, von der Politik in Ruhe gelassen zu werden. Es gab nun zunehmend Möglichkeiten, den offiziellen Mobilisierungskampagnen auszuweichen, z.B. statt zu wählen, eine Reise anzutreten. Damit begann auch der Prozess der Privatisierung des öffentlichen Eigentums und des öffentlichen Raumes. Öffentliche Ämter wurden zu Pfründen, das „gesellschaftliche Eigentum“ und die Fabriken, Kolchosen und Sow-

chosen wurden privaten Zwecken zugeführt und der Schwarzmarkt sowie die Korruption griffen um sich. Damit hatten sich bereits früh im Spätsozialismus Strukturen gebildet, die den Verlauf der marktwirtschaftlichen Reformen determinieren sollten. So ein weitverbreitetes System der Illegalität musste natürlich durch verlässliche Absprachen oder wenigstens einen stillschweigenden Konsens getragen werden, so zu tun, als sei alles in Ordnung. Selbstverständlich gab es in dieser Zeit Versuche, die ärgsten Auswüchse dieses Systems anzuprangern, sie endeten aber regelmässig ergebnislos (wie z.B. der „usbekische Baumwollskandal“ in den u.a. auch der Schwiegersohn Breschnews verwickelt war). Die Perestroika Gorbatschows war als ein Versuch der Legalisierung von Eliteprivilegien gedacht. In dem Maße, als die Erkenntnis über die Unhaltbarkeit des Systems um sich griff, versuchten die Eliten immer mehr, ihre Privilegien in die postsozialistische Zeit hinüberzuretten und möglichst wenig dem Zufall zu überlassen. Man machte sich allgemein relativ wenig Vorstellung von Demokratie und Marktwirtschaft (am ehesten wusste noch der KGB, was das in der Praxis war), doch war man gewillt, zumindest begrenzten politischen Pluralismus und auch Marktkonkurrenz zuzulassen, solange sich dadurch nichts radikal änderte. Der Putsch des 17. August 1991 war das auslösende Moment für den Zerfall der Sowjetunion, der sich allerdings schon vorher angekündigt hatte und auch ein Resultat des Versuches der Jelzin-Gruppe war, die KPdSU zu zerstören und die Russische Föderation als Machtbasis aufzubauen.

Reformen nach dem Ende der UdSSR

Die radikale Reformgruppe konnte nur deswegen an die Macht gelangen, weil nach dem Putschversuch zusammen mit den Ultraortho-

doxen auch sämtliche gemäßigten Reformkräfte innerhalb der KPdSU diskreditiert waren. Die Radikalreformer waren jüngere Intellektuelle, welche zwar mit westlichen Wirtschaftskonzepten, aber nur ungenügend mit der sowjetischen Wirtschaftsrealität vertraut waren. Sie erwarteten durchaus, mit ihrem Programm auf sozialen und politischen Widerstand zu stoßen, hofften aber, die Reformen innerhalb von ca. sechs Monaten durchzuziehen und unumkehrbar zu machen. Sie hatten jedoch das Ausmaß der Reaktion bei Bevölkerung und Betrieben sowie einige direkte Folgen der Preisfreigabe falsch eingeschätzt. So kam es zu einer Reihe von Streiks in Schlüsselregionen und die Preise stiegen viel schneller und höher als erwartet, so dass eine Hyperinflationsspirale in Gang kam. Die daraufhin verhängten Budgetkürzungen führten einerseits zu einem fast totalen Zahlungsstreik der Betriebe, einem Übergehen auf Barterhandel sowie dem weitgehenden Verschwinden von Bargeld und andererseits sahen sich die Reformer gezwungen, durch Subventionen politische Loyalität zu kaufen. Das letztere entsprach durchaus der Strategie, die Jelzin als Präsident der Russischen Föderation gewählt hatte: das Budget wurde immer mehr zu einem politischen Instrument, was natürlich dem monetaristischen Konzept (Geldwertstabilität durch Budgetdisziplin) diametral entgegengesetzt war. Man kann daher nicht davon sprechen, dass in Russland monetaristisch-marktwirtschaftliche Reformen durchgeführt wurden. Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der halbherzigen und widersprüchlichen Reformen waren aber derart, dass das Konzept der Marktwirtschaft (und in einem Aufwaschen auch der Demokratie) auf Jahre hinaus diskreditiert sind.

Die Rolle der westlichen Berater und Wirtschaftsfachleute wurde weithin überschätzt: Einerseits war die zumindest formale Befolgung

westlicher Vorschläge und Rezepte Voraussetzung für die Krediterteilung seitens der internationalen Finanzinstitutionen, aber andererseits waren diese Zusagen immer politischer Natur; sie dienten dazu, bestimmte Persönlichkeiten (in erster Linie Präsident Jelzin) gegen seine innenpolitischen Gegner zu stützen und setzten ihrerseits die bloße formale Zusicherung der russischen Regierung voraus, die vom Westen verlangten Reformen durchzuführen. Das gilt heute nach wie vor. Im Unterschied zur ersten Reformperiode, die von einer gewissen Aufbruchstimmung gekennzeichnet war, scheint man auch im Westen begriffen zu haben, dass man Russland nicht zu seinem Glück zwingen kann. Von Seite der westlichen Politik und Diplomatie behandelt man Russland mit Samthandschuhen und überlässt die grobe Kritik an der russischen Politik den Medien.

Regionale Disparitäten

Wenn überhaupt, dann waren die westlichen Experten nur in den ersten Monaten der radikalen Reform von Bedeutung. Hier wurden westliche Problemlöser oft selbst zum Problem, da sie im Regelfall dazu tendierten, politische und soziale Risiken unterzubewerten bzw. als Störgrößen für das Funktionieren des Wirtschaftssystems zu sehen. In der Realität lassen sich aber solche Störgrößen durch eine „Kriminalisierung“ nicht eliminieren. Westliche Wirtschaftsexperten tendieren auch dazu, zu reformierende Wirtschaftssysteme als eine Art tabula rasa zu betrachten und dadurch klimatische oder geographische Besonderheiten und andere schwer beeinflussbare Größen zu vernachlässigen. In Russland leben heute 3/5 der Bevölkerung in Permafrostgebieten (Jahrestemperaturmittel unter 5 Grad C), was der Wirtschaft insgesamt (nicht nur der Energiewirtschaft) eine bestimmte Verteilung von Investitionsmitteln,

Arbeitskräften und anderer Parameter vorgibt. Daneben gibt es gewachsene Strukturen, wie die regionale Konzentration von sanierungsbedürftigen Großbetrieben: diese stellen in den meisten Fällen Erzeugungs- und Arbeitgebermonopole dar, müssen aus den Regionalbudgets subventioniert werden und stellen für den Staatshaushalt insgesamt eine untragbare Belastung dar. Eine Ausnahme sind die Exportbetriebe (Öl und Gas, teilweise Metallindustrie, Holz), von denen die jeweilige Region profitiert. Regionen mit verarbeitender Industrie, welche für den Inlandsmarkt produziert (paradigmatisch ist dafür die Textilindustrie rund um Moskau) sind regelmäßig Notstandsregionen mit hoher Arbeitslosigkeit, stark defizitären Regionalbudgets, aus denen keine Löhne und Pensionen gezahlt werden können und schlechter Versorgung, vor allem mit Energie. In solchen Regionen ist typischerweise auch die politische Opposition (Kommunistische Partei Russlands, Liberaldemokratische Partei) stark. Die Bruchlinie verläuft zwischen armen und reichen Regionen, aber auch zwischen Stadt und Land. Die einzelnen Regionen schotteten sich immer mehr voneinander ab, und zwar durch die Einführung eigener Zahlungsmittel (Zahlungsanweisungen) oder durch administrative Zuzugsbeschränkungen. Die Anzahl der defizitären Regionen ist dabei ständig gestiegen, nur mehr 6 der insgesamt 89 russischen Regionen (inklusive Tschetschenien) leben heute nicht von föderalen Budgetsubventionen. Die makroökonomischen Steuerungsmöglichkeiten sind schon allein dadurch sehr beschränkt.

Privatisierungsfolgen

Die vor dem Hintergrund einer monopolisierten und bereits stark kriminalisierten Wirtschaft und auseinander strebender Regionen durchgeführte Privatisierung konnte nur fehlschlagen. Schon lange

vor ihrem offiziellen Beginn waren lukrative Betriebe „kalt“ privatisiert worden. Staatsbetriebe wurden in geschlossene Aktiengesellschaften umgewandelt, wobei das Management die Stimmrechtsaktien erhielt. Eine andere, sehr beliebte Möglichkeit für die Betriebsnomenklatur, Staatseigentum privat nutzbar zu machen, besteht in der Gründung privater Consultingfirmen, die mit dem Staatsbetrieb (oder formal privatisierten Betrieb) lukrative Dienstleistungsverträge abschließt. Die eigentliche Privatisierung hatte zum Ergebnis, dass ca. 80% der Betriebe weiterhin von einem Konglomerat aus ehemaligen regionalen Partei- und Managementeliten beherrscht werden. Ca. 20% der Betriebe wurden von überregionalen Finanzgruppen aufgekauft, wobei man bei beiden Gruppen einen hohen Anteil an aus illegalen Transaktionen stammendem Kapital vermuten kann. Davon wiederum ist ein gewisser Teil eigentliches Mafiakapital, und der Rest einfach unversteuertes Schwarzgeld. Bei einem geschätzten Anteil der Schattenwirtschaft am BIP von über 50% ist an eine gesetzeskonforme Wirtschaft einfach nicht zu denken. Die russische Mafia, die ursprünglich aus der Stalin'schen Gefängniswelt („GULAG“) kam, ist heute stark diversifiziert und regionalisiert und ist, da sie zu ihren kommerziellen Aktivitäten die Unterstützung von Politik und Verwaltungsapparat braucht, über die Korruption mit beiden verwachsen. Man kann sie überall dort vermuten, wo großes Geld gemacht wird bzw. gemacht werden kann: im Energiesektor, in bestimmten Bereichen der Grundstoffindustrie (z.B. in der Aluminiumindustrie), im Bankensektor und in den Medien (Anzeigengeschäft). Ein Großteil der offensichtlich von der Mafia begangenen Morde entfällt auf diese Branchen und hatte den Zweck, feindliche Übernahmen (hostile takeovers) zu ermöglichen oder zu beschleunigen. Wenn manchmal auf die mafiosen

Ursprünge des westlichen Kapitalismus verwiesen wird, dann muss man bedenken, dass die Ausgangsbedingungen in Russland anders sind: es gibt weder die entsprechende rechtsstaatliche noch die marktwirt-

schaftliche Basis für die Entwicklung einer zivilen Gesellschaft und einer zivilen Wirtschaft. Die Mafia ist nicht an Reformen, sondern an Monopolstellungen mit hohen Erträgen interessiert. Verdientes

The Price Tag of Russia's Organized Crime by Louise I. Shelley

Organized crime has a devastating impact on Russia's economy. It discourages foreign investment, deprives the country of its tax base, dominates the banking sector and financial markets, and exacerbates the already widespread problem of corruption. But probably the most damaging aspect of Russian organized crime activity is its contribution to large-scale capital flight.

Why Is Russia's Organized Crime Special?

Colombian drug traffickers repatriate most of their profits. Italian authorities were able to freeze \$3 billion of mafia assets in the mid-1990s because much of the profits of Italian organized crime were invested domestically. In contrast, Russian organized crime groups repatriate little of their profits, instead depositing their proceeds in foreign countries, establishing banks in offshore havens. A specialist on capital flight reported at a recent Ministry of Interior conference in Moscow that \$150 billion had been exported from Russia since 1991. This figure may be high but conservative estimates are still more than \$50 billion. A minimum of 40 percent of the estimated \$2 billion in monthly capital flight is attributable to organized crime groups. The problem of capital flight dwarfs the lamented absence of foreign investment (a figure estimated at approximately \$6 billion since 1991).

Russian organized crime groups do more damage to their country's tax base than do their compatriots in other countries. Apart from not paying taxes, organized crime groups, by usurping the state's tax collection role, often deprive the state of needed resources. Recent research on the Russian customs service revealed that duties are paid on only 35 of every 1,000 cars imported into the country. Regional crime bosses control customs warehouses in many parts of the country. Many customs officials, who are on the payroll of crime groups, collude to divert customs duties to the crime organizations.

Russian organized crime has also infiltrated the domestic banking sector and financial markets more deeply than have their counterparts in other countries. Millions of citizens have lost their limited savings in pyramid schemes and in banking institutions that have collapsed. Hundreds of banks are owned or controlled by organized crime groups that are laundering money (abroad by Russian organized crime groups and within Russia by foreign organized crime groups). Bankers who refuse to launder money cannot compete with banks that provide such services. This criminalization of the banking sector and financial institutions has boosted capital flight.

Russian organized crime groups secured a massive transfer of state property because the privatization occurred rapidly, on a huge scale, without legal safeguards, and without transparency. These groups used force, if necessary, but relied mainly on their large financial assets and their close ties to the former Communist Party elite, the military, and the banking sector. (Colombian, Italian, and Mexican organized crime groups have also benefited from the privatization of state resources, but on a much more modest scale.) Amassing privatized property even before the collapse of the Soviet state, the Russian mafia now controls more than 40 percent of the total economy. In some sectors, such as consumer markets, real estate, and banking, their role is even greater. In other countries crime organizations also diversify from the illicit sector to the legitimate economy. But in Russia, organized crime groups are dominating both legitimate and illegitimate economic sectors simultaneously. The new owners, often uninterested in making their enterprises function, drain the resources and transfer the proceeds abroad, exacerbating the problems of both capital flight and nonpayment of wages.

Fighting on the Ground

The cancer of organized crime cannot be addressed solely of the national level or through officials in Moscow. There are significant geographic variations. For example, organized crime is based in the shipping industry in the Far East, in the appropriation and export of natural resources in the Urals, and in banking and real estate in Moscow. The weakness of the central Russian state and the rise of regional power means that assistance programs must involve a variety of individuals and groups apart from state institutions. A multipronged strategy is called for:

- *Economic and legal assistance programs must be targeted to the most criminalized sectors of individual regions.*
- *Programs must seek to build civil society and help secure citizens' property rights. International programs to fight organized crime must work with groups like the Association of Russian Bankers, workers groups addressing issues of illegal privatization, and consumers groups educating citizens on the risks of investing in the largely unregulated banking sector, commodity markets, and stock exchanges.*
- *An integrated strategy of economic, social, civil, and criminal legal assistance is needed. Reform of the banking sector, assistance in privatization, and maintenance of a free press must be implemented along with legal assistance to fight organized crime. Also required is coordinated legal reform in the criminal and civil areas, including enforcement measures; banking, tax, and regulatory reform; protection and education of journalists; and the empowerment of citizens to fight organized crime.*
- *Individual countries and international organizations assisting in the privatization process, such as the World Bank and the EU, must pay more attention to corruption. They must work to ensure that citizens have more access to the property now being privatized and to legal assistance in this area.*
- *More attention must be paid to ensuring the openness of the privatization process. Citizens must have better access to information about the integrity and viability of the institutions in which they may invest.*
- *Building integrity in the banking sector and in financial markets must be a key objective of any assistance program to combat Russian organized crime. Civil and criminal legal assistance must proceed in tandem to ensure that new economic institutions can be defended against further criminalization.*

To sum up, efforts to decriminalize the Russian economy must define the problem more broadly than simply as money laundering. Donor nations and institutions must better coordinate their help in establishing the regulation and enforcement mechanisms for effective governing of financial institutions and markets. Assistance programs must identify areas of the economy that have managed to avoid massive criminalization.

The author is professor at the American University, Department of Justice, Law, and Society, Washington D.C. This article is based on her forthcoming book „Stealing the Russian State.“

Kapital wird nicht in Russland reinvestiert, sondern ins Ausland gebracht. Die privatwirtschaftlichen Reformen haben in Russland daher eher zu einer Tendenz zur unzüvilen Wirtschaft geführt.

Das Bestreben, sich privilegierte Monopolpositionen zu verschaffen, ist durch die gesamte Gesellschaft zu beobachten. Die Liste derjenigen, die öffentliche Ämter oder allgemein Verteilungspositionen zu privaten Vorteilen missbrauchen ist lang. Der Bogen reicht von korrupten Beamten, die Lizenzen erteilen oder verweigern können, über Polizisten, die unberechtigt Strafgeelder kassieren bis zu Eisenbahnschaffnern, die vom Wert der von Händlern transportierten Waren sozusagen Wegzölle einheben. In diesen Fällen und auch in charakteristischen Verhaltensmustern im Wirtschaftsverkehr und im Umgang des Staates mit seinen BürgerInnen (z.B. Gewaltandrohung oder sogar -anwendung bei der Eintreibung von Schulden

oder Steuern) drückt sich der Mangel von rechtsstaatlichen Traditionen aus. Solche „unzüvilen“ Verhaltensweisen werden genau durch das fehlende Vertrauen in die Institutionen des Rechtsstaates erzeugt. Weil man sich nicht auf Gerichte oder Verwaltungsbehörden verlassen kann, fühlt man sich gezwungen, private Interessendurchsetzung zu organisieren – auch das ist ein Beispiel für die unzüvile Privatisierung des öffentlichen Raumes.

Das weitgehende Fehlen von Rechtsstaatlichkeit wirkt sich auch in der Politik und der Politikorganisation aus. Es gibt noch kein eigenes Parteiengesetz und der Wildwuchs an Parteien verwirrt nicht nur die WählerInnen, sondern zeigt auch an, dass sich die Politik insgesamt noch lange nicht konsolidiert hat. Parteien werden aus kurzfristigen Kalkülen ins Leben gerufen, sie haben meist weder sozialen Rückhalt noch ein bestimmtes Segment an Stammwählern. In Ermangelung

von stabilen Institutionen und glaubhaften Programmen ist Politik notwendigerweise personenzentriert. Dazu trägt auch bei, dass die Parlamentswahlen zweitrangig sind, so dass der politische Zyklus in den alle 4 Jahre abgehaltenen Präsidentschaftswahlen gipfelt. Eine Folge der schwachen Institutionen ist auch der starke Trend zum Populismus, sowohl bei der Regierung als auch bei der Opposition.

Auch die Politik ist insofern privatisiert, als politische Ämter zur privaten Bereicherung genutzt werden. Parlamentssitze sind begehrt, weil sie Schutz vor Strafverfolgung garantieren.

Probleme im strategischen Umfeld

Der Zerfall der SU schuf eine neue Problemzone „nahes Ausland“. Diese Zone ist durch kriegerische Konflikte, dauernde, auch auf Russland selbst übergreifende Instabilität

Endresultate der Wahlen zur Staatsduma, 19. Dezember 1999

Politische Parteien	Deputierte von Parteilisten	Direkt gewählte Deputierte	Insges. (% der abg. Stimmen)
Kommunistische Partei Russlands (KPRF) Gennadij Sjuganov Einheit	67	46	113 (24,3%)
Sergej Schoigu Vaterland-Gesamtrussland (OVR) Jevgenij Primakov & Jurii Luschkov	64	8	72 (23,32%)
Einheit der Rechten Kräfte (SPS) Sergej Kirijenko	36	30	66 (13,33%)
Block Schirinowskij Vladimir Schirinovskij	24	5	29 (8,52%)
Jabloko Grigorij Javlinskij	17		17 (5,98%)
Unser Haus Russland DPA	16	4	20 (5,93%)
Russische Volkseinheit Geistiges Erbe		7	7 (1,2%)
Block General Andrei Nikolaev, Svjatoslav Fedorov		2	2 (0,59%)
Kongress der Russischen Gesellschaften und Bewegung Jurij Boldyrev Movement		2	2 (0,37%)
Pensionistenpartei		1	1 (0,1%)
Russische Sozialistische Partei		1	1 (0,56%)
Unabhängige Kandidaten		1	1 (0,62%)
		1	1 (1,98%)
		1	1 (0,24%)
		106	106
Gewählt insgesamt	224	215	439

und ungeklärte Souveränitätsrechte gekennzeichnet. Für Russland geht es darum, die Kontrolle über die Rohstoffe, vor allem Öl- und Gasvorkommen in Kasachstan und Aserbaidschan, zu behalten. Daneben müssen im Westen und Süden neue strategische Verteidigungslinien bezogen und die notwendigen Verteidigungsanlagen v.a. der strategische Luftverteidigung, errichtet werden. Das Vorrücken der NATO bis zum Baltikum wird dabei als weniger bedrohlich empfunden als der Verlust der Kontrolle über die Entwicklungen im Nordkaukasus.

Im Nordkaukasus verläuft derzeit eine der wichtigsten Konfrontationslinien der Weltpolitik. Nach dem US-amerikanischen Design soll im Süden der Russischen Föderation ein Gürtel befreundeter und befriedeter Staaten geschaffen werden, welcher von Aserbaidschan bis Moldawien reichen soll. Die geplante Pipeline von Baku nach dem türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan soll die teilweise miteinander

verfeindeten Staaten zur Kooperation zwingen, aber sie auch von der Russischen Föderation unabhängig machen. Russland will jedoch die Kontrolle über das kaspische und aserbaidchanische Öl nicht verlieren und denkt nach wie vor an eine Pipeline über Dagestan zum russischen Hafen Noworossijsk. Tschetschenien als Unruheherd bedroht die Stabilität nicht nur Dagestans, sondern des gesamten russischen Südens. Deswegen ist die Befriedung Tschetscheniens, gleich mit welchen Mitteln, so wichtig für Russland. Die Remilitarisierung, die Fremdenfeindlichkeit, der Ruf nach der starken Hand sind die beinahe unvermeidliche Folge dieser Situation, sind aber für eine Demokratisierung nicht gerade förderliche Umstände. Die Generäle haben offensichtlich grünes Licht erhalten, das Tschetschenienproblem mit allen militärischen Mitteln zu lösen: die Regierung und die Diplomatie ist dabei auf die Rolle der Orchestrierung beschränkt. Da eine militärische Lösung aber sehr unwahrschein-

lich ist, wird allein der Tschetschenienkonflikt Russland für die nächste Zeit in eine autoritäre Richtung treiben, ganz zu schweigen von Tschetschenien selbst, das durch zwei Kriege in seiner traditionellen Struktur völlig geändert wurde. Nicht mehr die Führer der Clans („Taibe“) oder religiöse Führer geben den Ton an, sondern Warlords, die überwiegend nicht islamisch orientiert sind, sondern der militärischen Logik folgen. Es gibt, und das gilt für den gesamten islamischen Gürtel der Ex-Sowjetunion, selbstverständlich einen Volksislam („Adat“),

der eine Mischung aus lokalen, meist vorislamischen und genuin islamischen Traditionen darstellt. Der Hochislam und insbesondere radikale Ausprägungen wie der saudiarabische Wahhabitismus ist hier immer fremd geblieben. Man sollte daher mit einer plakativen Charakterisierung postsowjetischer Konflikte als „Zivilisationskonflikte“ sehr vorsichtig sein. Im kaukasischen Raum kann man jedenfalls eine Fülle von Allianzen und Konfrontationen quer durch die „Zivilisationen“ beobachten.

Ein ganz wesentliches Problem der Transformation Russlands besteht darin, dass es zwischen den maßgeblichen politischen Kräften keinen Konsens über das Ziel der Transformation gibt. Wenn überhaupt, dann besteht Einigkeit darüber, dass eine Rückkehr zur sowjetischen Ordnung realpolitisch ausgeschlossen ist. Das heißt nicht, dass nicht einzelne Gruppen die weitverbreitete Nostalgie nach Ord-

nung und Stabilität ausnützten; die Kommunistische Partei Russlands, die stärkste Fraktion in der Staatsduma, nützt jede Gelegenheit, um die Zerstörung der Sowjetunion zu beklagen und ihre (friedliche) Wiedererrichtung zu fordern. In Wirklichkeit will und kann das niemand; der Zerfall der GUS zeigt, wie weit man sich politisch bereits auseinander gelebt hat und darüber hinaus wäre es wirtschaftlich eine schwere Belastung Russlands. Daher gibt man sich mit symbolischen Aktionen (wie z.B. der „Wiedervereinigung“ mit Weißrussland) zufrieden.

Fast alle politischen Parteien sind bei der Beschreibung ihrer Reformziele bemerkenswert vage und der Bereich möglicher Modelle ist sehr weit. Die Kommunistische Partei Russlands will offensichtlich eine weitgehende Wiederverstaatlichung und auf der anderen Seite des Spektrums scheint den „liberalen“ Gruppen so etwas wie eine soziale Marktwirtschaft mit staatlichen Steuerungselementen vor-

zuschweben. Allen Gruppen ist der Wunsch nach einer Bevorzugung russischer Produzenten gemeinsam, eine Forderung, die Schirinowski als „Abschließung Russlands vom Ausland für die nächsten 50 Jahre“ formuliert hat. Man kann für oder gegen die Integration Russlands in den Weltmarkt eine Menge Argumente finden. Es ist einerseits klar, dass Russland als newcomer mit seiner veralteten Industrie bei völliger Freigabe der Importe der Konkurrenz schutzlos ausgeliefert wäre, während die OECD-Länder sich sehr wohl gegen russische Importe zu schützen wissen, soweit sie überhaupt konkurrieren können. Andererseits ist ein Aufschließen Russlands ohne Konkurrenz sehr unwahrscheinlich und dank ihres Rohstoffreichtums kann die russische Wirtschaft auch ohne Wachstum und grundlegende Reformen überleben. Wie die meisten ihrer Produkte ist die russische Wirtschaft auch insgesamt nicht hochentwickelt, aber widerstandsfähig. Das

ist auch der Grund dafür, dass für Russland – im Gegensatz zu den mitteleuropäischen Reformstaaten – mehrere ganz unterschiedliche Entwicklungs- und Reformvarianten glaubhaft vertreten werden können. Russland hat auch keine realen Chancen, in die EU aufgenommen zu werden, braucht sich aber auch umgekehrt keine Mühe zu geben, seine Wirtschaft, Gesellschaft und Politik europareif zu machen. Die Transformation wird daher in Russland auf einem eigenständigen und nicht immer eindeutigen Pfad verlaufen.

LITERATUR

- J. ALEXANDER, Uncertain Conditions in the Russian Transition: The Popular Drive Towards Stability in a „Stateless“ Environment, in: *Europe-Asia Studies* 50 (1998), 415-443.
- T. FRISBY, The Rise of Organised Crime in Russia: Its Roots and Social Significance, in: *Europe-Asia Studies* 50 (1998), 27-49.
- Geschlechterverhältnisse in Russland, in: *Feministische Studien* 17/4 (Mai 1999).
- M. I. GOLDMAN, Lost Opportunity – What Has Made Economic Transition in Russia So Difficult? New York 1996.
- L. HELLER/S. NUSS, Transformation in Russland. Die Illusion einer Marktwirtschaft als Ergebnis informeller Regulation, *PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft* 29 (1999), 553-577.
- B. KAMINSKI, Economic Transition in Russia and the New States of Eurasia. Armonk 1996.
- P. NIKOLAI, The Rebirth of Russian Democracy. Cambridge, Mass. 1995.
- Th. F. REMINGTON, Politics in Russia. London 1999.
- St. F. WHITE, Russia's New Politics: The Management of a Post-Communist Society. Cambridge 2000.

<http://www.stratfor.com>

<http://russiastoday.com/features>

Eckdaten Russische Föderation

Bevölkerung 1998	146,9 Mio.
Bruttonationalprodukt 1998	337,9 Mrd. US\$
Bruttonationalprodukt pro Kopf 1998	2.300 US\$
Staatsschuldenquote 1998	64,7% des BNP

Soziale Indikatoren (1992–1998, jeweils letztes verfügbares Jahr)

Bevölkerung unter Armutsgrenze	31 %
Lebenserwartung bei Geburt	67 Jahre
Säuglingssterblichkeit	17 Promille

Wirtschaftliche Entwicklung 1991–1998 (in Prozent)

	1985–1990	1991–1998	1997	1998
BNP	2,5	-6,5%	0,9%	-4,6%
BNP per capita	-	-6,7%	0,8%	-6,4%

Quelle: Website der Weltbank; M. Hildermeier, *Geschichte der Sowjetunion*. München 1998, 1043.

Geschätzte Bevölkerung unter dem oder am Subsistenzminimum (in Prozent, Ergebnis einer Erhebung 1993)

Region	Weniger als Subsistenzminimum	Am Subsistenzminimum
Moskau – Stadt	5,2	6,3
Moskau – Region	11,2	9,0
Dagestan	65,9	10,4
Russische Föderation	14,5	8,1

Quelle: A. Surinov/I. Kolosnitsyn, *Social inequality and poverty in Russia*, in: N. Ott/G.G. Wagner (Hg.), *Income inequality and poverty*, Heidelberg 1997, 183ff.

Aus einem Artikel von Jegor Gaidar (Ausübender Ministerpräsident 1992)

Worst of both worlds

As I just mentioned, practically all postcommunist countries have experienced problems with this combination of soft budget constraints and soft administrative constraints. What is the difference between „market socialist“ economies before the start of serious reform and in the postcommunist reality? Before the reforms, enterprise managers were firmly under a system of totalitarian political control. They had to behave. They had to show that they were loyal members of the party. It is also unfortunately true that many managers skimmed off funds from the enterprises, enriching themselves and their families. There were limits to such transgressions, however. The enterprise still had to meet the requirements of the central plan and still had to provide for the welfare of its workers. Failure to carry out fundamental managerial duties would be regarded as breaking the manager's contract with the political establishment. This was simply not done and could result in serious repercussions for the offending manager.

After the crash of communism, the totalitarian regime, with all its social and administrative restraints, ceased to exist. Then, the combination of easy budget constraints and easy administrative constraints produced most undesirable consequences for the enterprises, for society, and for the economy as a whole. These developments were entirely to be expected, given the social environment that emerged after the breakup of the totalitarian regime. Why? First, because of a mind-set deeply ingrained over 70 years of socialism. Far from being distinct entities, enterprises were regarded as part of the state, a result of socialist industrialization. How could an enterprise be disciplined on the trivial grounds that for a time it was unable to fulfill its tax obligations? It would be absurd: the duty of the state was to provide for the enterprise, not the other way around. Second, because enterprise managers were part of the social infrastructure of the totalitarian society, they were in no way different from other officials in the state administration. They had gone to university together, they worked together, they socialized with one another. They could also collude together. Unless there were countervailing political and legal safeguards – and over the past decade there have been few – this combination of feeble budgetary controls, weak administrative controls, and „old boy“ cronyism engendered an inefficient, stagnant, and extremely corrupt environment.

(Quelle: Website des Instituts für Probleme der Übergangsperiode, Moskau)

Auszug aus der Stellungnahme der Regierung und der Zentralbank der RF zur Unterstützung des Antrags

um einen Standby-Kredit des IMF, 13. Juli 1999

Revenue collection and tax policy

13. *The fiscal adjustment planned for 1999 includes an increase in cash revenue of nearly 3 percent of GDP. Efforts to increase revenues of the federal government will take a two-pronged approach. First, in order to close the fiscal gap in 1999, a number of tax measures will be implemented, aimed primarily at increasing taxation of consumption and at capturing some of the windfall gains to exporters owing to the large depreciation of the ruble since August 1998. Second, the government will implement measures aimed at improving taxpayer compliance, including several steps envisaged under previous programs, which will lay the foundation for improved collections in 1999 and beyond, and set the stage for an eventual reduction in the high statutory rates for direct taxes and the elimination of a number of particularly inefficient taxes.*

14. *Underlying our efforts to improve revenue collection will be an end to the widespread use of tax offsets and ad hoc negotiated tax payments. In support of this step, the government will achieve passage in the Federation Council of amendments which remove from the Budget Code those articles permitting offsets. Abstaining from any form of tax offset arrangements will be a continuous performance criterion under the 1999 program. Further, the government will not, under any circumstances, conduct a tax amnesty.*

15. *The government has adopted a package of revenue measures for 1999 which aims to raise 1 3/4 percent of GDP. The 1999 budget provides for the transfer of 3 percentage points of the personal income tax to the federal government, which will generate 1/2 percent of GDP in revenue and an increase of land- and water resource-related tax rates, which will increase collections by an additional 0.2 percent of GDP. In addition, given our overriding need to generate revenue, an export tax on oil, petrochemicals, timber, ferrous and nonferrous metals and other commodities has been introduced on a temporary basis, which is expected to generate about 0.6 percent of GDP in revenue this year. Additional revenue of 0.4 percent of GDP will be raised through the adoption of a number of measures to improve tax legislation, including the introduction of an annual tax on luxury automobiles; reduction of preferential (10 percent) VAT taxation; and enhancing administrative control over production and sale of alcoholic products. Finally, we will forego any reductions in the VAT rate until tax compliance has shown a durable improvement, and at least until January 1, 2000. In this regard the President has vetoed the law putting the VAT rate reduction in place as of July 1, 1999.*

16. *A number of changes in the tax law will aid in revenue collection. We have reduced the number of tax preferences, including some tax exemptions for closed administrative territories. In order to further strengthen the tax system, the draft 2000 budget will contain a provision mandating the transfer of federal taxes collected in closed territories to the federal budget – which will automatically eliminate the possibility for closed territories to provide exemptions on these taxes – with corresponding compensation to the territories from the federal budget. In addition, the government will take additional administrative measures by September 30, 1999 to limit the application of these exemptions in 1999. Finally, we will restore the implementation of the gas excise tax on an accruals basis.*

17. *We are revitalizing our efforts to enhance tax administration. Central to this program has been the passage of amendments to Part I of the Tax Code, in order to address a number of important deficiencies in the current Tax Code. Among the changes introduced are those: increasing the powers of the tax authorities by eliminating the need for the Ministry of Taxation to use the already over-burdened court system and giving them the ability to issue liens on bank accounts of delinquent taxpayers; introducing legal sanctions against tax agents who fail to deposit withheld taxes into government accounts in a timely fashion; eliminating the ceiling on total interest accruals on overdue taxes, as well as the ceiling on the interest rate; extending deadlines for collection orders; and introducing stronger penalties and sanctions for failure to file tax invoices, filing of false invoices, or bookkeeping practices in violation of the law.*

18. *The government intends to increase its efforts to reduce tax arrears in the energy sector. The government has introduced individual schedules for each oil company to move progressively to full payment of taxes in cash in compliance with the law of the Russian Federation beginning from November 1999 and for Gazprom to do the same from July 2000. Until conventional tax administration proves fully effective and at least until the end of 1999 the government is taking an extraordinary short-term measure, starting with the monthly allocations for June 1999, to permit access to the export oil pipeline transport system only for oil companies, which themselves – or whose holding company and all affiliates thereof that have any significant commercial relationship with the oil companies in question – have no arrears of scheduled federal tax obligations arising on or after April 1, 1999. Any company with such federal tax arrears outstanding at the beginning of the month in which export pipeline allocations for the following month are determined will be denied access to export pipeline capacity for the entirety of the month in question. Pipeline access will not be limited by the government for any other reason unrelated to normal technical requirements and payment compliance as set out in oil transportation contracts. Pre-April, 1999 tax arrears will be cleared by December 31, 1999.*

19. *In addition, to reduce the current very high level of tax arrears throughout the economy, we will intensify efforts to establish effective collection processes, and to initiate asset seizures and bankruptcy actions in appropriate cases; take action to impose sanctions, provided under the Criminal Code, on enterprise managers contributing to noncompliance; and redirect our tax examination program to focus on cases with maximum potential revenue yield. By end-1999, we will recover at least Rub 8 billion in tax arrears for the federal budget other than in the oil and gas sectors, based on tax examinations. Finally, we will take all necessary steps to make the Federal Debt Center – set up in 1998 to sell assets seized from tax debtors – fully operational, including the passage of a government resolution clarifying that it has an exclusive right to sell attached property.*

20. *The government intends to support the implementation of recently-established plans in the Ministry of Taxation (MOT) that are designed to improve its ability to control the affairs of taxpayers whose business activities span several regions,*

and to achieve efficiency gains through a program of work consolidation initiatives. The government is also committed to strengthening control over and monitoring of the largest taxpayers. Toward this end, it will take steps to effectively implement the core system of large taxpayer inspectorates to deal with the largest taxpayers on a consolidated basis, and will ensure that the units are adequately funded and staffed, and are provided the necessary legal authority to conduct their work, direct taxpayers to file returns, and specify where tax payments will be made.

21. Steps have also been taken to improve customs collections. To enhance coverage of shuttle trade, we have imposed a mandatory customs inspection for all importers declaring customs payments below a specified threshold per kilogram. In addition, the possibility for tax-exempt imports of cars has been eliminated, with privileges for certain groups of citizens and for cars clearing customs in Belarus removed. In order to reduce losses to the federal budget, the government will, by July 10, 1999, adopt a resolution increasing the list of commodities whose duty-free importation into Kaliningrad is subject to quotas. The government will do everything within its power to ensure that a federal law eliminating excise and VAT exemptions for goods imported to Kaliningrad is adopted by end-1999.

22. In recent years, the federal government has received a decreasing share of revenues from collections of taxes defined as federal in Part I of the Tax Code, while the federal government's share of total tax arrears has been growing at a rapid rate. To address this issue, we will take several steps. Beginning with the 2001 budget, we will reflect sharing of federal taxes with the regions as an expenditure item, and will execute all such sharing through the federal treasury. Further, in the context of the 2001 budget, we will adopt a single rate of revenue assignment for shared federal taxes, to limit the scope for regions to abuse the revenue-sharing arrangement and to allow simplification of the tax payment process.

Expenditure policy and management

23. Fiscal adjustment in 1999 and beyond will rest to a significant degree on substantial reductions in real spending as well as enhanced control of expenditure commitments to avoid a new buildup of budgetary arrears. The 1999 budget foresees a reduction in noninterest spending to 9.6 percent of GDP, a decline of 2 percent of GDP compared with 1998, implying large reductions in real spending. The government is concerned that these cuts will not be sustainable over the medium term, and is therefore undertaking a concerted effort to identify and eliminate inefficient or unproductive expenditure programs.

24. To this end, the government began to implement already in 1998 a comprehensive expenditure reduction plan, including substantial downsizing and organizational reform in the public sector. The number of federal executive authorities and other legal entities that are first-tier recipients of federal money declined from 132 at the beginning of last year to 106 in the 1999 budget. In addition, the number of positions in the federal executive authorities was reduced during 1998 by about 79,000 or 19 percent, and additional reductions in employment have also been seen in transport, education, and health care. We will continue progress in these areas in 1999. As a first step we have prepared an analysis of the impact of the expenditure reduction plan in 1998, and a program for continued expenditure rationalization in 1999. This program includes substantial further reductions of 41,000, or 12 percent, in the number of public employees. In addition the government will take steps to control the off-budget assets of budgetary institutions; undertake an audit and reduction in the number of federal programs; complete the registry of federal government real estate; and introduce norms for assessing social programs. A new federal commission has been established to examine options for further streamlining the civil service, and it is anticipated that this will result in a further reduction in the number of federal agencies. The government is committed as well to conducting a public expenditure review during 1999, covering at least the health and education sector

Von der Sowjetgesellschaft zur Zivilgesellschaft?

Seit nunmehr 10 Jahren findet im postsowjetischen Russland ein Transformationsprozess statt, der alle gesellschaftlichen Bereiche betrifft. Der plötzliche Zusammenbruch des sowjetischen Regimes hat die politischen Akteure und die Bevölkerung des Landes vor die Aufgabe gestellt, quasi aus dem Nichts den Reformversuch eines in sich geschlossenen Systems in einen völligen Umbau zu verwandeln (Offe 1994): Das autoritäre politische System eines Staates mit Monopolpartei sollte in eine Demokratie mit allen komplizierten, durch Verfahrensregeln abgesicherte Willensbildungsstufen transformiert werden. Eine Planwirtschaft sollte ‚über Nacht‘ in eine kapitalistische Wirtschaft verwandelt werden. Die Bildungsinstitutionen sollten so verändert werden, dass sie die Anforderungen dieser Ökonomie wie auch die Notwendigkeiten politischer Bildung erfüllen konnten. Nicht zuletzt mussten lebensweltliche Deutungsmuster, die Gewissheiten der Menschen transformiert werden in Deutungsmuster, die einem Selbstverständnis als politische Person mit Wahlrecht und Gestaltungsfreiheit auf allen gesellschaftlichen Ebenen entsprechen. Die neuen Anforderungen verlangten eine soziale Integration auf neuem Niveau: Was vorher,

wenn auch ambivalent, so doch für die Mehrheit der Bevölkerung als richtig galt, das Zusammenleben der Menschen regelte, was das Verhältnis von Einzelnem und Kollektiv, Betrieb und Staat regelte, all diese Interpretationsmodelle und dieses Alltagswissen sollten aufgegeben werden. Neues, der Situation angemessenes, Alltagswissen sollte ‚erfunden‘ und verankert werden.

Das im Titel des Aufsatzes genannte Konzept „Zivilgesellschaft“ ist der Ausgangspunkt unserer Überlegungen, um den Demokratisierungsprozess zu beschreiben. Hat Russland sich in eine Zivilgesellschaft verwandelt?

Die Entdeckung eines Begriffs und seine kognitive Kraft im politischen Geschehen

Im Zentrum der Reflexion steht ein Konzept, das sich einer großen Renaissance in den achtziger und neunziger Jahren erfreute. Es bezieht sich auf die Ebene des Politischen und der sozialen Integration in einer demokratischen Gesellschaft. Der Begriff der Zivilgesellschaft ist in den Ländern Ostmittel- und Osteuropas zu einer zentralen Kategorie der Selbstreflexion und der gesellschaftlichen Utopie ge-

worden. In den Bürgerbewegungen in der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen bezogen die Akteure sich auf diesen Begriff, um einen Handlungsspielraum zu schaffen, der ihnen ermöglichte, dem autoritären Staat kleine ‚Freiheiten‘ abzurufen. Ausgehend von der Erfahrung, den autoritären Staat nicht in einem großen revolutionären Akt verändern zu können, konzentrierten sich die Akteure der sozialen Bewegungen auf kleinschrittige Aktivitäten des Protests und der Gestaltung des sozialen Raumes, die den Staat nicht fundamental bedrohten, sondern ihm eine Grenze setzten, hinter die sie sich zurückziehen konnten. Die so abgetrotzten Freiräume boten Raum für Diskussionszirkel, Assoziationen mit ökologischen und sozialpolitischen Themen, gewerkschaftliche Organisationen (wie z.B. die polnische Solidarnosc). Diese Aktivitäten der Zivilgesellschaft galten der Selbstverständigung und der Kritik am Staat, sie waren nicht gedacht, um staatliches Handeln zu ersetzen oder zu bestimmen. Mit dem Begriff „Zivilgesellschaft“ wurde ein Konzept wieder belebt, das zugleich eine regulative Idee und ein Ideal sein konnte: Der Blick auf die entwickelten Demokratien der westlichen Welt zeigte die Bedeutung von zivilgesellschaftlichen Assoziationen für die Funktionsfähigkeit von Demokratien: Zivilgesellschaft bezeichnet gesellschaftliche Orte, die zwischen den staatlichen Institutionen und dem schieren Privatinteresse der einzelnen Person vermitteln können. Dieser Prozess selbst ist ein zweiseitiger: Einerseits müssen staatliche Interessen und politische Lösungskonzepte öffentlich debattiert, legitimiert

Was ist Zivilgesellschaft?

Das demokratietheoretische Konzept ‚Zivilgesellschaft‘ hat trotz seiner Unklarheit viele Debatten inspiriert und zu vielen Analysen angeregt: Meint ‚Zivilgesellschaft‘ Institutionen (wie das Parlament oder das Recht), Debatten (z.B. in der Presse, Medien) oder Orte und Räume?

Helmut Dubiel definiert ‚Zivilgesellschaft‘ folgendermaßen:

„Zivilgesellschaft ist ein soziologisch schwer faßbarer Sammelbegriff für jene Kommunikationspraktiken, Diskursrituale und öffentliche Arenen, in denen sich kollektive Akteure über die Einheit und Zukunft ihrer Gesellschaft streiten.“ (Helmut Dubiel 1994:97)

1995 in einer Küche in St. Petersburg – hier findet ein soziologisches Seminar statt. Die Dozentin, die gerade mit einer schwarzen Wachskreide die Namen von amerikanischen Autoren an ihre Küchenkacheln geschrieben hat, ist eine russische Sozialwissenschaftlerin. Sie hat einen kleinen Kreis von Studierenden um sich gesammelt, die in Projektzusammenhängen ihres Institutes arbeiten. Doch die Verhältnisse im Institut – das Centre for Independent Social Research und eines der ersten unabhängigen Forschungsinstitute im ‚neuen Russland‘ – sind so beengt, dass sie keinen Platz für Seminare bieten. So weicht sie aus auf einen Ort, der auch schon im sowjetischen Russland ein besonderer Ort gewesen ist: die russische Küche – winzig aber warm – hatte immer schon viele Funktionen. Sie ist unter den extrem beengten Wohnverhältnissen das familiäre Zentrum, in dem nicht nur gekocht und gegessen, sondern auch debattiert, gearbeitet und oft genug auch genächtigt wird. Die russische Küche ist auch die Wiege der russischen Zivilgesellschaft. Soweit wie möglich vor den Eingriffen des Staates geschützt, haben die DissidentInnen der letzten Jahrzehnte zusammen in den Küchen gegessen, ihre Kritik am Staat debattiert, ihre Texte geschrieben und zur Diskussion gestellt. Es wurden Gedichte zitiert und Ansprachen vorgetragen – die alle einer Vision gefolgt sind: es sollte eine andere Welt entstehen. Die Enge des sowjetischen Staates und die permanenten Kontrollversuche haben zunächst politische und weltanschauliche Differenzen überdeckt und eine Einheit in der Unterdrückung erzeugt. Heute haben diese Differenzen sich aufgetan und zu einer Zersplitterung der politischen Gruppierungen geführt, die wesentlich negative Konsequenzen für den Konsolidierungsprozess der politischen Sphäre hat.



Aber die Küche ist auch heute noch ein wichtiger Ort: Die vielen kleinen NROs, die in Russland ihre Arbeit aufgenommen haben und mit minimalen Mitteln versuchen, eine Aufgabe zu erfüllen und die Mitglieder finanziell über Wasser zu halten, sitzen auch heute noch oft in der Küche und planen ihre gesellschaftlich relevanten Aktivitäten.

und verankert werden. Indem die Personen in zivilgesellschaftlichen Assoziationen diese Fragen und Probleme diskutieren, setzen sie sich damit auseinander, kritisieren und variieren sie die Lösungs- und Gestaltungsvorschläge. Auf der anderen Seite werden an den Orten der Zivilgesellschaft Probleme und Themen, die die Interessen der Privatpersonen betreffen, auf Fragen des Gemeinwohls bezogen und durch öffentliche, auch konfliktgeladene Diskussion generalisiert und an die staatlichen Institutionen als Forderungen bzw. zu behandelnde Themen adressiert. Die Basis von Zivilgesellschaft sind vom Staat unabhängige Assoziationen, Gruppen und soziale Bewegungen, die gerade nicht unter dem Handlungsdruck staatlicher Regelungsaufgaben stehen und so den Freiraum zur ‚endlosen‘ und assoziativen Debatte haben. Die Träger zivilgesellschaftlicher Assoziationen müssen Personen

sein, die ausgestattet sind mit den Kompetenzen, die politischen Verhältnisse (zumindest tendenziell) zu durchschauen, eine Wahl zu treffen zwischen verschiedenen Möglichkeiten, ihre eigenen Interessen zu formulieren und zu überprüfen, inwieweit ihre Interessen legitimerweise für die gesamte Gesellschaft generalisierbar sein könnten. Zivilgesellschaft verlangt von den Akteuren eine hohe Flexibilität, Themen zu erkennen oder zu gestalten und Strategien der Durchsetzung und Verallgemeinerung zu entwickeln. Ebenso müssen sie eine hohe Frustrationsbereitschaft mitbringen, um die langwierigen und konflikthältigen Auseinandersetzungen um Themen und deren Scheitern aushalten zu können. So gesehen sind zivilgesellschaftliche Assoziationen auch Orte, an denen die Akteure Regeln der demokratischen Willensbildung und Konfliktbewältigung lernen und einüben können.

Doch Zivilgesellschaft ist gleichzeitig auch ein immer fernes Ideal für eine gelingende Demokratie, denn der Blick auf die westlichen Demokratien zeigt auch Mängel, Brüche, Apathie und Desintegration der BürgerInnen hinsichtlich des demokratischen Prozesses. Der Reiz des Konzeptes ‚Zivilgesellschaft‘ lag und liegt für die osteuropäischen Akteure in seiner Doppeldeutigkeit als Basis und utopisches Ideal von Demokratie (Dubiel 1994).

Zivilgesellschaft in Russland: Realität, Illusion oder Utopie?

In der Sowjetunion wird dieses Konzept erst seit den neunziger Jahren intensiver diskutiert. Während sich in den anderen ostmittel- und osteuropäischen Ländern noch unter kommunistischer Herrschaft soziale Bewegungen und bürgerrechtliche Assoziationen stabilisieren konnten, blieben die zivilgesellschaftlichen

Assoziationen in der UdSSR immer vereinzelt und handelten nur im privaten Bereich: die autoritäre Macht des Kernstaates sowjetischer Herrschaft war zu stark, als das ihr mit den weichen Formen zivilgesellschaftlichen Protests systematisch Freiräume abgerungen werden konnten. Nur punktuell und oft in Abhängigkeit von einzelnen starken Persönlichkeiten – wie z.B. Andrej Sacharov – gelang es, öffentlichkeitswirksame Proteste zu artikulieren. Zwar sind die vielfältigen Aktivitäten der Dissidentenzirkel, die sich in den russischen Küchen trafen und so eine halb-öffentliche Sphäre schufen, als Anfang der Zivilgesellschaft zu verstehen. Ihre Arbeit, überhaupt Alternativen zur herrschenden Politik zu formulieren, darf nicht unterbewertet werden. Allerdings bildeten sich keine übergreifenden stabilen Strukturen – wie die Schattenwirtschaft in Ungarn, die Bewegung um die Freiheitscharta in der Tschechoslowakei oder die Solidarnosc in Polen – heraus, die dauerhaft und auf einem höheren Organisationsniveau eine Plattform für die Formulierung gesellschaftlicher Interessen bieten konnten. Die Entwicklung vielfältiger und breit integrierender zivilgesellschaftlicher Assoziationen setzte in Russland erst nach dem Zerfall der Sowjetunion ein und stand daher unter dem Stern des Zusammenbruchs eines Staates und seiner Integrationsmechanismen. Zivilgesellschaft stand so nicht im Zusammenhang mit Freiräumen oder einer vermittelnden Sphäre zwischen Staat und Gesellschaft, sondern geriet zum Lösungsmodell für einen versagenden Staat, der seine BürgerInnen nicht mehr mit dem Notwendigen versorgen kann. Nicht konfliktreiche Debatten, Einigungsprozesse über die Themen und Alternativen zu staatlichen Vorgaben sind in der russischen Diskussion das Zentrum der Zivilgesellschaft, sondern die Frage, inwieweit Zivilgesellschaft hilft, den zerfallenden Staat sym-

bolisch zusammenzuhalten und die atomisierten Individuen mit den grundlegendsten sozialen Leistungen zu versorgen (Langenohl 1996).

Nicht-Regierungs-Organisationen (NRO) als Basis zivilgesellschaftlicher Entwicklung

Trotz dieser ungünstigen Voraussetzungen sind in den letzten Jahren ca. 160.000 verschiedene Organisationen und Assoziationen gegründet worden, die mit dem Sammelbegriff Nicht-Regierungs-Organisationen bezeichnet werden können. Es handelt sich um Gesundheitszentren, Bildungsinstitutionen, Zentren der Rechtsberatung, Behindertenhilfe, Nachbarschaftshilfe und viele weitere Wohltätigkeits- und Selbstorganisationen der BürgerInnen Russlands, die sich mit den brennenden Fragen der sozialen, gesundheitlichen und sozialpolitischen Versorgung der Bevölkerung beschäftigen. Daraus können wir zunächst ablesen, dass die BürgerInnen Russlands die Ideen der Selbstorganisation und des Engagements leidenschaftlich aufgenommen haben. Dieser Prozess wurde allerdings stark durch Ausbildungs- und Finanzierungshilfen der westlichen Länder unterstützt, die interessenbewusste BürgerInnen und Selbsthilfeorganisationen als Basis einer Zivilgesellschaft und als Voraussetzung für einen gelingenden Demokratisierungsprozess ansehen.

Neuere Untersuchungen beispielsweise der Wohltätigkeitsorganisationen zeigen jedoch, dass nur wenige der Aktiven diese ‚staatsbürgerliche‘ Perspektive der Demokratisierung durch Partizipation und Eigenverantwortung teilen. Michael Kleineberg (in: Schrader u.a. 2000) zeigt, dass die Motivationslage und die Gestaltung der Initiativen meist anders aussieht. In den wenigsten Organisationen werden demokratische Verfahren zur Entscheidungsfindung und Leitungsbesetzung entwickelt, als Satzung niedergelegt

und angewendet. Oft – so resümiert Kleineberg seine empirische Studie über die ‚Charities‘ in St. Petersburg – würden die Mitglieder einer Initiative in Entscheidungsfragen nicht beteiligt, sondern als ausführende Organe verstanden. Damit werden gerade nicht Selbstverantwortung und die Artikulation eigener Interessen eingeübt, sondern es wiederholen sich Muster der Unterordnung und des ‚Versorgt-werdens von oben‘. Ein weiteres schwerwiegendes Problem sieht Kleineberg im Selbstverständnis der Organisationen als Substitute des versagenden Staates. Angesichts des Zusammenbruchs der sozialen Leistungen des Staates verstehen die Akteure ihre Arbeit als Notlösung, durch die vorübergehend etwas bereitgestellt wird, was eigentlich der Staat als Leistung erbringen müsste. In diesem Zusammenhang steht auch der letzte kritische Punkt, den ich hier aus Kleinebergs Studie referieren möchte: die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt führt dazu, dass die Mitarbeit in einer der zivilgesellschaftlichen Organisationen in erster Linie als berufliche Alternative ausgebaut und nicht unter dem Zeichen einer staatsbürgerlichen Partizipation betrachtet wird. Ebenso wird die Arbeit der Initiativen insgesamt eher durch betriebswirtschaftliche Erfolgskriterien gestaltet. Diese Orientierung ist zwar aus der Perspektive der Akteure angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung verständlich, aber sie hat für die Entwicklung von Partizipationsgedanken und Eigenverantwortung negative Folgen. Ein wesentliches Potenzial zivilgesellschaftlicher Aktivitäten ist damit quasi kaltgestellt: die beteiligten Akteure debattieren nicht kontrovers und nach demokratischen Regeln mit dem Ziel, die Meinungen vieler zu integrieren und normative Vorstellungen über sinnvolle und richtige Handlungsorientierungen zu erzeugen. Sondern die Substituierung staatlicher Versorgungsleistungen und die betriebswirtschaftliche Ef-



Die Lebensverhältnisse in der Russländischen Föderation sind extrem widersprüchlich. Auf dem berühmten Newskij Prospekt in St. Petersburg flaniert die neue, zahlenmäßig kleine Mittelschicht vor den teuren Designergeschäften, die sich im Zentrum der nördlichen Metropole niedergelassen haben. Doch das Gefälle innerhalb einer Stadt ist riesengroß. Ein paar Straßen weiter zeigt sich ein anderes Gesicht der Stadt: verfallende Gebäude, unbefahrbare Straßen und eine StraßenbahnfahrerIn, die mit schierer Körperkraft die Weiche der Straßenbahnschienen verstellen muss. Obwohl in den letzten Jahren der Autoverkauf in Russland geboomt hat, erledigen große Teile der Bevölkerung ihre täg-

lichen Angelegenheiten von Einkauf bis Weg zur Arbeit mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Doch auch diese sind von dem Zusammenbruch der Wirtschaft in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Bahnen sind verfallen und abgenutzt, oft ungeheizt und ständig überfüllt. Sie fahren immer seltener und die auf sie Angewiesenen müssen mittlerweile zwei- bis dreistündige Fahrt- und Wartezeiten in Kauf nehmen, um von ihrem Wohnort – meist in einer der ‚Schlafstädte‘, die das eigentliche Petersburg ausmachen – zu ihren Arbeitsstätten zu kommen. Die Gehälter sind so niedrig, dass schon die Fahrt mit den Verkehrsmitteln große Teile verschlingt. Wenn die Menschen in ihren Büros oder Fabriken angekommen sind, sind sie erschöpft allein von den Widrigkeiten der langen und beschwerlichen Anreise. Der Alltag in Russland frisst die Menschen auf und lässt ihnen kaum Kraft, ein anderes Leben zu visionieren und dafür auch etwas zu tun.



fizienz stehen im Vordergrund der Orientierungen.

Zivilgesellschaft und Lebenswelt

Die geschilderte kritische Lage der Nicht-Regierungs-Organisationen weist auf ein Problem bei der Entstehung einer Zivilgesellschaft hin: der Kern von Zivilgesellschaft besteht aus Formen der Kommunikation und Selbstreflexion, die die Mitglieder der Initiativen und Organisationen mitbringen oder erlernen müssen. Wenn wir davon ausgehen, dass Demokratien nur dann

lebendig sind und Bestand haben, wenn die BürgerInnen an Entscheidungen, an der Entwicklung von Fragen und Lösungen teilhaben können, dann sind insbesondere die Menschen und ihre Kompetenzen als ‚mündige BürgerInnen‘ gefragt. Zivilgesellschaft kann nicht durch ein Gesetz beschlossen und durch eine pädagogische Maßnahme umgesetzt werden. Die Erfahrungen der letzten Jahre in den westlichen Wohlfahrtsstaaten wie in den Transformationsprozessen autoritärer Regime zeigen, dass die Aufgabe des Staates nur darin liegen kann, Freiräume

bereitzustellen, die die Individuen selbst nutzen müssen. Zivilgesellschaft braucht mündige BürgerInnen, Menschen entwickeln sich zu mündigen BürgerInnen in einer Zivilgesellschaft – so könnte man das Dilemma der Zivilgesellschaft beschreiben: sie setzt voraus, was in ihr erst entstehen soll. Insofern ist die Zivilgesellschaft ein Ideal und eine regulative Idee zugleich und beschreibt einen komplizierten und komplexen Interaktionszusammenhang in modernen Gesellschaften. Mit dieser Perspektive geraten die Individuen genauso wie die oben

bereits kurz diskutierten Selbsthilfe-Organisationen in das Zentrum unserer Betrachtung. Bereits am Anfang des Textes habe ich angedeutet, welche Idee des Individuums im Konzept der Zivilgesellschaft mitgedacht ist: Flexibilität, Reflexionsbereitschaft und -kompetenz, Frustrationsbereitschaft, Selbstverantwortung und die Orientierung an Normen der Gleichheit und Gleichberechtigung sind die Stichworte, die ‚mündige‘ BürgerInnen beschreiben.

Die Lebenswelt der Menschen in Russland ist heute gekennzeichnet durch den finanziellen Zusammenbruch des Staates, die Armut großer Bevölkerungsschichten, Arbeitslosigkeit und Unterversorgung hinsichtlich Bildung und Gesundheit. Dies sind sicher keine guten Voraussetzungen, um sich mit Fragen der Gleichheit, Menschenrechte und politischer Partizipation zu beschäftigen. Auch die Schieflage im Demokratisierungsprozess, die die schwere Korruption in der politischen wie auch der ökonomischen Sphäre zur Folge hat, trägt dazu bei, dass die Menschen sich abwenden von Ideen der Demokratie und der Zivilgesellschaft. Sie haben einen Zerfall ihrer Gesellschaft unter dem Titel ‚Demokratisierung und Privatisierung‘ erlebt. Die Haltung der Bevölkerung zur Politik und zu öffentlichen Fragen ist heute durch Apathie und Abwendung gekennzeichnet.

Für unsere Frage ist von großer Bedeutung, mit welchen Interpretationsmodellen die einzelnen Individuen die Erfahrungen dieser ‚Demokratisierungen‘ deuten und verstehen. Sie tun dies mit den Modellen, die die politische und alltägliche Kultur der Sowjetunion zunächst einmal bereitgestellt haben. Neben dem Versagen der ‚Demokraten‘ im Transformationsprozess scheinen mir die Ursachen für diese Abwendung auch in den kulturellen Traditionen der Sowjetunion zu liegen, die nicht einfach mit dem Ende des Regimes

aufhören, wirksam zu sein. Wir können statt dessen sogar vermuten, dass das bisherige Scheitern des Demokratisierungsprozesses die alten Deutungsmodelle in ihrer Wirksamkeit verstärkt. Ich möchte nur auf zwei Aspekte zu sprechen kommen, die die Lebenswelt und die politische Kultur der Bevölkerung der Sowjetunion bestimmten: die Bedeutung der Privatsphäre (1) und das Verständnis von Politik (2).

(1) Die Situation der Bevölkerung im autoritären Staat war gekennzeichnet durch eine besondere Dynamik von offizieller Politik und Privatheit. Das Ziel der autoritären Monopolpartei war, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu bestimmen und vorzugeben. Alle Aktivitäten sowohl in der ökonomischen als auch politischen Sphäre wie auch in der Lebenswelt der Menschen sollten sich auf das eine große Ziel, den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft, beziehen. Damit gab es – zumindest tendenziell – keine von den Eingriffen der Monopolpartei unabhängigen Bereiche, in denen die Einzelnen etwas gestalten konnten. Die Situation war bestimmt durch die undurchschaubaren Regeln der Bürokratien und der geschickten Gestaltung privater Beziehungen, die jedoch jederzeit durch äußere, nicht beeinflussbare und nicht erkennbare Geschehnisse beschränkt oder außer Kraft gesetzt werden konnten. Schon unter Breschniew haben die Menschen angefangen, dieser Eingriffswut des Staates den Rückzug ins Private entgegenzusetzen. Gerade weil die äußere Welt so wenig nach eigenem Vermögen und rationalen, erkennbaren Regeln gestaltet werden konnte, wurde die private Sphäre zum wesentlichen Ort des Schutzes vor dem Staat *und* der Selbsterfahrung als wertvolles Subjekt. Diese ‚Aufladung‘ der Privatsphäre hatte eine Art Erstarrung der privaten Lebenswelt zu Folge: jede Veränderung, jede Neuformulierung von Wünschen, Zielen oder Problemen im Bereich des Privaten

war mit dem Risiko behaftet, die Schutzfunktionen der Privatheit vor dem Staat durch interne Konflikte auszuhebeln. Weil der Staat alles regulieren wollte, gestalteten die Subjekte einen Ort der Kontinuität und Sicherheit. Bewegungslosigkeit und Festhalten sind eher die Kennzeichen der privaten Lebenswelten als das Ausprobieren neuer Formen, das konfliktreiche Ausleben von Wünschen und alternativen Vorstellungen. Wenn nun Zivilgesellschaft aber in erster Linie gebunden ist an die lebensweltlichen Potenziale der Menschen, Impulse in die Politik hineinzutragen, dann lässt sich die schwerfällige Entwicklung der Zivilgesellschaft in Russland auch mit dieser Erstarrung der Privatsphäre verknüpfen. Der Zusammenbruch ihrer Welt, die hohen Kosten einer problematischen Privatisierung und ökonomischen Neustrukturierung, mangelnde Rechtssicherheit und der Verlust einer bindenden Moral werfen die Menschen noch einmal auf die Sicherheit der privaten Welt zurück: wenn alles zerbricht, halten sie noch stärker an den letzten ihnen verbleibenden Kontinuitäten und Selbstverständlichkeiten ihrer Welt fest und riskieren gerade nicht, kreative Phantasie zu entfalten und ihre Lebensformen und Deutungsmodelle in Frage zu stellen.

Diese Erstarrung der Privatheit bestimmt auch einige Elemente des Verständnisses von Politik im heutigen Russland. Ich möchte zum Schluss zu dem zweiten oben genannten Aspekt kommen und das Politikverständnis an Hand der Wahlergebnisse der letzten Wahlen des Staatsparlamentes (der Staatsduma) im Dezember 1999 diskutieren.

(2) Eines der wesentlichen Elemente der sozialen Integration in der Sowjetunion war die Moralisierung aller Handlungen, auch der einzelnen Personen: alle Tätigkeiten, wirtschaftliche wie öffentliche, private Bezüge und Vorstellungen sollten sich auf den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft, auf die

Gestaltung der kommunistischen Kollektive und die Ausformung des Homo Sovieticus – den sowjetischen Menschen – beziehen. Es gab damit im sowjetischen Denkmodell keine Handlungen, die nicht unter moralischen Kriterien begutachtet werden konnten. Eigene Interessen, überschießende Lüste und Wünsche jenseits des normativen Horizonts hatten in dieser Konstruktion keinen legitimen Ort. Auch und gerade für die Sphäre des Politischen galt diese zwingende Moralkonstruktion als Ideal. Gleichzeitig machten die Menschen aber die Erfahrung, dass die Machthabenden diesem Ideal, dem sich alle unterwerfen sollten, niemals wirklich folgten. Von Anfang an war die Politik der kommunistischen Partei gekennzeichnet durch eine dreiseitige Differenz von behaupteter Handlung, dahinter stehenden Interessen und tatsächlicher Realität (Holzer 1998). Jede Politik sollte moralisch rein sein und war aber gleichzeitig immer in Wirklichkeit dem Machtinteresse einer Monopolpartei untergeordnet. Was dann tatsächlich in die Realität umgesetzt wurde, entsprach oft nicht einmal dem, was offiziell behauptet wurde, geschweige denn zeigte es die politischen Interessen der Machthaber. Es entstand so das paradoxe Bild, dass die wirklich gute Politik höchsten moralischen Ansprüchen genügen sollte, während gleichzeitig jede Politik immer schon durch dahinter stehende Interessen ‚schmutzig‘ war.

Keiner konnte dem Reinheitsideal der Sowjetunion genügen, weder die Menschen in ihren alltäglichen Handlungen, noch die Machthabenden, die immer neue Erklärungen für ihr Scheitern fanden. Zudem hat die kommunistische Partei ihre Politik immer durch scheindemokratische Mechanismen – wie Wahlen, Debattierclubs, öffentliche Aufmärsche und Diskussionen – flankiert, so dass die heutigen demokratischen Mechanismen wie Wahlen, Debatte und Partizipation erstaunlich bekannt erscheinen

und in ihrer Wirksamkeit immer in Frage stehen. Zwar nimmt die Bevölkerung an Wahlen teil und debattiert permanent die politischen Verhältnisse, aber letztlich scheinen ihnen die Aktivitäten der Politiker als abgehoben, das Parlament als Ansammlung von Schwätzern, die Programme bloß erfunden, und die Verfahren der Legitimation als unwirksam. Die in Demokratien wirksame Dynamik von Parteiinteressen, Funktionsgegebenheiten politischer Institutionen, persönlichen Machtinteressen, normativen Positionen und Ideen über das Gemeinwohl, die nur durch Verfahrensregeln kontrolliert und kanalisiert wird, erscheint vor diesem Deutungsmuster als undurchschaubar, willkürlich und ‚schmutzig‘.

Das sowjetische Paradox von Reinheit und fortwährendem menschlichem Scheitern des Politischen scheint zu einer Desavouierung des Politischen insgesamt zu führen: weil jede Politik schmutzig ist, kann keine wirklich die Probleme in Angriff nehmen. Eine Lösung für diese problematische Deutung des Politischen bietet die Orientierung an einer Person, die sich gerade nicht durch Programme, politische Aussagen und Verbindung mit anderen auszeichnet, sondern als durchsetzungsfähig, unabhängig, klug und mächtig erscheint. Die Klugheit dieser Figur läge darin – so können wir vermuten – sich nicht von politischen Programmatiken beeinflussen zu lassen, sondern geschickte Experten um sich zu sammeln, die eine Lösung für die Probleme bieten könnten.

Die Dumawahlen vom Dezember 1999 haben das zunächst erstaunliche Ergebnis gebracht, dass große Teile der russländischen Bevölkerung eine virtuelle Partei gewählt haben. Die Partei Edinstvo/Medved wurde drei Monate vor dem Wahltermin gegründet, hat keinerlei Programm veröffentlicht, hat – da sie nur auf dem Papier existiert – keine innere Struktur, keine parteiinternen nachvollziehbaren

Regeln der Willensbildung, keine Verfahren und keine Parteigremien, die irgendetwas aussagen könnten. Edinstvo ist vermutlich hauptsächlich deswegen gewählt worden, weil der damalige Ministerpräsident und heutige Präsident Vladimir Putin sie als seine Partei benannt hat. Putin, dem man anfangs aufgrund seiner Unscheinbarkeit und mangelnden Bekanntheit wenig Chancen einräumte, hat die russische Bevölkerung von sich überzeugen können: als erfolgreicher Kriegsherr, der sich nicht mit dem mühsamen Geschäft der konsensuellen Konfliktregulierung und der kleinschrittigen Politiken abgibt, sondern in einem großen Akt der Befreiung die Dinge scheinbar regelt. Angesichts der Unübersichtlichkeit zivilgesellschaftlicher Aktivitäten und der langwierigen demokratischen Verfahren der Legitimation und Gestaltung von Politik, die vom Einzelnen viel verlangen, scheint ein Politiker Erfolg zu versprechen, der jenseits eines politischen Programms stolze Lösungen verspricht. Die Popularität Putins und des Krieges gegen Tschetschenien scheinen mir auf eine Schließung der russischen Gesellschaft hinzudeuten. Die Demokraten mit den Programmen, Ideen von Menschenrechten, Individualrechten, Presse- und Meinungsfreiheit – wie z.B. die liberale Partei Jabloko mit ihrem Vorsitzenden Grigorij Javlinskij – haben aus verschiedenen Gründen schlechter abgeschnitten als je zuvor: einer der Gründe ist, dass Jabloko eine vorsichtige Kritik an dem Krieg in Tschetschenien geäußert hat und festhielt an zivilgesellschaftlichen Ideen von Menschenrechten, Partizipation und Gleichheit. Aus dieser Perspektive fällt ein eher düsteres Licht auf unsere Ausgangsfrage: Hat Russland sich in eine Zivilgesellschaft gewandelt? Trotz der vielfältigen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten, des Bemühens um politische Bildung und der Gestaltung einer politischen Öffentlichkeit, scheint Russland sich im Moment

für einen weniger komplexen Weg entschieden zu haben. Das Kapital des Präsidenten Vladimir Putin scheint darin zu liegen, dass er verspricht, die politischen Geschicke des Landes mit starker Hand zu regeln und die Bevölkerung von politischem Streit, Bemühen und Auseinandersetzungen zu befreien.

LITERATUR

- Bundesinstitut für ostwissenschaftliche Studien (Hg.), *Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung*. München-Wien 1997.
- H. DUBIEL, *Ungewißheit und Politik*. Frankfurt a. M. 1994.
- J. HOLZER, *Der Kommunismus in Europa. Politische Bewegung und Herrschaftssystem*. Frankfurt a. M. 1998.
- A. LANGENOHL, *Gegenwind für die Refomer – Soziologen auf unsicherem Kurs. Über die Zivilgesellschaft in Rußland*. In: *Frankfurter Rundschau* v. 31. 05. 1996.
- A. LAZAR DE, *Ideas in Russia*. Russisch-polnisch-englisches Lexikon. Lodz 2000.
- J. LEVADA, *Die Sowjetmenschen 1989–1991: Soziogramm eines Zerfalls*. München 1993.
- K. MÄNICKE-GYÖNGYSI/R. RYTLEWSKI, *Lebensstile und Kulturmuster in sozialistischen Gesellschaften*. Köln 1990.
- S. MARGOLINA, *Rußland, die unzivile Gesellschaft*. Hamburg 1994.
- C. OFFE, *Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten*. Frankfurt a. M. 1994.
- E. SCHNEIDER, *Das politische System der Russischen Föderation. Eine Einführung*. Opladen 1999.
- H. SCHRADER/M. GLAGOW/D. GAVRA/M. KLEINEBERG (Hg.), *Rußland auf dem Weg zur Zivilgesellschaft? Studien zur gesellschaftlichen Selbstorganisation in St. Petersburg*. Hamburg 2000. Darin insbesondere: M. KLEINEBERG, *Markt oder Zivilgesellschaft? Charities im russischen Transformationsprozeß*; sowie: M. RITTER, *Demokratische Institutionen – demokratische Subjekte? Apathie und Resignation im heutigen Rußland als Erbe der politischen Kultur der Sowjetunion*.
- H. WOLLMANN/H. WIESENTHAL/F. BÖNKER (Hg.), *Transformation sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs, Leviathan Sonderheft 15, 1995*. Darin insbesondere: M. TATUR, *Interessen und Norm. Politischer Kapitalismus und die Transformation des Staates in Polen und Rußland*.

Zum Forschungsprojekt:

Die im Text vorgestellten Überlegungen zum Alltag und zur politischen Kultur des sowjetischen und postsowjetischen Russland beruhen auf Ergebnissen des Forschungsprojektes „Die Entstehung von Privatheit und Öffentlichkeit und das Geschlechterverhältnis im Rußland der Transformation“, das an der Universität Gießen in Zusammenarbeit mit zwei russischen Forschungsinstituten (Centre for Independent Social Research, St. Petersburg und Institute for Humanities and Political Studies, Moskau) durchgeführt wurde. In diesem Rahmen wurden sozio-historische Untersuchungen vorgenommen sowie biographische Interviews in mehreren Städten Russlands durchgeführt. In einem Teilprojekt wurden Experteninterviews mit Abgeordneten der demokratischen Opposition (die Partei Jabloko) in der Staatsduma zu Fragen der Zivilgesellschaft durchgeführt.

Zivilgesellschaft und Geschlechterpolitik

Die Entwicklung einer Zivilgesellschaft in der westlichen Welt hat Freiheitsrechte und Grundrechte für alle Individuen ‚bereitgestellt‘. Gleichzeitig hat sie aber auch soziale Ungerechtigkeit und spezifische gesellschaftliche Hierarchien erzeugt. Kennzeichen der Demokratisierung der westlichen Welt war der Ausschluss von Frauen von gerade diesen Freiheits- und Grundrechten bis in das 20. Jahrhundert hinein. Dieser Ausschluss erfolgte einerseits mit klaren gesetzlichen Regelungen (Wahlrecht, Recht auf Bildung, Ehe- und Familienrecht) und andererseits durch indirekte rechtliche Regelungen (z.B. Steuerrecht, Erbrecht etc.) und ethische Regeln und kulturelle Deutungsmuster. Erst die schweren Auseinandersetzungen und Kämpfe, die die Frauenbewegungen zunächst um die Jahrhundertwende führten, haben den Frauen beispielsweise politische Partizipationsrechte sichergestellt. Die zweite Frauenbewegung kämpft seit den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts nun um kulturelle Veränderungen. Ein Grundproblem der westlichen Demokratien ist die Spaltung der Gesellschaft in Privatsphäre und öffentlich-politische Sphäre und die Zuordnung der Geschlechter zu diesen Sphären. Das Argument, dass alle Personen qua Natur mit bestimmten Rechten ausgestattet sind, wurde hinsichtlich der gesellschaftlichen Gestaltung in spezifischer Weise angewendet: die Natur – so die Annahme – hat Männer und Frauen mit jeweils spezifischen Merkmalen ausgestattet, die gesellschaftlich genutzt werden können: Männer wurden konzeptualisiert als rational, dominant, bildungsfähig und autonom und entsprachen damit dem Bild des neuen Individuums, das Politik und Gesellschaft gestaltet. Den Frauen wurden die Merkmale Emotionalität, Weichheit, Mütterlichkeit und Unterordnung zugewiesen. Diese Idee des Wesensmerkmals ist eine ‚Erfindung‘ der Moderne und sicherte die spezifische Sphärentrennung der westlichen Demokratien. Erst sehr mühsam setzt sich die Einschätzung durch, dass auch dieses ‚moderne‘ Geschlechterverhältnis historisch und kulturell hergestellt und keineswegs naturwüchsig ist. Damit wird klar: es könnte auch anders sein. Die russische Situation von heute zeigt eine Variante des oben beschriebenen Geschlechterverhältnisses, die zunächst auf

dem Erbe der Sowjetunion basiert. Die politische Kultur der UdSSR war hinsichtlich der Geschlechterfrage gekennzeichnet durch eine ideologisch begründete und per gesetzlicher Regelung auch tendenziell vorgeschriebene Gleichberechtigung und Gleichheit der Geschlechter. Durch Quoten wurde die Teilnahme von Frauen am politischen Prozess geregelt. Außerdem galt die Grundvorstellung, dass Frauen genauso an der Erwerbsarbeit beteiligt sein sollten wie Männer, was mit einer Erwerbstätigkeit von ca. 90% bei Frauen auch formal erreicht war. Allerdings gilt sowohl für die Politik als auch für die Erwerbstätigkeit, dass Frauen nicht auf höheren, entscheidungsträchtigen und machtpolitisch relevanten Positionen zu finden waren. Das Geschlechterverhältnis war hier eindeutig hierarchisch. Die Alltagskultur war davon geprägt, dass zwar die Frauen in die Erwerbsarbeit integriert waren, die Männer aber fast keinen Anteil an der Familienarbeit und Gestaltung der Privatheit hatten. Dies war Frauensache. Begründet wurde die Zuständigkeit der Frauen für Familien- und Beziehungsgestaltung mit biologistischen Deutungsmustern: die biologische Mütterlichkeit wird mit sozialer Mütterlichkeit gleichgesetzt und parteiideologisch seit Stalin hoch geschätzt.

Diese paradoxe Situation gibt den Hintergrund für die nun neue Situation ab. Die im Westen mit Zivilgesellschaft konstitutiv verknüpften Vorstellungen von starr getrennter Öffentlichkeit und Privatheit und der naturwüchsig begründeten Zuordnung der Geschlechter zu gesellschaftlichen Sphären fällt in Russland auf fruchtbaren Boden, besonders was die Hierarchie des Geschlechterverhältnisses angeht: ökonomisch sind die Frauen die ersten Verliererinnen des Kapitalisierungsprozesses: Zum einen ist dies der Fall, weil sie in den sozialen Berufen (Medizinische Versorgung und Bildungsinstitutionen, Kinder- und Altenbetreuung etc.) überproportional vertreten waren und daher vom Staatsbankrott betroffen sind. Zum zweiten zeigt sich, dass die Idee der selbstverständlichen Erwerbstätigkeit in den Köpfen des ‚Homo Sovieticus‘ doch nicht so stark verankert war. Die neuen Unternehmer, Bosse und Leitungspersonen sehen ohne Zweifel die Männer als das Familienoberhaupt und den Ernährer von Familien, so dass im Zweifelsfalle eher Frauen als Männer entlassen werden.

Die bereits existierenden biologistischen Deutungsmuster zur Gestaltung des Geschlechterverhältnisses werden von den mit Demokratisierung und Kapitalisierung verbundenen Deutungsmustern der naturhaften Ausstattung der Geschlechter mit Rationalität = männlich bzw. Emotionalität = weiblich zu einer besonderen Mischung verknüpft: Frauen werden gleichzeitig als starke, alles gestaltende Mütter und schwache, den Männern untergeordnete Frauen verstanden. Zudem haben die SowjetbürgerInnen die Erfahrung eines dominanten Staates, der ihnen tendenziell keine Privatheit zugestehen wollte. Die Privatsphäre war und ist vor diesem Hintergrund ein äußerst schützenswerter Ort, dessen staatsunabhängige Gestaltung die Menschen in Russland heute sehr schätzen. Die mit der Zivilgesellschaft – so sie in Russland entsteht – einhergehende Privatisierung der Gesellschaft hat für die Frauen zur Folge, dass das alte Geschlechterverhältnis im Privaten zementiert wird und die gleichzeitig existierenden, dazu konträren Deutungsmodelle der Erwerbstätigkeit von Frauen abgebaut werden. Das kommunistische Emanzipationskonzept von Frauen wird heute vielfach als künstlich und unnatürlich, den Menschen aufgezwungen interpretiert. Die mit der Entwicklung bürgerlicher, demokratischer Gesellschaften verknüpfte Idee des natürlichen Geschlechterverhältnisses erscheint jetzt als bessere Variante des Lebens. So bietet die Zivilgesellschaft zunächst große Konfliktpotentiale und Verluste in dieser Hinsicht für die Frauen, gleichzeitig gibt sie mit ihren Grundideen der Menschenrechte, der Gleichheit vor dem Gesetz und der freigesetzten Entwicklungsmöglichkeiten auch im Privaten die Chance, die Verhältnisse an diesen Maßstäben zu messen und zu kritisieren – und zu verändern.

Literatur

Feministische Studien 1/99 Schwerpunktthema: Geschlechterverhältnisse in Rußland.

A. KÖBBERLING, Das Klischee der Sowjetfrau. Stereotyp und Selbstverständnis Moskauer Frauen zwischen Stalinära und Perestroika. Frankfurt a. M. 1997.

M. RITTER (Hg.), Zivilgesellschaft und Geschlechterpolitik in Rußland. Frauen in der russischen Politik. Frankfurt a. M. voraussichtl. 2000.

A. ROTKIRCH/E. HAAVIO-MANNILA (Hg.), Women's Voice in Russia Today. Aldershot 1996.

Informationsmöglichkeiten

Aktuelle Informationen über die politische und sozialpolitische Entwicklung der Russländischen Föderation, der GUS und der anderen mittelost- und osteuropäischen Staaten bietet das Bundestinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln. In unregelmäßigem, aber kurzem Rhythmus werden Informationsblätter – die „Aktuellen Analysen“ – veröffentlicht, in denen kurze, prägnante und sehr informationsreiche Analysen zu verschiedensten Bereichen geliefert werden. Die Aktuellen Analysen können gegen einen Unkostenbeitrag (DM 40,-) in Papierform erworben oder per e-mail kostenlos bezogen werden.

E-mail adresse: <http://www.biost.de>

Informationen über die Aktivitäten von NichtRegierungsOrganisationen sowie über Unterstützungsmöglichkeiten bietet z.B. der Deutsch-Russische-Austausch e.V. Diese Initiative hat sich zum Ziel gesetzt, an verschiedenen Orten in der Russländischen Föderation NichtRegierungsOrganisationen zu unterstützen, indem sie z.B. NGO-Beratungszentren aufbauen. Diese NGO-Zentren bieten Training in Non-Profit-Management, Organisationsentwicklung, Öffentlichkeitsarbeit und Fundraising. Außerdem helfen sie Informationen zu sammeln und Kontakte nach Ost und West herzustellen.

E-mail: <http://www.austausch.com>

Christa Donnermair

Transformation als Thema im Unterricht

Wir leben in bewegten Zeiten. Seit ca. zehn Jahren findet ein „Umbau der Welten“ statt, der die LehrerInnen für Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung ganz schön ins Schwitzen bringen kann. Kontrastives Unterrichten politischer Systeme im Vergleich Ost-West ist obsolet geworden. Vieles ist in Bewegung, was in den Schulbüchern nur mit Zeitverzögerung Niederschlag findet. Aus diesem Grund brachten die „Beiträge zur historischen Sozialkunde“ mit „China nach der Revolution“ (4/98) Informationen und Unterrichtsmaterialien für LehrerInnen. Das Echo auf diese Nummer bewirkte, dass in loser Folge das Thema „Transformation“, dieses Mal am Beispiel Russland, behandelt werden soll. Ein Heft zum Thema „Transformation auf dem Balkan“ befindet sich in Vorbereitung.

Prozesse der Transformation im Unterricht zu beleuchten, heißt in unserem Verständnis u.a. die Fähigkeit der SchülerInnen zur Differenzierung zu stärken. Wovon hängt es ab, wie sich „normale Menschen“ in der russischen Föderation – die Oligarchen sind nicht unser Hauptthema – in den geänderten politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen zurechtfinden? Welche individuellen Dispositionen, welche (staatlichen) Rahmenbedingungen

fördern, welche anderen reduzieren Entwicklungsmöglichkeiten für den Einzelnen? Dieser Fragestellung folgte die Auswahl der unten angeführten Quellen.

Man kann sich dem Thema im Unterricht auch gut mit einer Presseschau annähern. SchülerInnen sammeln über einen bestimmten Zeitraum Artikel über Russland aus der Tages- und Wochenpresse, in der herkömmlichen Papier-Variante oder mit Hilfe des Internets. Von dieser aktuellen Berichterstattung ausgehend können anschließend ausgewählte strukturelle Probleme vertieft werden. Es kann durchaus interessant sein, die Boulevardpresse einzubeziehen. Mit ihren Schlagzeilen kann man auch die unterschiedlichen Gefühlslagen, die bei der Wahrnehmung Russlands in Österreich eine Rolle spielen, thematisieren. Dazu eignen sich Schlagzeilen wie „Fünf Millionen Russen kommen“ oder „Russland hilft uns gegen die EU“. Ein neuer „Reblaus-Effekt“?

Q1 Andrej – der Spediteur

„Andrej wurde in den siebziger Jahren von den Sowjets verhaftet, konnte aber später in die Vereinigten Staaten auswandern. In Boston lernen er seine jetzige Ehefrau kennen.

Trotz seiner negativen Erfahrungen in seiner Heimat ist er mit seiner Frau nach Rußland zurückgekehrt, um sich eine neue Existenz aufzubauen. Mit 2000 USD Startkapital ließ er sich in Moskau nieder, um ein eigenes Transportunternehmen zu gründen. Nach seiner Rückkehr arbeitete er als Sicherheitsmann bei der US-Botschaft und baute nebenher per Telefon sein Geschäft auf. Wie der besonnene Schachspieler, der Andrej ist, hat er seine Firma behutsam aufgebaut, ohne zunächst seine Reserven anzugreifen. Von 1992 bis 1993 konnte er seine Umsätze innerhalb von nur einem Jahr um dreihundertfünfzig Prozent steigern, später, als er Konkurrenz bekam, stagnierte die Steigerungsrate naturgemäß. 1993 gab es in Moskau zwischen 15 und 20 Spediteure, vor der August-Krise (1998) waren es ungefähr zweihundert und jetzt (1999) sind es wieder etwa einhundert. Zwischen 1992 und 1993 ist aus dem Familienbetrieb eine Firma mit vierundachtzig Angestellten geworden. ... Von zwielichtigen Geschäften läßt er lieber die Finger: Manchmal lassen Kunden uns wissen, daß sie mit gefälschten Dokumenten und ohne Zoll etwas aus dem Land schmuggeln wollen. Dies ist die Situation, die die Kunden nicht immer richtig einschätzen. Das ist mir zu riskant.“

(Sajdik, 98f)

Q2 Alexandra – die Puppenherstellerin

„Alexandra Kuginowa ist 35 Jahre alt. 1988 machte sie ihren Hochschulabschluß als Kostüm- und

Bühnenbildnerin an der Theater-
schule des Moskauer Künstlerthea-
ters (MCHAT). Seit 1994 leitet sie
ihre eigene Firma, „Alexandra Dolls“.
Sie erzeugt Sammlerpuppen, Kunst-
objekte, deren Preis sich um die
1.000 USD bewegt. Zu teuer für den
russischen Markt.

Sie erzählt, wie aus dem reinen
Vergnügen, Puppen herzustellen,
ein Beruf wurde. „Die Perestroika hat
das System der sozialen Garantien
zerstört. Viele Menschen, die ver-
sucht haben, ihr Leben selbständig
zu meistern, die einen Platz in der
sich stürmisch wandelnden Realität
im Rußland von Gorbatschow zu
finden versuchten und die mit
den Veränderungen Schritt halten
wollten, sind gescheitert. Sie haben
nicht nur ihren festen Arbeitsplatz
verloren, sondern auch den Glauben
an sich selbst.“ Nachdem die Löhne
am Theater zu Bettlerlöhnen gewor-
den waren, verabschiedete sie sich
vom Theater. Ihr Vater ermunterte
sie dazu, die Puppen zum Verkauf zu
produzieren. Selbst ein Physiker auf
der Akademie der Wissenschaften,
gab er seinen Lehrstuhl auf, weil er
mit seinem Professorengeloh ver-
hungert wäre. Er gründete eine der
ersten Kooperativen für Sicherheits-
schlösser, die Firma „Sesam“.

Die Kooperativen waren zur Zeit
der Perestroika der erste vorsichtige
Schritt in Richtung Privatwirtschaft.
Es waren Betriebe, die sich einer
gewissen Selbständigkeit in ihrer
Geschäftstätigkeit erfreuen durften.
Aus den Einnahmen der Kooperative
konnte Alexandras Vater seine Toch-
ter in ihrer schweren Anfangsphase
finanziell unterstützen. Mit einem
Anfangskapital von 500 Rubel, da-
mals rund 400 USD, stürzte sich
Alexandra in das halbfreie Unterneh-
mertum. „Sie können sich gar nicht
vorstellen, wie glücklich wir waren,
in den ersten Raum, einen Keller in
der Giljarowskij Straße, einziehen
zu dürfen. Es war uns egal, daß das
Wasser dort kniehoch stand und
Ratten umherliefen. Wir legten den
Raum trocken, strichen die Decken
und Wände, tischlerten aus den aus-

gebauten Türen Schneidereitsche
und richteten Hochregale für Stoffe
und anderes Zubehör ein.“

(Sajdik, 83ff)

Q3 Die Mühen des Alltags

„Alexandras Puppen sind bis zu
achtzig Zentimeter groß und haben
alle historische Vorbilder: elegante
Damen der vorrevolutionären Ge-
sellschaft aber auch Bäuerinnen in
der Kleidung der nordrussischen
Landbevölkerung. Die Arbeit an
einer Puppe nimmt viel Zeit in
Anspruch, ein Entwurf braucht
rund vier Monate. „Wir sind eine
Exportgesellschaft und machen
Gewinn. Wir sind eine Firma, die
bereits seit acht Jahren existiert,
ungeachtet aller Schwierigkeiten
und Katastrophen der russischen
Wirtschaft. Wenn unsere Mitarbeiter
in Pension gehen, sind die Beamten
meist höchst erstaunt: „Acht Jahre
lang haben Sie im selben Betrieb ge-
arbeitet, das ist ja fast unglaublich“.
Es ist nämlich an der Tagesordnung,
daß Kleinbetriebe zwei Jahre nach
der Eröffnung bankrott sind. Steu-
ern sind oft eine große Belastung.
Wir bekommen die Porzellanmasse
aus China, wir zahlen nur wenige
Groschen dafür. Aber hier zahlen
wir beim Zoll für 50 kg 300 Dollar
Einfuhrsteuer. Ich versuche immer
wieder zu erklären, daß es sich bei
meiner Ware lediglich um Ton und
Wasser handelt, die Antwort lautet:
„Zollgebühren müssen Sie zahlen,
auch wenn es Luft wäre.“ „Lebt ihr
noch?“, wurde Alexandra nach der
Rubelabwertung (Aug98) von ihren
US-Händlern gefragt, und sie staun-
ten, als sie bejahte. Da Alexandra
ihre Geschäfte hauptsächlich in Dol-
lar abwickelt, hat sie überlebt. Doch
die sich permanent verschlechternde
Situation der russischen Wirtschaft
wirkt sich auf das gesamte Ge-
schäftsleben negativ aus. Denn die
Bewertungen der internationalen
Marktforscher bestimmen in vieler
Hinsicht das Verhalten der auslän-
dischen Partner zu den russischen
Geschäftsleuten.“

(Sajdik, 90ff)

Q4 Absturz des Mittelstandes

„Der russische Mittelstand wurde
von der August-Krise am meisten
betroffen. Während das Durch-
schnittseinkommen bis zum August
1998 jährlich gestiegen ist – Anfang
1998 lag es um sieben Prozent höher
als 1995 –, ist das Einkommen im
September 1998 auf weniger als drei
Viertel des Durchschnittseinkom-
mens von 1995 gefallen.

Laut einer Studie der privaten
„Russischen Marktforschungsge-
sellschaft“, die sich mit dem deut-
schen Marktforschungsinstitut GfK
zusammengeschlossen hat, ist der
russische Mittelstand von 22,5 Pro-
zent der Gesamtbevölkerung auf 11
Prozent nach dem Crash gesunken.
In Moskau, so wird geschätzt, haben
zwischen einhunderttausend und
zweihunderttausend Personen, die
zur mittleren Einkommensgruppe
gezählt wurden, ihre Arbeit verlo-
ren. Jene, die ihre Arbeit behalten
konnten, haben Einkommenseinbu-
ßen zwischen zwanzig und fünfzig
Prozent hinnehmen müssen. Bis
zur August-Krise gaben die Russen
bis zu sechzig Prozent ihres Ein-
kommens für Lebensmittel, den Rest
für Einrichtung, Kleidung, Alkohol
und Tabak aus. Viele dieser Produkte
stammten aus dem Ausland. Seit dem
August-Crash greifen die Russen zu
billigeren einheimischen Produkten,
kaufen zum Beispiel statt der teuren
Fernsehgeräte von Sony die billige-
ren von Daewoo, die in Usbekistan
zusammengesetzt werden. Am Ziga-
rettenmarkt verhält es sich ähnlich:
Die Verbraucher greifen wieder zu
den billigen russischen Marken statt
zu den teuren US-Produkten.“

(Sajdik, 110f)

Q5 Die ehemalige Textilhoch- burg Iwanowo

„In den Hallen stehen 700 elektri-
sche Webstühle seit drei Jahren
einfach so herum. Und zwar noch
mit den Fäden und Stoffstücken

im Rahmen – als ob die Weber gerade erst aus der Halle gegangen wären, nur daß auf allem eine dicke Staubschicht liegt. Keiner hat daran gedacht, die Maschinen vielleicht zu säubern und zu verpacken, damit sie nicht kaputtgehen. Ein Teil der Webstühle ist inzwischen natürlich all seiner brauchbaren Bestandteile entkleidet worden, weil nämlich auch niemand daran denkt, die teuren Maschinen zu bewachen. Und im zweiten Stock sitzt der Direktor im Mantel in seinem Zimmer und redet vom Staat, der Geld hergeben soll, damit er seine Weberei wieder in Schwung bringen kann.

Und dann waren wir noch bei einer Weberin zu Hause, in einem typischen Arbeiterwohnhaus aus den dreißiger Jahren. Die Eingangstüren hingen nur noch irgendwie schief in den Angeln. Die Wohnung selbst, in der zwei Erwachsene und drei Kinder leben, hat zwar hohe Räume, dafür aber nur zwei, und natürlich weder Klo noch Bad. Zum Glück gibt's wenigstens einen Lehmofen, den man mit Holz heizen kann, denn die Zentralheizung funktioniert kaum. Waschen kann man sich in dem Dorf nur in der Banja, die jetzt aber zusperrt, weil ja die Weberei, die einzige Einnahmequelle des ganzen Dorfes, nichts mehr abwirft. Die Familie ernährt sich von Kartoffeln, die sie glücklicherweise anbauen konnten, und dann gibt's noch einen Ziegenbock und eine Ziege in einem Bretterverschlag beim Kartoffelacker. Die 35jährige Weberin kann sich nicht einmal nach einer anderen Arbeit umsehen, weil sie offiziell nicht arbeitslos ist, sondern nur „sonderbeurlaubt“. Die Fabrik hat auch nicht offiziell zugesperrt, sie steht nur. Der Mann der Weberin hilft in einer nahen Sowchose aus, in der er aber nur im Sommer etwas bezahlt kriegt, weil die auch kurz vor dem Aus steht und kein Geld zur Verfügung steht.“

(Scholl/Scherbakowa, 86f)

Q6 Life in Ulan Ude, eastern Siberia

„Like the thousands of other dilapidated wooden houses covering the capital city of Buryatia, Nina Sorokina's home is a study in hell on earth. It is bitterly cold, there is no plumbing, the refrigerator is empty for weeks at a time, and the ground outside is saturated with sewage from neighbouring outhouses. Two of her three children receive treatment for tuberculosis, which has reached epidemic proportions in the city. But with no wages and little food, Sorokina says malnutrition makes it almost impossible to fight off disease.

Nearly the only sustenance her family has are occasional packages of food aid from the International Federation of the Red Cross and Red Crescent Societies, which has sunk more than \$60 million into Russia's polar regions over the past three years. ... Over 60 percent of Ulan Ude's 350.000 residents live below the poverty line, and many have gone without wages for years.

It is economics, and not lack of potential, that keeps citizens in resourcerich republics like Buryatia fighting to survive. Store shelves are fully stocked and expensive boutiques have even sprung up in Ulan Ude's center. „We have gold and forests and every mineral on Mendelejev's chart“, said Bair Balzhirov, Buryatia's deputy prime minister and health minister.“

(Moscow Times February 10, 2000)

Q7 Perestroika in der Schule

Interview mit Tamara Eidelman, Geschichtelehrerin an einem Moskauer Gymnasium.

Die Fragen stellte Christa Donnermair im März 2000. Beide arbeiten an einem internationalen Projekt zur Erstellung neuer Lehrmaterialien für den Geschichtsunterricht in Russland.

F: Kannst du die Schule, in der du unterrichtest, kurz vorstellen?

A: In Russland haben Schulen normalerweise keine Namen sondern nur Nummern. Meine Schule hat die Nummer 1567. Die ersten beiden Ziffern (15) bedeuten, dass es sich um ein Gymnasium handelt. Im Moment haben wir zwischen 800 und 900 SchülerInnen, die zwischen neun und siebzehn Jahre alt sind. Die Schule ist nicht weit vom Zentrum, auf dem Kutuzovsky Boulevard, gleich neben dem Poklonnaya Hügel, auf dem Napoleon umsonst auf die Übergabe der Schlüssel für die Stadt Moskau gewartet hat. Heute ist dort ein beliebter Ort für Spaziergänger und vor allem für Skater.

F: Erinnerst du dich an die ersten Zeichen der Perestroika in deiner Schule?

A: Natürlich! Der Geschichtsunterricht stand ja als erstes im Mittelpunkt, als plötzlich in den Massenmedien Themen aus der sowjetischen Geschichte abgehandelt wurden. Das lief unter dem Titel „Weisse Flecken der sowjetischen Geschichte“. Viele bis dahin dem breiten Publikum unbekannte Namen, Fakten und Ereignisse wurden veröffentlicht, Bekanntes wurde in einem neuen Licht dargestellt. Fast jeder interessierte sich lebhaft dafür, in den Klassen wurde stundenlang diskutiert. Ich erinnere mich, vollbepackt mit Zeitschriften in die Schule gegangen zu sein, alle wollten alles lesen, was es zu lesen gab.

F: Wurde diese Aufbruchsstimmung auch von der Schulleitung unterstützt?

A: Unser damaliger Schulleiter trug entscheidend dazu bei, eine sehr offene und engagierte Atmosphäre der Auseinandersetzung zu gestalten: Journalisten, Politiker, Schriftsteller wurden in die Schule eingeladen. Wir waren übrigens auch die erste Schule im Land, in die ein orthodoxer Priester kam und mit

den SchülerInnen diskutierte. Wir besuchten mit den Klassen aber auch Veranstaltungen außerhalb der Schule, sahen neue Kinofilme etc.

F: Wahrscheinlich waren nicht alle KollegInnen und SchülerInnen von der Entwicklung begeistert?

A: Natürlich waren die Reaktionen unterschiedlich. Meine SchülerInnen kommen hauptsächlich aus intellektuellen Familien, die meisten von ihnen waren damals vor zehn Jahren für einen demokratischen Wandel. Ich erinnere mich an einen Schüler, der diese Ideen auch zu teilen schien. Er war sehr gut in Mathe und wurde daher eingeladen, in einer sehr renommierten KGB Schule seine Mathestudien fortzusetzen. Wir diskutierten sehr viel mit ihm. Ok, es war „nur“ Mathe, aber trotzdem der KGB! Er nahm das Angebot schließlich doch an. Einige Zeit später kam er wieder zurück, die Diskussionen hatten mit Verzögerung gewirkt, wie er meinte. Heute ist er ein erfolgreicher Geschäftsmann. Es gab wenig offene Ablehnung der neuen Ideen, aber manchmal versteckte. Mit einer meiner Klassen machten wir eine performance über Stalin. Der Saal war bereits gesteckt voll mit Zuschauern, als ich bemerkte, dass die Tonkassette mit der Musik verschwunden war. Glücklicherweise hatte ich eine Kopie davon und wir konnten mir der Aufführung beginnen. Fast zwei Jahre später lag das Original auf meinem Platz im Lehrerzimmer!

F: Wie lange hielt diese erste Begeisterung an?

A: Das ging natürlich nicht über

Jahre so weiter, die russische Wirklichkeit veränderte sich. Zwischen 1993 und 1996 waren die SchülerInnen eher passiv, was das politische Interesse betrifft. Heute haben wir eine neue Generation von politisch engagierten Jugendlichen, aber ihre Meinungen gehen in sehr unterschiedliche Richtungen. Manche sind sehr nationalistisch, andere hauptsächlich anti-amerikanisch, manche zeigen ihre Sympathien für die kommunistische Partei. Aber immer noch treten viele für Demokratie ein, aber vielleicht ist unsere Schule da eine Ausnahme!

F: In Österreich erlangten die Bundesschulen in den letzten Jahren mehr Autonomie von der Zentralverwaltung. Die Schulen müssen ein eigenes Profil entwickeln, sie müssen konkurrenzfähig sein und können Verträge mit Sponsoren abschließen. Gibt es ähnliche Entwicklungen in Russland?

A: Bei uns gibt es keine wirklich autonomen Räume. Meine Schule hat viele Jahre dafür gekämpft, auch schon vor der Perestroika. Wir hatten einen etwas anderen Lehrplan, was damals völlig unmöglich war. Dass wir in den letzten Jahren Veränderungen durchsetzen konnten, verdanken wir nur der Initiative des Direktors und seinen persönlichen Kontakten. Als die Perestroika begann, konnten wir alles unterrichten oder nicht unterrichten. Einige Schulen beschlossen, gewisse Gegenstände abzuschaffen, und neue, damals „moderne“ einzuführen, z.B. Rhetorik, Latein oder Marketing. Wir konnten tun, was wir für richtig hielten,

ohne jegliche bürokratische Kontrolle. Was die Finanzen betrifft, hätten wir uns auch für unabhängig erklären können. Da wir aber nicht die Eltern zur Kasse bitten wollten, haben wir das nicht getan. Jetzt geht die Entwicklung wieder in die andere Richtung: die staatliche Kontrolle wird in allen Bereichen wieder verstärkt, beim Lehrplan, bei der Schulorganisation und bei den Finanzen.

F: Wie sind die materiellen Lebensbedingungen der LehrerInnen heute? Wieviele Stunden unterrichten sie für welchen Lohn?

A: Das ist leider ein sehr trauriges Thema. Ich verdiene 80 USD im Monat, das ist für einen Lehrer ein sehr hohes Gehalt. Es hängt damit zusammen, dass ich in meiner Schule bestimmte leitende Positionen bekleide und dass unsere Schule einen speziellen Status hat. Durchschnittlich verdient eine Lehrkraft in Moskau 700-800 Rubel, das sind 20-30 USD. In Moskau werden die Gehälter regelmäßig bezahlt, was in der Provinz nicht oft der Fall ist. Im Februar erzählten mir Lehrer aus Pskov, dass sie ihr letztes Gehalt im Oktober erhalten hatten. Aufgrund der schlechten Bezahlung haben viele Lehrer eine 1,5 bis 2fache Lehrverpflichtung, d.h. sie stehen bis zu 40 Stunden in der Woche in der Klasse. Andere gehen neben ihren 20 Stunden (à 45 Minuten) einer anderen Tätigkeit nach, um Geld zu verdienen.

Wirtschaftliche Transformation

Nach dem Ende der Sowjetunion verkündete 1991 Präsident Jelzin für die Russische Föderation, wie dies auch in den ehemaligen sozialistischen Ländern Südost- und Mitteleuropas passierte, den Wechsel von der Zentralverwaltungswirtschaft zur Marktwirtschaft. Gestützt auf massive finanzielle Unterstützung durch den Westen sollte dieser Systemwechsel durchgeführt werden, doch die rigorosen Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF), personelle Querelen, die Mehrheitsverhältnisse im russischen Parlament und Unzulänglichkeiten der handelnden Akteure führten dazu, dass der Transformationsprozess bis heute Stückwerk blieb. Dafür lebt nun ein hoher Prozentsatz der Bevölkerung unter der Armutsgrenze und kann nur dank der Schattenwirtschaft sowie gemeinsamer Anstrengungen der ganzen Familie überleben. Viele Teile der Wirtschaft werden durch kriminelle Organisationen kontrolliert. Eine Reihe von internationalen Umschuldungsprogrammen haben Russland vor dem k.o. bewahrt. Während die neuen Gewinner mit Luxus prunken, macht sich bei den „ökonomischen Verlierern“ Resignation, Verbitterung und politische Nostalgie breit.

Das Kapitel eignet sich sehr für eine Zusammenarbeit mit Geographie und Wirtschaftskunde. Der Artikel von H. G. Heinrich, die Quellen und die Zeittafel sollen etwas von der Problematik des Themas einfangen und eine Orientierung liefern. Die Arbeitsfragen stellen einen möglichen Zugang dar.

Q1 Wirtschaftspolitik – aber welche?

„Kurz nachdem Gorbatschow aus dem Amt schied, brach die Sowjetunion auseinander, und Boris Jelzin wurde Präsident von Russland. Jelzin überantwortete die Wirtschaftsagenden Jegor Gaidar, dem Leiter eines Wirtschaftsforschungszentrums. Gaidar versuchte durch finanzpolitische Maßnahmen eine Wirtschaftspolitik zu regulieren, die keinerlei monetäre Signale beachtete. Gaidar scheiterte. Ihm folgte Tschubais, Leiter eines anderen Wirtschaftsforschungsinstituts, als neuer Wirtschaftsminister. Er legte die Prioritäten auf die Privatisierung staatlichen Eigentums. Tschubais war der Auffassung, dass private Eigentümer sich in ihrem eigenen Interesse mehr um ihren Besitz kümmern würden. Es war der falsche Ansatz. Die Manager übernahmen die Kontrolle in den Firmen, indem sie die Arbeiter um ihre Anteilscheine betrogen oder die Aktien billig aufkauften. Vermögen wurden über Nacht gemacht, während es gleichzeitig einen extremen Mangel an Geld und Guthaben, sowohl in Rubel wie auch in Dollar, gab.“

(George Soros: Format, 65)

Q2 Die Fehler des IWF

„Als der Staat im Zuge der Privatisierungen auch Anteilscheine herausgab, entstand bereits ein Aktienmarkt, noch bevor Regulations- und Kontrollmechanismen eingerichtet wurden.“

Was sich hier entwickelte, war eine Kultur des Rechtsbruchs, ein Raubkapitalismus feinsten Prägung. Die effektivste Art, Privatkapital zu akkumulieren, wenn einer keines hatte, war, sich die Anlagescheine des Staates anzueignen. Weil die westlichen Staaten eine Finanzhilfe aus ihren eigenen Budgets verweigerten, wurde die internationale Hilfe zum größten Teil zwei Finanzinstitutionen überlassen: der Weltbank und dem IWF. Ich lehnte diese Form der Hilfe jedoch ab, weil es dem IWF für diese Aufgabe an geeigneten Instrumentarien mangelte. Regierungen, die beim Währungsfonds um Hilfe ansuchen, müssen sich zur Einhaltung einer Reihe von Kriterien verpflichten, etwa zur Währungsstabilität. Falls eine Regierung diesen Vorgaben zuwider handelt, werden die Zahlungen suspendiert. Falls jedoch ein Land über keine effiziente Regierung verfügt, wird dieses Hilfsprogramm unweigerlich scheitern. Genau so passierte es in Russland. Der Regierung gelang es nicht, die Steuerhoheit wiederzuerlangen. Um die Vorgaben des IWF zu erfüllen, verweigerten sie ganz einfach ihre nationalen Budgetverpflichtungen. Nicht ausbezahlte Löhne und die Schuldenlast zwischen Firmen erreichten ein unkontrollierbares Ausmaß.“

(George Soros: Format, 66)

Q3 Die Probleme der Landwirtschaft

Mit einem Anteil von über 90% wird auch heute noch die russische Landwirtschaft von den Kolchosen (1992: 8.300 Einheiten mit 40,1 Mrd. ha landwirtschaftlicher Nutzfläche) und Sowchosen (1992: 8.200, 43,2 Mrd. ha) dominiert. Private Landwirte zählen rund 300.000 und tragen mit 5% nur in bescheidenem Umfang zur Agrarproduktion Russlands bei. Geführt werden die Kolchosen und Sowchosen zumeist von den gleichen Personen, die schon zu sowjetischen Zeiten als Direk-

toren fungierten. Allerdings sind es häufig aber auch nur die langjährigen Betriebsführer, die über die notwendigen landwirtschaftlichen Fachkenntnisse verfügen. Grundsätzlich krankt die russische Agrarwirtschaft an dem Dilemma, dass einerseits höhere Preise für Nahrungsmittel verlangt werden müssten, um die finanzielle Lage der Betriebe zu verbessern, andererseits diese Preisanhebungen aber auf dem Markt kaum durchsetzbar und von der Regierungsseite auch nicht gewünscht sind. Gleichzeitig fehlt aber der Regierung das Geld, um die subventionsgewohnte Landwirtschaft auch weiterhin entsprechend zu unterstützen.

(Handelsblatt v. 12.6.1996;
Praxis Geographie 5/98, 32)

Q4 Kolchos „Morgenröte“

Wir fahren nach Sytschowka, zu Genadij Borrisowitsch, Direktor des Kolchos „Morgenröte“. In Genadij Borrisowitschs Büro hängt ein Lenin-Bild. Nach wie vor wählt er die Kommunisten, wie die meisten hier. Er sagt Gorbatschow habe das Land verraten, die Europäische Union wolle es mit subventionierten Lebensmittelexporten zerstören. Einen Kilometer entfernt sind Ställe, Werkstatt, Lager. Traktoren und Mähdrescher stehen im Freien, schneebedeckt.

Früher bekam ein Kolchos im Jahr ein, zwei neue Traktoren. Man ging nicht sonderlich pfleglich mit ihnen um. Nun muß man Fahrzeuge und Ersatzteile selbst bezahlen. Dazu ist kein Geld da.

Die Maschinen verrotten. Nur ein Teil des Landes kann bearbeitet werden, etwa 10%. Der Rest verkommt, verbuscht, verwaldet. Das Futter für das Vieh wird nicht rechtzeitig eingebracht, ist feucht, von schlechter Qualität. Die Getreideerträge im Kolchos, ohnehin nicht hoch, weil der Boden feucht ist, sind um ein Drittel gesunken. Düngemittel fehlen. Die Zahl der Kühe hat sich auf gut 400 halbiert. Sie geben wenig

Milch wegen des miserablen Futters. Dadurch verdient der Kolchos noch weniger, hat noch weniger Mittel – ein Teufelskreis.

Der Leinen, den man hier traditionell anbaut, ist in diesem Jahr zum großen Teil auf den Feldern verrottet. Es gibt keine Abnehmer, die Textilindustrie ist am Ende. Die Arbeitsmoral ist entsprechend.

(Axel Hacke, Süddeutsche Zeitung vom
28.2./1.3. 1998;
Praxis Geographie 5/98, 33)

Q5 Andrej A. Ivanov (Cafébesitzer)

F: Herr Ivanov, sie haben im August 1997 in Moskau ein kleines Café eröffnet. Wie kam es dazu?

I: Ja, eigentlich war das die Idee meiner Frau Ludmilla. In unserem Stadtteil, der recht weit vom Zentrum entfernt ist, gibt es kaum Möglichkeiten, besonders auch für die jungen Leute, sich zu einem Kaffee oder auf ein Glas Bier zu treffen. Wir haben das immer bedauert. Ja, und so haben wir beschlossen, selbst ein Café zu eröffnen.

F: Haben Sie schon vor der Café-Eröffnung im Gastronomiegewerbe gearbeitet?

I: Nein, nein! Eigentlich bin ich Lehrer für Geographie und Mathematik. Aber wie so viele andere Kollegen konnte ich von meinem Gehalt kaum leben. Das ist auch der Hauptgrund, weshalb ich mich selbständig gemacht habe.

F: Mit welchen Problemen wurden Sie bei Ihrer Existenzgründung konfrontiert?

I: Mit so vielen, dass ich beinahe aufgegeben hätte! Wissen sie, man braucht natürlich eine staatliche Lizenz, Räume, Handwerker für den Ausbau, Möbel für das Café, Mitarbeiter. Das alles kostet Geld, und für die Lizenz und die Räume musste ich natürlich Schmiergeld zahlen.

F: Woher hatten Sie das Geld?

I: Nun ja, die ganze Familie hat ihre Ersparnisse in dieses Café investiert. Jetzt können wir nur hoffen, dass es gut läuft.

F: Haben Sie nie an einen Bankkredit gedacht?

I: Gedacht schon. Aber in Russland ist das schwierig mit den Banken. Als Kleinunternehmer ohne Kapital hat man da keine Chancen.

F: Wie läuft Ihr Café?

I: Bis jetzt kann ich nicht klagen. ... Sorgen macht mir die anstehende Steuererklärung. Die Steuern sind unglaublich hoch, und ich hoffe, dass uns etwas zum Leben übrig bleibt.

F: Zahlen Sie Schutzgelder an die Mafia?

I: Bis jetzt noch nicht. Wahrscheinlich, weil wir noch nicht lange existieren. Aber ich weiß, dass dieses Problem auf uns zukommen wird.

(Gekürzt aus Praxis Geographie 5/98, 23)

Q6 The Russian Economy under Putin: Doomed to Boom?

„The new leader on Moscow seems to make everybody happy: The Russian electorate supports Putin because he is smashing the Chechens and determined to make Russia great again, Western governments and business are hailing the „strong, determined, intelligent, reform oriented“ leader, they can do business with and the international commercial lenders are more generous than ever extending 10 bn \$ debts forgiveness and long grace periods. Politicians in Russia are united by wave of patriotic consensus, official news from Moscow are upbeat and encouraging, even when it comes to the economy. A closer look, however, reveals the flaws of this new optimism. Fixation of the public debate on the short term, on hopes for a leader capable of managing the quick fix, is understandable. Yet, bombing Grosny into rubble is one thing, con-

solidating state and economy, and resuscitating trust in in sustainable growth after fifteen years of decline is another ...“

(Heinrich Vogel: The Russian Economy, 1)

- Warum ist nach Meinung von George Soros das Konzept des IWF zur Transformation der Wirtschaft Russlands gescheitert?
- Welche Probleme haben die Kolchosen und Sowchosen seit der Transformation?
- Warum kam es zur Krise in der Landwirtschaft Russlands?
- Welche Folgen hatte der Versuch der russischen Regierungen die Verpflichtungen gegenüber dem Währungsfond einzuhalten?

- Welche Auswirkungen hatte die Kuponprivatisierung?
- Welche Faktoren haben den bisherigen Verlauf des Transformationsprozesses in Russland gehemmt, gefördert?

- Mit welchen Problemen sind Kleinunternehmer konfrontiert?
- Welche Erwartungen werden in den neuen Präsidenten Wladimir Putin gesetzt?

LITERATUR

Format, 17/21. April 2000.

M. SAJDIK, Rußland ist anders. Profile einer neuen Gesellschaft. Wien 1999.

S. SCHOLL/I.SCHERBAKOWA, Moskauer Küchengespräche. Wien 1997.

H. VOGEL, The Russian Economy under Putin: Doomed to Boom? Contribution to the Colloquium „Where is Russia heading?“ organised by the Centre for Defense Studies in Brussels, March 1, 2000, <http://www.biost.de/preswahl/vogel.htm>.

The Moscow Times, February 10/2000.

Zeittafel zur russischen Geschichte

1990

- 5.2. Michael Gorbatschow setzt sich auf einer erweiterten Plenarsitzung des ZK der KPdSU mit seinen umfassenden Reformplänen durch. Die Partei wird ihr Machtmonopol aufgeben
- 15.3. Gorbatschow wird vom Kongress der Volksdeputierten in geheimer Abstimmung zum Präsidenten der UdSSR gewählt.
- 12.7. Boris Jelzin tritt aus der KPdSU aus
- 14.8. Gorbatschow unterzeichnet den Erlass zur Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus
- 19.10. Der Oberste Sowjet beschließt ein Pachtgesetz das es Unternehmern erlaubt vom Staat Land, Gebäude, Fabriken und Anlagen zu pachten
- Gipfel in Malta: die Präsidenten Gorbatschow und Bush erklären den „Kalten Krieg“ für beendet
- 3.12. Der Kongress der Volksdeputierten stimmt dem privaten Landbesitz zu

1991

- 10.3. Hunderttausende demonstrieren in Moskau und anderen Städten für den Präsidenten der RSFSR Jelzin, der Gorbatschow und der Unionsregierung den Kampf ansagt
- 2.4. In der UdSSR treten drastische Preiserhöhungen für Nahrungsmittel und Konsumgüter in Kraft
- 17.5. Präsident Gorbatschow verbietet per Dekret Streiks in den Schlüsselsektoren der Energiewirtschaft
- 19.8. Staatsstreich in der UdSSR: Während Präsident Gorbatschow auf der Krim isoliert ist, übernimmt ein „Notstandskomitee“ unter Vizepräsident Gennadij Janajew die Macht. Boris Jelzin ruft zum Widerstand und Generalstreik auf. Er unterstellt alle Truppen auf dem Gebiet der RSFSR seinem Kommando
- 21.8. Der Staatsstreich ist gescheitert
- 24.8. Russland anerkennt die Unabhängigkeit der baltischen Republiken (Litauen, Lettland, Estland)
- 28.10. Präsident Boris Jelzin stellt für die RSFSR ein Reformprogramm für den Übergang zur Marktwirtschaft vor
- 1.11. Präsident Jelzin verkündet ein einjähriges Moratorium für Atomwaffentest auf dem Territorium von Russland
- Der Kongress der Volksdeputierten stimmt dem Wirtschaftsprogramm und den Vollmachten für den Präsidenten zu
- Tschetschenien erklärt einseitig seine Unabhängigkeit und unterzeichnet nicht den Föderationsvertrag von 1992
- 6.11. Präsident Jelzin übernimmt per Dekret das Amt des Ministerpräsidenten, Wirtschafts – und Finanzminister Jegor Gaidar. Der Präsident löst den Staatsrat der RSFSR auf
- Per Dekret verbietet Präsident Jelzin die KPdSU und die KP der RSFSR auf dem Territorium der RSFSR; deren Vermögen ist dem Staat zu übergeben
- 21.12. Elf vormalige Sowjetrepubliken beschließen die endgültige Auflösung der UdSSR. Das Präsidentenamt wird für erloschen erklärt.
- 26.12. Russland tritt in der UNO und in anderen internationalen Organisationen die Rechtsnachfolge der UdSSR an

1992

- 2.1. Infolge der Freigabe von rd. 88% der Güter steigen die Preise um das 6–10fache, die zunächst weiter einer zentralen Kontrolle unterliegenden Preise für Grundnahrungsmittel, Babynahrung und Medikamente werden um das 3–5fache erhöht, Löhne und Pensionen verdoppelt
- 31.3. Unterzeichnung des Föderationsvertrages
- 17.4. Der Kongress der Volksdeputierten beschließt die Umbenennung der RSFSR in Russische Föderation – Russland

- 15.6. Präsident Jelzin ernennt Jegor Gaidar zum Ministerpräsidenten
Nachdem sich die wirtschaftliche Lage in der ersten Hälfte 1992 stark verschlechtert gewährt der IWF einen Kredit über 1 Mrd \$ als erste Tranche eines auf 4,15 Mrd \$ vereinbarten Kredits
Über Druck des Kongresses der Volksdeputierten entlässt Präsident Jelzin Gaidar als Ministerpräsident
- 1.10. Beginn der Ausgabe von Privatisierungsgutscheinen an 148 Millionen Bürger
- 5.12. Konflikt zwischen dem Kongress der Volksdeputierten und Präsident Jelzin über das Ausmaß der Vollmachten des Präsidenten
- 14.12. Viktor Tschernomyrdin wird Ministerpräsident

- 1993**
- 1.9. Präsident Jelzin entlässt per Dekret seinen Stellvertreter Alexander Ruzkoj und den Ersten stellv. Ministerpräsidenten Wladimir Schumejko, gegen beide ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen Korruptionsverdachts
Der Oberste Sowjet erklärt die Entlassung Ruzkojs für verfassungswidrig
- 18.9. Jegor Gaidar wird anstelle von Oleg Lobow, der gegen Privatisierung und für Subventionierung der Staatsbetriebe auftritt, Erster stellv. Ministerpräsident und Wirtschaftsminister
- 21.9. Präsident Jelzin löst den Obersten Sowjet und den Kongress der Volksdeputierten auf und setzt für 12.12. Neuwahlen an
- 3. – 4.10. Oktoberputsch der Nationalkommunisten unter der Führung von Alexander Ruzkoj, Ruslan Chasbulatov, Andrej Dunajew, Generaloberst Albert Makaschow
Der Oberste Sowjet wertet das Dekret als Staatsstreich und ernennt Alexander Ruzkoj zum amtierenden Präsidenten Russlands, Präsident Jelzin und die Regierung Tschernomyrdin werden für abgesetzt erklärt
Die Parlamentarier verschanzen sich im „Weißen Haus“ und rufen das Volk zum Widerstand auf
Präsident Jelzin verhängt den Ausnahmezustand und lässt das „Weiße Haus“ stürmen. Bei dem Sturm auf das „Weiße Haus“ werden laut offiziellen Angaben 127 Menschen getötet und etwa 600 verletzt.
Die Generalstaatsanwaltschaft erhebt Anklage gegen die Anführer des Putsches
- 5.10. Weitere Demonstrationen werden von Präsident Jelzin verboten, mehrere Zeitungen werden verboten, andere der Zensur unterworfen
- 27.10. Das Dekret des Präsidenten zur Bodenreform schafft die rechtlichen Grundlagen für die Entkollektivierung der Landwirtschaft
- 12.12. Parlamentswahlen
Der von Jegor Gajdar geführte Block Russland wird mit 96 von 443 Mandaten stärkste Fraktion
Referendum über eine neue Verfassung, mehrheitliche Annahme

- 1994**
- 1.1. Die Pflichtlieferungen landwirtschaftlicher Produkte an den Staat werden abgeschafft
Viktor Tschernomyrdin bleibt Ministerpräsident
- 23.2. Die Staatsduma beschließt mit 252 Ja- zu 67 Neinstimmen eine Amnestie für die Putschisten von 1991 und 1993
Alexander Ruzkoj wird Vorsitzender der neugegründeten Sozialdemokratischen Volkspartei und ruft zur Wiedererrichtung der Großmacht Russland in den Grenzen der UdSSR auf
- 13.4. Unterzeichnung eines Rahmenabkommens zwischen Weißrussland und der Russischen Föderation über die Gründung einer Währungsunion
- 20.4. Der IWF gibt einen Kredit von 1,5 Mrd. \$, im Gegensatz soll die Inflation gesenkt werden
- 22.4. Dekret des Präsidenten über den Beginn der 2. Phase der Privatisierung von Staatsbetrieben
- 26.4. Kooperations – und Partnerschaftsabkommen mit der EU
- 11.12. Beginn des Krieges nach Einmarsch russischer Truppen des Innen – und Verteidigungsministerium in Tschetschenien

- 1995**
- 1.2. Verordnung über das Verfahren zur Verwirklichung der Rechte der Besitzer von Landparzellen und Besitzanteilen: Ehemalige Mitglieder der meist in Aktiengesellschaften umgewandelten Sowchosen und Kolchosen können nur dann ihren Landanteil erhalten, wenn sämtliche ehemaligen Mitglieder zustimmen.
- 17.12. Wahlen zur Staatsduma, aus denen die Kommunisten als stärkste Kraft hervorgehen

- 1996**
- 28.2. Aufnahme der Russischen Föderation in den Europarat
- 15.3. In einer Resolution erklärt die Staatsduma auf Antrag der Kommunisten die Auflösung des Unionsvertrages von 1922 durch den Obersten Sowjet der RSFSR von 1991 für ungültig
Die Staatsduma ratifiziert den Vertrag zur Gründung der Gemeinschaft Souveräner Republiken
- 16.6. Bei den Präsidentenwahlen erhielt kein Kandidat die absolute Mehrheit
- 3.7. Bei den Stichwahlen setzt sich Boris Jelzin (53,8%) gegenüber KP – Chef Gennadij Sjuganow durch
Die Staatsduma bestätigt Ministerpräsident Tschernomyrdin
Die Regierungsumbildung betraf vor allem die für Wirtschaftsfragen wichtigen Posten

- Der Reformer Waldimir Potanin wird für die gesamte Wirtschafts – und Finanzpolitik sowie Privatisierung zuständig, der politische Chefberater Jelzins Viktor Iljuschin ist für Sozialpolitik zuständig
- 23.8. Waffenstillstand in Tschetschenien zwischen dem Sicherheitsberater Präsident Jelzins Alexander Lebed und Aslan Maschadow
Von Juni 1996 bis Februar 1997 kann Präsident Jelzin wegen seines schlechten Gesundheitszustandes die Amtsgeschäfte nur eingeschränkt wahrnehmen
Zentrale Probleme sind die chaotischen Zustände im Finanzwesen, die hohen Zahlungsrückstände bei Löhnen, Gehältern und Renten
Landesweite Streiks und Demonstrationen
- 1997**
- 5.1. Der Rückzug der Truppen des Innen – und Verteidigungsministeriums aus Tschetschenien ist abgeschlossen
Bei den Präsidentenwahlen in Tschetschenien gewinnt der Chef der Übergangsregierung Aslan Maschadow
März Regierungsumbildung, Der Leiter der Präsidialverwaltung und Reformer Anatolij Tschubais wird Finanzminister und einer der Stellvertretenden Ministerpräsidenten und ist zuständig für Wirtschafts – und Finanzreformen, der Gouverneur von Nischnij Nowgorod Boris Nemzow wird Minister für Soziales, Kommunal – und Wohnungswesen und soll die Umstrukturierung der Monopolbetriebe von Gas, Strom und Eisenbahn durchführen
- 12.5. Die Präsidenten Jelzin und Maschadow unterzeichnen in Moskau einen Friedensvertrag, der die 400 jährige Konfrontation zwischen Russen und Tschetschenen beenden soll
Die 1995 mit den im Londoner Klub zusammengeschlossenen Gläubigerbanken vereinbarte Umschuldung tritt im Dezember in Kraft
- 1998**
- 1.1. Der Nennwert des Rubels wird reduziert (1000 Rubel sind 1 neuer Rubel)
- 23.3. Präsident Jelzin entläßt Ministerpräsident Tschernomyrdin und beauftragt Sergej Kirijenko mit der Regierungsbildung
- 24.4. Die Staatsduma bestätigt den Parteilosen Sergej Kirijenko
Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens gegen Präsident Jelzin, Vorwürfe wegen Verfassungsbruchs im Zusammenhang mit der Auflösung der UdSSR, Staatsstreichs, wegen der Auflösung des demokratisch nicht legitimierten Obersten Sowjets (1993) und der anschließenden Beschießung des Weißen Hauses, Völkermords in Tschetschenien (1994–1996) sowie Hochverrat im Zusammenhang mit der Verringerung der Streitkräfte
Zunahme der Steuerschulden und der Lohnrückstände
Demonstrationen und Streiks, Bahnblockaden
Der Rubel gerät unter Abwertungsdruck, die russische Zentralbank interveniert mit Stützungskäufen und Zinserhöhungen
- Juli Beisetzung der sterblichen Überreste Nikolaus II und seiner Familie in St. Petersburg, 80 Jahre nach der Ermordung
- 17.8. Finanzkrise, faktische Zahlungsunfähigkeit, Abwertung des Rubels
Zur Verhinderung der Kapitalflucht wird die Konvertibilität des Rubels beschränkt, 90tägiges Schuldenmoratorium
- 23.8. Präsident Jelzin entläßt als Folge der Krise überraschend die Regierung Kirijenko
Geschäftsführender Ministerpräsident wird Viktor Tschernomyrdin
Nachdem die Duma eine Bestätigung verweigert nominiert Präsident Jelzin den Außenminister Jewgenij Primakow
- 11.9. Die Staatsduma bestätigt Jewgenij Primakow als Ministerpräsident
Für Fortsetzung der Reformpolitik, aber Vorrang sozialer Aspekte vor einer strikten auf eine Senkung der Inflationsrate ausgerichteten Geldpolitik
- 7.10. Landesweite Demonstrationen gegen den wirtschaftlichen und sozialen Notstand
- 1999**
- 19.5. Die Staatsduma bestätigt Sergej Stepaschin als Ministerpräsident
- 16.8. Wladimir Putin wird Ministerpräsident
Putin verspricht Ordnung, Disziplin und die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit des Landes sowie die Durchführung freier und fairer Wahlen
- September In Moskau ereignen sich eine Reihe von Sprengstoffattentaten die etwa 300 Menschen das Leben gekostet haben, die ohne Beweise den Tschetschenen angelastet werden
Beginn eines neuen Krieges in Tschetschenien. Russische Truppen des Innen – und Verteidigungsministeriums, die von moskautreuen tschetschenischen Milizen unterstützt werden, übernehmen die Zerschlagung der „tschetschenischen Rebellion“
- 19.12. Wahlen zur Staatsduma
- 2000**
- April Nach der Einnahme der zerstörten Hauptstadt Grosnyj durch die russischen Truppen ziehen sich die Kämpfer von Präsident Maschadow in die Berge zurück und setzen den Partisanenkrieg fort
Präsidentenwahl: Wladimir Putin wird Präsident
Neuer Ministerpräsident wird Michael Kasjanow

Das Heim Nr. 4 für behinderte Kinder in Pawlowsk bei St. Petersburg

Im Anschluss an den Beitrag von Martina Ritter zur Zivilgesellschaft in

Rußland soll hier ein praktisches Beispiel für gelingende deutsch-russische Zusammenarbeit im Sozialbereich und Anregungen zur Diskussion im Unterricht gegeben werden.

Der Verein „Perspektiven“

Erste direkte Kontakte mit einem fremden Land ergeben sich für junge Leute häufig bei Aufenthalten zum Sprache-Lernen. Manchmal beeinflusst diese Auslandserfahrung nachhaltig den eigenen Lebensweg: Berufsentscheidungen, Interessen, Freund- und Partnerschaften. Wenn einen die Fremdsprache nach Russland geführt hat und man einige Zeit dort verbringt, ist es fast unvermeidlich, dass man sich mehr und mehr herausgefordert fühlt, gegen die allgegenwärtige soziale Misere Versuche persönlicher Hilfsmaßnahmen zu setzen. Die reichen vom Päckchen Kaffee, das man einer älteren Dame – die Bekannte einer Bekannten – in ihr Zimmer in der Gemeinschaftswohnung bringt bis zu großangelegten Initiativen im Sozialbereich.

Ein Beispiel dafür ist der Verein „Perspektiven“, 1992 von der deutschen Slawistikstudentin Margarete von der Borch und anderen Interessierten zur Unterstützung der „Blauen Krähe“ – einem der ersten nicht-staatlichen Projekte für betreutes Wohnen in St. Petersburg – gegründet und derzeit in vielseitige Sozialprojekte für fürsorgelose Kinder im Raum St. Petersburg involviert.

Q Selbstdarstellung des Vereins

Der politische, wirtschaftliche und soziale Umbruch in Russland fordert weiterhin viele Opfer, besonders unter Schwachen der Bevölkerung wie Kindern, Jugendlichen und Behinderten. Der schwierigen Situation zum Trotz gibt es engagierte Menschen in Russland, die sich für benachteiligte Kinder und Jugendliche einsetzen und sehr gute Projekte ins Leben rufen. Diese Initiativen brauchen unsere Unterstützung.

Perspektiven e.V. wurde 1992 gegründet, um sozialen Projekten in St. Petersburg solche Unterstützung zu geben. Zunächst ging es um ein einzelnes Straßenkinderheim, inzwischen werden eine Reihe von Projekten für vernachlässigte und behinderte Kinder und Jugendliche betreut:

„Lazarett“ und „Ostrow – die Insel“ sind zwei Erstanlaufstellen, in denen vernachlässigte Kinder und Jugendliche erste medizinische und soziale Hilfe bekommen können.

„Bereg – das Ufer“, getragen in Kooperation mit dem Jugendamt Berlin-Pankow ist eine betreute Wohngruppe für zehn Jugendliche, die entweder von der Straße kommen oder kurz vor dem letzten Schritt dorthin waren.

Die „Spielebibliothek“ bietet den Kindern in der Auffangstation für fürsorgelose Kinder des Kinderkrankenhauses Nr. 15 Spieltherapie an, um ihnen bei der Verarbeitung ihrer traumatischen Erfahrungen zu helfen.

Im staatlichen Behindertenheim

Nr. 4 in Pawlowsk bemühen wir uns durch personelle, fachliche und materielle Hilfe, die Pflege und Förderung schwerstmehrfachbehinderter Kinder und Jugendlicher zu verbessern.“

(Selbstdarstellung des Vereins „Perspektiven e.V. – Gemeinschaft zur Unterstützung von Projekten für sozial Benachteiligte in Osteuropa“)

- Es ist die Rede vom politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umbruch in Russland, der Opfer fordert. Welche sozialen Maßnahmen kann der Staat nicht mehr bieten? Warum sind Kinder und Jugendliche in diesem Zusammenhang besonders gefährdet?
- Was sind wohl die Bedürfnisse der genannten Organisationen?
- Wie könnte Unterstützung aussehen? In welcher Form kann sie organisiert werden?

Das Kinderheim in Pawlowsk

Im Süden von St. Petersburg wurde 1961 das Heim für behinderte Kinder Nr. 4, eines der größten der Region, gegründet. Derzeit leben dort ca. 600 Kinder im Alter von vier bis 18 Jahren, nur von etwa einem Viertel von ihnen ist der Namen der Eltern bekannt, noch weniger werden von Verwandten besucht. Das staatliche System macht es den Eltern leicht, behinderte Kinder abzugeben, und auch solche, die sich selbst um ihr Kind kümmern wollen, können das oft nicht aufgrund der sehr angespannten wirtschaftlichen Situation in den meisten russischen Familien.

Die Kinder im Heim von Pawlowsk sind auf dem weitläufigen Gelände in vier Häusern untergebracht – abgestuft nach dem Grad ihrer Behinderung. Im Haus Nr. 4 leben schwerstmehrfachbehinderte Kinder, die vom Sowjet- und Postsowjetsystem als nicht förderungswürdig eingestuft wurden und verwahrt werden. Das heißt: Füttern und minimale Hygiene durch eine unausgebildete Hilfskraft, die für 12 Kinder 24 Stunden lang im

Einsatz ist. Viele der Kinder haben ihre ursprünglich vorhandenen Fähigkeiten im Heim verlernt, sie sind autoaggressiv, viele von ihnen sterben.

Q Unser Engagement in Pawlowsk

Der deutsche Kinderkrankenpfleger Dominik Schlun lernte das Kinderheim Nr. 4 in Pawlowsk bei St. Petersburg 1995 kennen. Die Situation der schwerstbehinderten Kinder dort war erschütternd: sie lagen den ganzen Tag im Bett, die unausgebildeten Pflegekräfte hatten weder Zeit, sich mit ihnen zu beschäftigen, noch sahen sie die Notwendigkeit dafür. Dienst heißt für sie Waschen und Füttern. Die Kinder zu berühren, zu bewegen und ihnen Wärme zu geben, war nicht vorgesehen. Dominik Schlun wurde von der Oberärztin der Abteilung für schwerstbehinderte Kinder gefragt, ob er ihnen etwas über die krankengymnastische Bobath-Methode sagen könne. Er vermittelte daraufhin den Kontakt zum Verein Perspektiven e.V., der Hilfsprojekte in Osteuropa unterstützt.

(Aus der Broschüre „Berühren – Bewegen – Beleben“, Verein Perspektiven e.V. 1996)

Seit 1996 unterstützt der Verein „Perspektiven“ die Arbeit im Kinderheim und besonders im Haus Nr. 4 in mehrfacher Hinsicht: Therapiemittel werden zur Verfügung gestellt, Reparaturarbeiten durchgeführt und Fortbildungen in Heilgymnastik und Behindertenarbeit angeboten.

Vor allem aber wurde für die weitere Unterstützung der Arbeit im Heim von Pawlowsk die Möglichkeit erschlossen, junge Freiwillige aus Deutschland und – mittlerweile auch aus Russland – für den zusätzlichen Arbeitseinsatz im Heim einzusetzen. Die jungen Deutschen leisten dabei ihren Zivildienst oder ein Freiwilliges Soziales Jahr. Ausgewählt und geschult werden sie

vom überkonfessionellen Verein „Initiative Christen für Europa“, der Verein „Perspektiven“ organisiert und betreut ihre Arbeit vor Ort. Durch die zusätzlichen Arbeitskräfte kann den Kindern Betreuung – über die minimale Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse hinaus – geboten werden.

Q

Kolja sitzt in seinem Rollstuhl und kichert, um den Hals ein Riesentuch, Dominik schnippelt an seinen Haaren. Die Freiwilligen haben erreicht, daß den Kindern die Haare richtig geschnitten und nicht mehr wie früher zu einer Glatze geschoren werden, womit man ihnen ein weiteres Stück Persönlichkeit nahm.

Langsam aber sicher unterwandern kleine, wichtige Gesten ein System, das den Kindern in ihrem zumeist kurzen Leben keinen Spielraum läßt. Zu diesen Gesten gehört das Haarschneiden, das wöchentliche Bad, bei dem sie ihren Körper auf eine andere, angenehmere Art spüren und ein bißchen wenigstens eine oder einen der ‚Friedies‘ ganz für sich haben. Diejenigen, die sitzen können, essen jetzt mit anderen am Tisch. Das wurde ihnen früher nicht zugemutet, um den ‚Fütterungsprozeß‘ nicht zu verkomplizieren.

(Aus: Peter Damann/ Maria Marginter: Und Andrej hat weinen gelernt. Hilfe für behinderte Kinder in Pawlowsk. Hamburg. Dölling und Galitz Verlag 1998)

Anfangs, 1996, waren es vier deutsche Freiwillige, im Jahr 1999/2000 sind es fünf Deutsche und fünf RussInnen, die nach Schulung und einem dreimonatigen Praktikum in Deutschland ein Jahr lang in Pawlowsk arbeiten.

Q Endbericht

Jeden Morgen war ich gegen 9.00 auf Arbeit. Schon auf dem Gang kamen mir Kirjuscha und Dina mit Jubelschreien entgegen. Beides Kinder

aus meiner Gruppe, die sich mit Hilfe von Rollstühlen fortbewegen. Ihre Freude hielt bis zum letzten Arbeitstag an. Für mich kaum vorstellbar, wie sie sich immer wieder über mein nun schon gewöhnliches Kommen freuen konnten (...)

Trotzdem blieb der Trott, die Gewöhnung nicht aus. Ich kannte jedes Spielzeug, jedes Kuschtier in unserem Zimmer und ab und zu war ich dann doch genervt. Dadurch, daß ich merkte wie schwer es zeitweise war mich selbst zu motivieren, begann ich die Sanitarkas¹ in ihrer groben Art zu den Kindern zu verstehen. Ich könnte nicht 15 Jahre eine solche Arbeit gleichbleibend gut verrichten, außer man hat vielleicht einen guten Ausgleich in der Freizeit.“

(Aus dem Endbericht von Assol, deutsche Freiwillige, August 1997)

Q Arbeitsbericht

Ende Dezember war eine aufregende Zeit für uns. Es hat sich in unserer Gruppe grundlegend etwas verändert. Die Jungen in unserer Gruppe, die am meisten Perspektive hatten, wurden in eine neue Gruppe verlegt... In unserer Gruppe gibt es nun vier neue Mädchen. Zwei von ihnen sitzen am Tisch und essen selbstständig! Einem Mädchen, das Elja heißt, kann man es absolut nicht recht machen. Und dieses Mädchen mit dem schönen Namen Elja liegt immer im Bett (sie hat einen Wasserkopf). Auch hat sie sehr schöne Augen.

Die beiden oben genannten Mädchen sind mehr so Racker. Das Essen am Tisch artet jedes Mal in eine wahre Schlacht aus. Und wir hatten vorher gedacht, dass es ohne unsere drei Saschas still in der Gruppe werden würde! Aber da haben wir uns geirrt. Unsere „Räuber“ muss man immer im Auge behalten. Bei ihnen sind die Chancen der Entwicklung auch sehr groß. Ljuda kann sich mit Hilfe in der Nähe stehender Geräte fortbewegen, Soja kann krabbeln (...). Es gibt noch eine weitere Ver-

änderung in unserer Gruppe, die unbedingt erwähnt werden muss: zu Beginn des Jahres starb noch ein weiteres Kind aus unserer Gruppe: Sergej R., der, als es ihm noch gut ging, immer „Ateitei“ sagte.

(Aus dem Arbeitsbericht von Natalja, russische Freiwillige, Januar 2000)

Q Arbeitsbericht

Endlich habe ich meine eigene Gruppe bekommen... Es ist eine große Veränderung, wenn man dann endlich sieht, dass das die eigene Gruppe ist, die „eigenen“ Kinder.

Vor mir haben auch noch keine Freiwilligen in dieser Gruppe gearbeitet. Deswegen freuen sich die Kinder umso mehr (und genauso freuen sich auch die Sanitarkas und die Krankenschwestern). Das Verhältnis zu ihnen ist super!(...)

Die Arbeit ist interessant! In der Gruppe passiert immer etwas, es ist nie langweilig...

Ehrlich gesagt habe ich noch nicht zu allen Kindern Zugang gefunden. Ich möchte damit sagen, dass es schwer ist, die Zeit richtig aufzuteilen und sich mit allen Kindern zu beschäftigen.

Ich zwingte Mascha förmlich dazu sich zu bewegen. Früher hat sie nur in der Ecke am Bett auf einem speziellen Stuhl gesessen, der im

Sitz Löcher hatte und unter dem ein Eimer stand. Sie ist sehr schwer und deshalb wollten die Sanitarkas sie nicht jedes Mal anheben. Bis jetzt habe ich ihr schon beigebracht, bis zum Spielzimmer und wieder zurück zu krabbeln. (...)

In der letzten Zeit bin ich zu dem Schluss gekommen, dass ich mit den Kindern strenger sein muss oder so? Ansonsten fangen sie langsam bei mir an, frech zu werden!

(Arbeitsbericht von Alexandra, deutsche Freiwillige)

Q Endbericht

I worked in a Russian state orphanage this summer. It was the most disturbing, upsetting though beautiful and encouraging experience of my life. (...)

I assisted a young German, Jens, who had been there already nine months... We fed and cleaned the children with the primary goal of treating them with dignity and humanity. We fed them slowly, sitting them at a table, and whenever possible encouraging them to feed themselves. The sanitarkas feed the children in bed, forcing them to eat at a pace that upset my stomach just to watch it. Every mealtime was like a race. Jens and I would do our best to get as many children seated before

the sanitarkas could get to them... If they were going to be fed quickly, at least it would not be in bed. Jens made it very clear to me why it was important not to feed the children in bed; he pointed to the ceiling and said: ‚Otherwise, that is all they ever see.‘

(Aus dem Endbericht von Timothy, Praktikant aus Kanada, Sommer 1999)

- Wie unterscheidet sich wohl der Zugang zu Arbeit und Umgang mit Behinderten in Russland und im „Westen“? Warum?
- Welche Probleme können sich bei diesem Eingreifen in das bestehende System der Behindertenbetreuung in Pawlowsk ergeben? Wie könnte man diesen Schwierigkeiten entgegenwirken?
- Wie sehen kurzfristige Hilfsmaßnahmen für behinderte Kinder aus? Welche Konsequenzen – auch für die Hilfsorganisation – haben langfristige, nachhaltige Maßnahmen?

¹ Sanitarka: ungelernete Pflegekraft. Meist ältere Frauen, die ihre Pensionen aufbessern müssen.

Einige Russlandlinks

<http://www.ucis.pitt.edu/reesweb/> (Russian and East European Studies)

<http://www.einmedia.com/briefs/subscribe.php3/> (European Internet Network)

<http://www.dgap.org/IP/ip9810/aslund.htm> (Russische Finanzkrise)

<http://www.oeko-net.de/kommune/kommune6-97/TERHARD6.html>
(Russl. Schattenwirtschaft)

<http://www.heise.de/tp/deutsch/special/eco/6265/1.html>
(Russl. Schattenwirtschaft)

<http://www.diw-berlin.de/diwwbd/97-18-2.html> (Schattenwirtsch. in der Ukraine)

<http://www.diw-berlin.de/diwwbd/97-19-1.html> (Russl. Schattenwirtschaft)

AutorInnen

Markus CERMAN, Dr., Mag., Univ. Ass. am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Wien

Andreas KAPPELER, Dr., Univ. Prof. am Institut für Osteuropäische Geschichte, Universität Wien

Martina RITTER, Dr., Institut für Soziologie, Justus Liebig-Universität Gießen

Hans-Georg HEINRICH, Dr., Univ. Prof. am Institut für Politikwissenschaft, Grund- und Integrativwissenschaftliche Fakultät der Universität Wien

Fachdidaktik-AutorInnen

Christa DONNERMAIR, Mag. phil., AHS-Lehrerin, Lektorin an der Universität Wien

Klaus EDEL, Dr. phil., Lehrer an AHS, Lektor an der Universität Wien

Maria MARGINTER, Mag. phil., Slawistin und Bildungsexpertin, 1992–1997 Bildungsbeauftragte des BMUK an der Herzen Universität in St. Petersburg

Eva STEINER-BÉRES, Mag. phil., Lehrerin an AHS, Lektorin an der Universität Wien

Redaktion „Beiträge“: Markus Cerman

Redaktion „Fachdidaktik“: Christa Donnermair, Klaus Edel

Satz/Layout/Coverdesign: Marianne Oppel

AU ISSN 0045-1681

Beiträge zur Fachdidaktik. Inhaber, Herausgeber, Redaktion: Verein für Geschichte und Sozialkunde, Dr. Karl Lueger Ring 1, 1010 Wien.

Ständige MitarbeiterInnen: Vera Cerha, Sonja Dillinger-Deutsch, Christa Donnermair, Irene Ecker, Klaus Edel, Eduard Fuchs, Wendelin Hujber, John Morrissey, Brigitte Schmidt-Ghafouri, Eva Steiner-Béres

AU ISSN 004-1618

Beiträge zur historischen Sozialkunde – Zeitschrift für Lehrerfortbildung. Inhaber, Herausgeber, Redaktion: Verein für Geschichte und Sozialkunde (VGS), c/o Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Dr. Karl Lueger Ring 1, 1010 Wien.

Hergestellt mit freundlicher Unterstützung der Bank Austria

Ständige MitarbeiterInnen Wien: Birgit Bolognese-Leuchtenmüller, Ernst Bruckmüller, Markus Cerman, Franz Eder, Alois Ecker, Hubert Ch. Ehalt, Peter Eigner, Eduard Fuchs, Herbert Knittler, Andrea Komlosy, Michael Mitterauer, Alois Mosser, Walter Sauer, Andrea Schnöller, Hannes Stekl

Ständiger Mitarbeiter Graz: Eduard Staudinger; Ständige Mitarbeiter Linz: Michael John, Roman Sandgruber;

Ständige MitarbeiterInnen Salzburg: Josef Ehmer, Sabine Fuchs, Peter Gutschner, Sylvia Hahn, Albert Lichtblau, Norbert Ortmayr; Ständiger Mitarbeiter Luxemburg: Jean-Paul Lehnrs

Preise Jahresabonnement: ATS 260.– (Studenten ATS 210.–), Ausland DM 44.–, inkl. Versandkosten. Einzelheft ATS 70.– (Ausland DM 10.–) zuzügl. Porto.

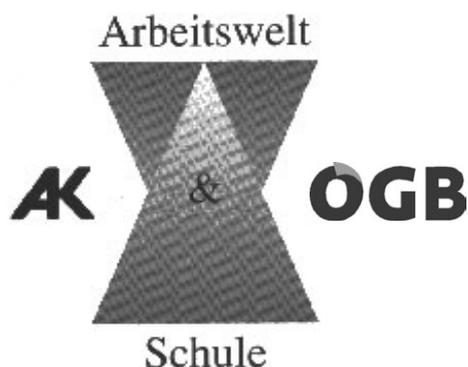
Bankverbindungen: Bank-Austria Kto. Nr. 601 718 703, Bankleitzahl 20151 Wien;

Deutschland: Hypo Bank München, Bankleitzahl 70020001; Kto. 6060714949

Herausgeber (Bestelladresse): Verein für Geschichte und Sozialkunde, c/o Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien, Dr. Karl Lueger Ring 1, A-1010 Wien

Tel.: +43-1-4277/41305 (41301) Fax: +43-1-4277/9413

E-mail: vgs.wirtschaftsgeschichte@univie.ac.at, homepage: <http://www.univie.ac.at/wirtschaftsgeschichte/vgs>



FERIENSEMINAR

„Interessen und Konflikte in Alltag, Schule, Arbeitswelt und Politik“

Hochschulkurs

Zielgruppe: LehrerInnen aller Schultypen

Termin: 10.-14. Juli 2000

Ort: AK-Schulungsheim Berghaus Annental, NÖ

Veranstalter: Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck (Univ. Prof. Dr. Anton Pelinka) und AK Wien in Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut der Stadt Wien und dem Pädagogischen Institut des Bundes

Veranstaltungsnummer: Pädagogisches Institut der Stadt Wien: 2000 4 00 1 153 00 Pädagogisches Institut des Bundes: 900091

Inhalt: In allen Lebensbereichen bewegen wir uns ständig im Spannungsfeld unterschiedlicher, oft gegensätzlicher Interessen. Ziel dieses Seminar ist es, Konfliktlinien aufzuzeigen, Interessen zu artikulieren und im Sinne einer Konfliktbewältigung nach Lösungen zu suchen. Das Seminarthema wird zum einen allgemein theoretisch behandelt, zum anderen werden konkrete Fallbeispiele untersucht und diskutiert sowie Lernwege der Politischen Bildung erarbeitet.

Die **Kosten** (ausgenommen Reisespesen) werden von der AK Wien getragen.

Anmeldungen bei „Arbeitswelt und Schule“,

AK Wien, Bildungszentrum,

Theresianumgasse 1-18,

A-1040 Wien

Tel.: 501 65/3134 (od. 3133) DW, Fax: 501 65/2755

E-mail: Monika.Schwarz@akwien.or.at

sowie am zuständigen Pädagogischen Institut

